

Das Parlament

Berlin, 03. Februar 2020

www.das-parlament.de

70. Jahrgang | Nr. 6-7 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Mahnung für die Gegenwart

Reuven Rivlin Israels Staatspräsident hat 75 Jahre nach dem Holocaust Deutschland aufgefordert, im Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und Hass nicht nachzulassen. Dieser Kampf müsse hartnäckig Generation um Generation weitergeführt werden, sagte er vergangene Woche in der Gedenkstunde des Bundestags für die Opfer des Nationalsozialismus. „Wir dürfen nicht aufgeben. Wir dürfen nicht nachlassen. Deutschland darf hier nicht versagen.“ Das Land, in dem die „Endlösung“ erdacht worden sei, habe die Verantwortung für den Schutz liberaler Werte übernommen, die vom Populismus bedrängt würden. „Europa und die ganze Welt richten ihren Blick auf Deutschland. Die Verantwortung obliegt Ihnen“, sagte Rivlin an die Abgeordneten gewandt (siehe auch Seite 9). *aha*



ZAHL DER WOCHE

563.733

Personen erklärten sich 1925 der jüdischen Religionsgemeinschaft zugehörig, das waren 0,9 Prozent der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches. Heute haben die jüdischen Gemeinden in Deutschland etwa 100.000 Mitglieder.

ZITAT DER WOCHE

»Erheben wir uns gegen den alten Ungeist in der neuen Zeit.«

Frank-Walter Steinmeier Der Bundespräsident erinnert am Gedenktag an die deutsche Verpflichtung, Antisemitismus und Rassenhass zu bekämpfen.

IN DIESER WOCHE

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Konjunktur Debatte zum Jahreswirtschaftsbericht der Regierung Seite 4

INNENPOLITIK
Verteidigung Wehrbeauftragter fordert Reformen für die Truppe Seite 8

EUROPA UND DIE WELT
Brexit Mit dem EU-Ausstieg beginnt der Poker um künftige Beziehungen Seite 10

KULTUR UND BILDUNG
Geschichte Historiker ordnen die Forderungen der Hohenzollern ein Seite 11

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Wenn der Plan im Stau steht

VERKEHR Maßnahmengesetze sollen Genehmigungsverfahren für Bauprojekte beschleunigen

Glaubt man dem Verkehrsexperten der Grünen, Stephan Kühn, steuert Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) auf ein erneutes Scheitern vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu. Das Vorhaben, einzelnen Verkehrsinfrastrukturprojekten statt über einen Verwaltungsakt per Gesetz durch Beschluss des Bundestags Baurecht zu verschaffen, verstößt gegen EU-Recht, ist sich Kühn sicher. Scheuer geht es seiner Ansicht nach ohnehin nur darum, „den Rechtsschutz der Bürger und von Umweltverbänden einzuschränken“. Gegen ein per Gesetz bewirktes Projekt könne nämlich lediglich Verfassungsbeschwerde eingelegt werden. „Das ist ein eklatanter Verstoß gegen europäisches Recht und gegen die Aarhus-Konvention, die den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten sicherstellt“, sagte Kühn während der Debatte zum Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz (19/15619) und dem Planungsbeschleunigungsgesetz (19/15626) der Bundesregierung, die in der vergangenen Sitzungswoche verabschiedet wurden.

Der Minister und die Koalitionsfraktionen sehen das selbstredend anders. Mit der Neuregelung soll für 14 ausgewählte Projekte - schneller als auf dem Verwaltungswege möglich - Baurecht geschaffen werden. Mit eingeschränkter Klagemöglichkeit auf der einen, aber einer früheren und verbindlich vorgesehenen Öffentlichkeitsbeteiligung auf der anderen Seite.

Bürgerbeteiligung „Wir wollen die wichtigen Maßnahmen für unsere Infrastruktur damit beschleunigen“, sagte der Verkehrsminister. Vorbild sei dabei Dänemark, wo Maßnahmengesetze gut funktionierten. „Die Akzeptanz bei den Bürgern ist da, wenn das hohe Haus dafür den Turbo einlegt“, glaubt Scheuer. Mit den Maßnahmengesetzen, zeigte er sich überzeugt, könne man bei der Planung eine Beschleunigung erzielen, „ohne dass die erforderlichen Umweltprüfungen und die Bürgerbeteiligungen irgendwo eingeschränkt werden“. Der SPD-Verkehrsexperte Mathias Stein sagte: „Wir Abgeordneten übernehmen damit eine ganz besondere Verantwortung.“ Die mit dem Gesetz geschaffene „frühe und intensivere Bürgerbeteiligung“ führe auch nicht zu einer Verteuerung der Projekte. „Wir werden das am Ende durch weniger Klagen, weniger Planergänzungen und eine schnellere Realisierung einsparen.“

Baurecht per Gesetz und verschlankte Verfahren

BESCHLÜSSE Der Bundestag hat zwei Gesetzentwürfe der Bundesregierung zur Planungsbeschleunigung verabschiedet

Mit zwei gesetzlichen Neuregelungen geht die Bundesregierung das Problem zu langer Planungs- und Genehmigungszeiten für Verkehrsinfrastrukturprojekte an. Das Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz (19/15619) zielt darauf ab, für ursprünglich zwölf bedeutende Infrastrukturprojekte im Bereich Schiene und Wasserstraßen - aus denen als Folge des Änderungsantrags der Koalition im Verkehrsausschuss 14 wurden - statt über einen Verwaltungsakt per Gesetz Baurecht zu erlangen, was mit einer Einschränkung der Klagemöglichkeiten verbunden ist. Zugleich wird eine frühe Öffentlichkeitsbeteiligung „im Vorfeld des vorbereitenden Verfahrens“ verbindlich vorgeschrieben (siehe Seite 3). Beim Planungsbeschleunigungsgesetz (19/15626) geht es unter anderem um die Verschlinkung der Planung für Ersatzneubauten bei Straße und Schiene. Künftig wird beispielsweise die temporäre Verlegung einer Bundesfernstraße - etwa im Rahmen einer Brückenerneuerung zur Anbindung eines Ersatzneubaus - keinem umfassenden erneuten Genehmigungsverfahren unterworfen. Erweitert werden



Die Vertiefung einer Fahrrinne des Mittelrheins wird in der Bundesanstalt für Wasserbau in Karlsruhe am Modell getestet.

© picture-alliance/dpa

Zustimmung kam von der AfD. Der Weg über Maßnahmengesetze sei der richtige, um das Flaschenhalsproblem der zu langen Planungs- und Genehmigungsverfahren anzugehen, sagte Leif-Erik Holm (AfD). Allerdings sei seine Fraktion mit der Ausgestaltung des Projektes gestärkt werden, um Klagepunkte frühzeitig ausräumen zu können. Sein Fraktionskollege Dirk Spaniel will gar eine Mogelpackung in dem Gesetz ausgemacht haben: Gefördert würden nur Schienen- und Wasserstraßenprojekte, während der benötigte Straßenneubau „weiterhin auf der Verwaltungsebene versumpft“. Für Torsten Herbst (FDP) ist der Gesetzentwurf ein „kleiner Schritt in die richtige Richtung“. Als Beispiel für die schleppende Umsetzung großer Projekte führte er die Elektrifizierung der Bahnstrecke zwischen Leipzig und Chemnitz in seinem Heimatland Sachsen an. 2009 sei über den betroffenen 40 Kilometer langen Abschnitt erstmals diskutiert worden. „Heute haben wir das Jahr 2020 und es ist noch kein einziger Kilometer davon elektrifiziert“, beklagte er. Im Optimalfall sei jetzt von einer Fertigstellung im Jahr 2028 die Rede.

»Wir wollen wichtige Maßnahmen für die Infrastruktur beschleunigen.«

Andreas Scheuer (CSU),
Bundesverkehrsminister

Um wirklich schneller Planen und Bauen zu können, braucht es aus Sicht von Jörg Cezanne (Die Linke) personell und finanziell besser ausgestattete Planungsämter. Zudem müssten finanzschwache Kommunen entschuldigt werden und aus dem Bundesverkehrswegeplan eine Netzplanung erarbeitet werden, in deren Mittelpunkt die Verlagerung des Straßenverkehrs auf die umweltschonenden Verkehrsträger steht. „Mit den vorliegenden Gesetzen wird all das nicht erreicht“, resümierte er. Einzig positiv sei die geplante frühe Öffentlichkeitsbeteiligung. Allerdings bleibe es im Gesetz bei einer Absichtserklärung, bemängelte Cezanne. Entscheidend werde aber

sein, dass in den vorbereitenden Verfahren „nicht nur beraten wird, wie gebaut werden soll, sondern auch, ob das überhaupt eine sinnvolle Maßnahme ist“, sagte er. Das geht Kirsten Lühmann (SPD) zu weit. „Ob wir bauen oder nicht, wird im Bundesverkehrswegeplan geklärt“, sagte sie. Gute Bürgerbeteiligung bedeute für sie, dass über das Wie nachgedacht werde. Nicht aber, indem zwei oder drei Varianten zur Abstimmung gestellt werden. Vielmehr müssten die Bürger bei der Entwicklung dieser Varianten einbezogen werden.

Mehr Personal Mit Blick auf die Forderung nach besser ausgestatteten Planungsämtern verwies Reinhold Sendker (CDU) auf den verabschiedeten Verkehrshaushalt für 2020. Darin sei deutlich mehr Personal für die zentralen Genehmigungsbehörden vorgesehen. Problematisch bleibe aber, dass Projekte, die für das Gesamtnetz in Deutschland von hoher Bedeutung seien, zu langsam vorankämen. Diese auch für den Wirtschaftsstandort Deutschland und die Erreichung der Klimaziele wichtigen Projekte schneller realisieren zu können, sei das Ziel des Gesetzes, betonte der Unionsabgeordnete. *Götz Hausding*



Eine Halle wird für einen Erörterungstermin zum Ausbau einer Autobahn umfunktioniert. Die Bundesregierung will Planungsverfahren nun beschleunigen. © picture-alliance/Pressefoto Horst Rudel

gleichzeitig die Duldungspflichten für Inhaber angrenzender Grundstücke bei Instandhaltung und Erneuerung von Gleisanlagen sowie hinsichtlich der temporären Anlage einer Baustraße oder einer Kranstellfläche. Durch die Entlastung der Kommunen von Finanzierungsbeiträgen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz sollen zudem Investition

tionen in das Schienennetz beschleunigt werden. Das geschieht vor dem Hintergrund, dass Kommunen vielfach nicht in der Lage waren, bei Gleisbaumaßnahmen, die kommunale Straßen kreuzen, ihren Kostenanteil von einem Drittel zu leisten, was wiederum zu Bauverzögerungen geführt hat. Jetzt wird der Anteil zu Lasten des Bundes auf ein Sechstel gesenkt.

Die Koalition hat zudem mit einem Änderungsantrag die Forderung des Bundesrates aufgegriffen, die Regelungen des Planungsbeschleunigungsgesetzes 1 sowie des aktuellen Gesetzes auch auf Planungs- und Genehmigungsverfahren für Straßen- und U-Bahnen nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG) zu übertragen. Die Länder hatten sich schon lange dafür stark gemacht und argumentiert, dass eine solche Übernahme angesichts der Herausforderungen, vor denen der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) mit Blick auf die Erreichung der Klimaziele stehe, dringend und kurzfristig erforderlich sei. Anders als im Referentenentwurf findet sich in der verabschiedeten Regelung die „materielle Präklusion“ nicht mehr. Dies hätte bedeutet, dass nach einem Stichtag keine Einwände mehr gegen Bauvorhaben vorgebracht werden dürfen. *hau*

EDITORIAL Die Macht des Gesetzes

VON JÖRG BIALLAS

Auf einer Brachfläche in der chinesischen Millionenstadt Wuhan drehen sich Dutzende Bagger. Dort entsteht ein Notfall-Krankenhaus für die befürchtete Welle von Patienten mit dem Corona-Virus. In nur wenigen Tagen!

An deutschen Stammtischen dürften diese Bilder für Aufmerksamkeit sorgen. Wenn der Chinese etwas braucht, heißt es zwischen Bier und Korn, baut der das einfach. Zack, zack, fertig. Und bei uns? Absurd lange Genehmigungsverfahren, Einsprüche wegen irgendwelcher Biotope für Fledermäuse oder Frösche. Dauert ewig, bis der erste Bagger anrückt. Und dann geht's trotzdem in die Hose. Wie beim BER. Hätte der Chinese schon drei Mal fertig, wettet? - Noch ein Bier.

Gottlob leben wir - auch in dieser Hinsicht - nicht in chinesischen Verhältnissen. Und dass Bauprojekte der öffentlichen Hand hierzulande mitunter etwas länger dauern, hat gut Gründe: Der Staat muss seine Vorhaben ankündigen, um Bürgern, Verbänden und Interessensvertretungen die Möglichkeit einzuräumen, Bedenken zu formulieren und im Konfliktfall eine juristische Entscheidung zu suchen.

In der vergangenen Woche hat der Bundestag den Weg frei gemacht, dass wichtige Projekte der Verkehrsinfrastruktur per Gesetz Baurecht erlangen. Langwierige Verwaltungsakte, etwa Planfeststellungsverfahren, sollen damit verkürzt werden. Von einer verbesserten Fahrinne für Schiffe im Mittelrhein bis zum Ausbau diverser Eisenbahnstrecken werde so die Infrastruktur im Land schnell und effektiv vorgebracht, argumentieren die Befürworter dieser Initiative.

Kritiker verweisen auf die Gefahr, dass Gegner bestimmter Bauvorhaben zukünftig gleich das Bundesverfassungsgericht oder gar den Europäischen Gerichtshof anrufen müssten, um sich gegen ein Projekt zu wehren. Die eigentlich übliche Verwaltungsgerichtsbarkeit würde ausgehebelt.

Das ist gewiss nicht von der Hand zu weisen. Andererseits geht gerade bei sehr aufwändigen Verkehrsprojekten unerträglich viel Zeit ins Land, bis Straße, Schiene oder Wasserweg gebaut sind. Zeit, die zum Beispiel auch aus Gründen des Umweltschutzes eigentlich nicht da ist. Und so bleibt wohl nur, sehr genau abzuwägen, wo es - übrigens rechtlich ohnehin eng begrenzt - wirklich nötig ist, mit der Macht eines Gesetzes das übliche Genehmigungsverfahren zu umgehen.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

KLAGEMÖGLICHKEITEN EINSCHRÄNKEN?

Dringend nötig

PRO



Hagen Strauß, »Saarbrücker Zeitung«

Wer sich für schnellere Planungsverfahren einsetzt, läuft Gefahr, zum Bürgerschreck zu werden. Denn das wird zwangsläufig auch mit der Beschneidung von Bürgerrechten in Verbindung gebracht, mit weniger Möglichkeiten für Betroffene, sich gegen Projekte zu wehren. Doch ohne einen neuen Interessensausgleich geht es nicht, damit große Vorhaben in Deutschland überhaupt noch eine Chance auf Umsetzung haben. Insofern ist es richtig, dass die Koalition nun in wichtigen Bereichen wie dem Bau- und Verkehrssektor für Änderungen sorgt. Man nehme nur den Windkraft-Ausbau: Viele Bürger sind für erneuerbare Energien, aber bitte nicht durch Anlagen unweit des eigenen Vorgartens. Die Proteste gegen fast jede Mühle wegen Vogelschutzes, zu gering empfundener Abstände, Lärmbelästigung oder Schattenwurf haben ein erhebliches Ausmaß angenommen. Hinzu kommen ellenlange Genehmigungsprozesse. Der Ausbau der Windkraft steckt auch deshalb in der Krise. Weiterhin gilt ja: Die Möglichkeit einer gerichtlichen Überprüfung von Großprojekten ist eine rechtsstaatliche Notwendigkeit. Ebenso muss der Umweltschutz hohe Priorität genießen. Allerdings lassen sich Verfahren auf diese Weise inzwischen ins Unendliche ziehen, zehn oder 20 Jahre bis zur Realisierung eines Projektes sind keine Seltenheit. Und mitunter drängt sich der Eindruck auf, dass gegen Infrastruktur-Vorhaben geradezu reflexhaft geklagt wird, trotz gewissenhafter Planungen und intensiver Einbindung vielfältiger Interessen. Beschleunigung und Entrümpelung der Verfahren tun daher dringend Not. Deutschland ist nicht nur das Land der Mopsfledermaus, sondern vor allem ein Industrieland. Und das muss auch so bleiben.

Gravierendes Manko

CONTRA



Anja Krüger, »die tageszeitung«, Berlin

Die Bundesregierung will mit dem „Maßnahmengesetzplanungs-gesetz“ dafür sorgen, dass große Infrastrukturprojekte künftig schneller realisiert werden. Das klingt gut. Langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren gefallen schließlich niemandem. Aber die werden mit dem Gesetz womöglich nicht kürzer: Auch wenn der Bundestag über Verkehrsprojekte zügig entscheidet, kann es im späteren Verfahren noch zu erheblichen Verzögerungen kommen, warnen Kritiker zurecht. Bei zweifelhaften Nutzen hat das Gesetz ein gravierendes Manko. Gegen die dort genannten Infrastrukturprojekte können etwa betroffene Grundstückseigentümer und Verbände anders als heute nicht mehr vor Verwaltungsgerichten klagen. Die vorgesehene stärkere Bürgerbeteiligung in einem frühen Stadium der Planung ersetzt das nicht. Die Umweltverbandsklage entfällt. Das erweckt bei Bürgern schnell den Verdacht, dass bestehende Umweltvorschriften ausgehebelt werden sollen. Fehlende Klagemöglichkeiten bringen nicht mehr Akzeptanz wichtiger Verkehrsprojekten, sondern weniger. Können Bürger und Verbände nicht den Rechtsweg beschreiten, werden sie geradezu zum Protest auf die Straße getrieben. Wer enteignet werden soll, weil sein Grundstück für einen Verkehrsweg gebraucht wird, kann nicht mehr vor ein Verwaltungsgericht ziehen. Der Rechtsweg führt künftig direkt zum Bundesverfassungsgericht und wird nicht in allen Fällen möglich sein. Das erschüttert das Vertrauen in den Rechtsstaat. Einige Juristen gehen davon aus, dass das Gesetz nicht europarechtskonform ist. Ihm könnte also das gleiche Schicksal blühen wie der Pkw-Maut. Das wäre nicht schlecht, und auch nicht so teuer.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Cezanne, dauern die Planungen von Verkehrsprojekten in Deutschland zu lange?

Den Eindruck kann man schon gewinnen. Zum Teil geht man davon aus, dass für Bahnstrecken eine Planungszeit von zehn bis 15 Jahren nötig ist. Auch Straßenbahnen zu planen, ist ein Mammutprojekt. Das ist gerade vor dem Hintergrund, dass zu Abwendung des Klimanotstandes ein zügiger Ausbau des ÖPNV nötig wäre, nicht gut.

Dann müssten doch die Planungsbeschleunigungsvorhaben der Bundesregierung in ihrem Sinne sein, oder?

Nein, sind sie nicht. Ich habe – ebenso wie Übrigens der Bundesrat – nicht den Eindruck, dass mit den vorgelegten Entwürfen eine deutliche Verbesserung kommt. Zum Maßnahmen-gesetzvorbereitungsgesetz gibt es erhebliche europarechtliche Bedenken. Es wird auch nicht zu einer schnelleren Planung kommen, weil das eigentliche Problem die mangelnde personelle und finanzielle Ausstattung der Planungsbehörden ist.

Verkehrsminister Scheuer ist aber der Auffassung, dass große Verkehrsinfrastrukturprojekte mit Klagen ausgebremst werden, die Gerichtsprozesse sich über Jahre hinziehen und sich das Ganze somit verzögert.

Es gibt meines Wissens keine substantielle Untersuchung, die wirklich belegt, woran die Planungsverfahren scheitern. Kolportiert wird immer, das liege an Umweltschützern, die seltene Fledermäuse schützen wollten. Bei einer Expertenanhörung jüngst wurde aber gesagt, es habe zwischen 2008 und 2018 ganze sechs Klagen gegen Bahnprojekte und fünf gegen Wasserstraßenprojekte gegeben. Das ist relativ wenig. Das Bundesumweltamt sagt, nur jedes 58. Verfahren mit einer Umweltverträglichkeitsprüfung würde beklagt. Das kann also nicht der Grund für die Verzögerung sein.

Mit dem Gesetz wird dennoch das Klagerecht eingeschränkt, auf der anderen Seite aber die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung festgeschrieben. Trifft Letzteres auf Ihre Zustimmung?

Das ist ein guter Gedanke. Im Gesetz ist aber nicht eindeutig geregelt, wie diese Öffentlichkeitsbeteiligung aussehen soll. In der Befassung muss aber noch darüber mitentschieden werden können, ob das Projekt überhaupt gebaut wird. Unklar ist auch, wer unter der Öffentlichkeit subsumiert wird. Also ob Verbände und Stakeholder oder auch Privatpersonen mitentscheiden dürfen.

Ergibt es Sinn, Anlieger einer geplanten Bahnstrecke darüber mitentscheiden zu lassen, ob die Strecke an ihren Grundstücken gebaut wird?

An einzelnen Einsprüchen scheitern solche Projekten mit übergeordneten gesellschaftlichen Interesse sicher nicht. Mit dem Gesetz wird aber ausgeschlossen, das anerkannte Umweltverbände beispielsweise gegen das Planfeststellungsverfahren klagen. Das kritisieren wir. Im Übrigen hat es Maßnahmen-gesetze im Zusammenhang mit den Projekten der Deutschen Einheit schon gegeben. Am Ende sind lediglich zwei Projekte auf diese Art und Weise abgewickelt worden, weil man festgestellt hat: Es bringt nichts.

Bringt die Umsetzung der Bundesratsforderung nach Anwendbarkeit des Planungsbeschleunigungsgesetzes beim Bau von Straßen- und U-Bahnen etwas?

Das finden wir auf jeden Fall gut. Wie der Sinneswandel bei der Koalition zu begründen ist, das ja lange abgelehnt hat, kann ich allerdings nicht sagen. Ich habe aber durchaus das Gefühl, dass bei der

»Es bringt nichts«

JÖRG CEZANNE Der Verkehrsexperte der Linksfraktion glaubt nicht an den Erfolg des Prinzips »Baurecht per Gesetz«



© Deutscher Bundestag/Inga Haar

Union in Sachen ÖPNV ein begrüßenswertes Umdenken eingesetzt hat. Positiv ist auch, dass die Kommunen bei den Finanzierungsbeiträgen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz entlastet werden.

Hat das tatsächlich eine größere Relevanz?

Durchaus. Wenn eine Bahnstrecke eine kommunale Straße kreuzt, musste die Kommune bislang ein Drittel der Kosten tragen. Es gibt viele Projekte, bei denen die Kommunen diese finanzielle Last nicht tra-

gen konnten und die sich daraufhin deutlich verzögert haben. Künftig übernimmt der Bund die Hälfte, die Bahn ein Drittel und das Land den Rest der Kosten.

Gestrichen wurde aus dem Planungsbeschleunigungsgesetz die noch im Referentenentwurf enthaltene materielle Präklusion. Zu Recht?

Es gibt gravierende verfassungsrechtliche Bedenken dazu, das man sagt: Egal was nach einer bestimmten Frist noch passiert – wenn bis dahin die Bedenken nicht vorge-

tragen wurden, finden sie keine Berücksichtigung mehr. Ganz vom Tisch ist das aber noch nicht. Verkehrsstaatssekretär Ferlemann hat im Ausschuss gesagt, die Bundesregierung wartet ab, was der Europäische Gerichtshof (EuGH) zur Präklusionsregelung der Holländer sagt, die dort gerade anhängig ist. Allein der gesunde Menschenverstand sagt aber eigentlich schon, wenn im Laufe des Projektes vorher unbekannte Einwände auftauchen, kann man nicht einfach darüber hinwegsehen. Wenn die Bodenbeschaffenheit beispielsweise eine andere ist, als beim Beschluss angenommen, und sich als nicht tragfähig herausstellt, baut man ja auch nicht einfach weiter.

Blicken wir auf die Zahl der Projekte, die im Maßnahmen-gesetzvorbereitungsgesetz aufgeführt sind. Aus zwölf sind nun 14 geworden. Tendenz steigend? Mich hat schon die Auswahl der zwölf Projekte nicht überzeugt. Auch der Bundesrat warnt ja davor, dass die Bundesregierung durch das Gesetz ohne Rücksprache mit den Ländern weitere Projekte aufnehmen kann.

Derzeit sind es Schienen- und Wasserstraßenprojekte. Rechnen Sie damit, dass auch Straßenbauprojekte aufgenommen werden?

Es ist zu befürchten. Bislang wird ja im Maßnahmen-gesetzvorbereitungsgesetz mit dem Klimanotstand argumentiert, so dass es bei umweltschonenden Verkehrsträgern bleibt. Aber es gibt schon jetzt Stimmen, die eine Öffnung für Straßenbauprojekte fordern.

Vergangene Woche wurde auch über eine Erhöhung der Bundesmittel für den ÖPNV entschieden. Dazu macht noch die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung, die viel Geld für die Bahninfrastruktur bringt. Da macht doch der Verkehrsminister einen guten Job, oder?

Ich räume durchaus ein, dass in der Union ein gewisses Umdenken stattgefunden hat. Die Dimension der angestrebten Veränderungen steht nur leider überhaupt nicht im Verhältnis zu den aktuellen Problemen, die wir haben, und auch nicht im Verhältnis zu dem Klimanotstand, auf den wir zusteuern. Derzeit ist es so, dass neben der vierspürigen Autobahn eine Bahnhöhle verlegt wird. Das ist ein Ausbau. Eine Verkehrswende wäre es, wenn der ÖPNV so ausgebaut ist, dass Straßen zurückgebaut werden können.

Sind die Deutschen denn bereit für einen Autoveiz?

Ich will gar nicht von einem Verzicht auf das Auto reden. Wir müssen ein Verkehrsangebot schaffen, in dem niemand mehr darauf angewiesen ist, ein Auto zu besitzen. Dazu muss der ÖPNV ausgebaut werden und in den Städten auch ein Straßenrückbau erfolgen. In vielen größeren Städten gibt es die Bereitschaft in der Bevölkerung dazu. Wenn aber 70 Jahre lang Verkehrspolitik nur aus Straßenbau besteht, kann man das nicht von einem Augenblick zum anderen ändern. Es wurden Bereiche geschaffen, in den die Menschen ohne Auto gar nicht mehr gelangen. Das zu ändern, muss der erste Schritt sein.

Das Gespräch führte Götz Hausding. ||

Jörg Cezanne sitzt seit 2017 für die Fraktion Die Linke im Bundestag und ist Mitglied im Verkehrsausschuss.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Vorantreibende: Torsten Herbst

Die Arbeit als Bundestagsabgeordneter beschert Torsten Herbst eine Menge Sauerstoff. In den Sitzungswochen legt er im Schnitt acht Mal die 500 Meter zwischen seinem Büro in der Dorotheenstraße und dem Reichstag zurück; eine unterirdische Verbindung gibt es nicht. „Die Frischluft tut gut, da wird der Kopf auch mal wieder frei“, sagt er, als er strammen Schritts ins Büro kommt. Gerade hat der 46-jährige Freidemokrat eine Rede gehalten, muss in einer Dreiviertelstunde zur Abstimmung zurück; Zeit für ein Glas Wasser und ein paar Gedanken zur Verkehrspolitik. Die Regierungsfaktionen wollen eine schnellere Planung und Genehmigung von Verkehrsprojekten vorantreiben und legen ein Maßnahmen-gesetzvorbereitungsgesetz vor: Damit will die Bundesregierung für 14 Verkehrsinfrastrukturprojekte die Möglichkeit schaffen, statt über einen Verwaltungsakt per Gesetz Baurecht zu erlangen. Betroffen davon sollen acht Schienenbau- und sechs Wasserstraßenbauprojekte sein. „Jeden Schritt in Richtung Beschleunigung begrüßen wir. Und wir gehen weiter“, kommentiert Herbst die Initiative der Exekutive. „Die Planung und Genehmigung von Verkehrsprojekten läuft zu oft unbefriedigend, sie dauert einfach zu lang.“ Die FDP mache sich dafür stark, nicht nur für eine begrenzte Anzahl von Projekten einen Gesetzesakt zu schaffen, sondern generell die Verfahren zu straffen. „Wenn wir als große Exportnation nicht endlich unsere Verkehrsinfrastruktur modernisieren, stehen wir bald im Abseits.“

© DBT/Achim Meide



»Wenn wir als große Exportnation nicht endlich unsere Verkehrsinfrastruktur modernisieren, stehen wir bald im Abseits.«

Das Wort „professionell“ in all seinen Schattierungen benutzt der in Dresden Geborene oft: Die Fahne hinterm Schreibtisch, eine Landkarte an der Wand, Fotos vom Elbsandsteingebirge und der Moritzburg. „Sachsen ist ein Bundesland mit langer Tradition und stark ausgeprägter Identität. Diese gab es auch schon in der DDR.“ Im Herbst 1989 ging der damalige Neuntklässler auf die Straße, beteiligte sich an den Montagsdemonstrationen. „Wir wussten

nicht, was passieren wird. Ob die mit Gewalt niedergeschlagen werden. Aber der Freiheitsdrang war zu groß, viele Klassenkameraden und ich zogen los.“ Es ging bekanntlich gut aus. In der Nachwendezeit war Herbst Mitgründer der Jungliberalen Aktion Sachsen. Die FDP hatte keinen leichten Stand. 1994 flog sie aus dem Landtag, erreichte 1999 historische 1,1 Prozent. In diesem Jahr übernahm Herbst den stellvertretenden Landesvorsitz. 2004 gelang der Wiedereinzug und Herbst wurde zehn Jahre lang Landtagsabgeordneter, mit einer beeindruckenden Aufgabenfülle: Neben der Mitgliedschaft in zwei Ausschüssen war er Parlamentarischer Geschäftsführer und Schatzmeister der Fraktion, für die er auch die Aufgabe des wirtschafts-, arbeitsmarkt- und verkehrspolitischen Sprechers sowie des medien- und europapolitischen Sprechers übernahm. „In Landtagen ist man mehr Generalist“, kommentiert er diese Zeit. Seit 2017 dann der Bundestag, und die Spezialisierung auf Verkehrspolitik. Herbst ist auch Co-Sprecher des jüngst gegründeten „Liberal-konservativer Kreis“ (LKK), einer Gesprächsrunde aus Unions- und FDP-Abgeordneten. „Große Koalition oder Schwarz-Grün finde ich gleich schlimm.“ Die Themen des LKK: Klimaschutzmaßnahmen auf den Prüfstand stellen, kein gleichzeitiger Ausstieg aus Kohle und Kernkraft, Soli weg. Ein Blick auf die Uhr, Herbst muss wieder los, Frischlufttanken. „Ich kann mir nicht vorstellen, 20 Jahre lang im Bundestag zu sitzen. Da brauche ich dann schon was Neues.“ Herbst fällt in einen strammen Schritt. Jan Rübel ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos
Stephan Rotes

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Redaktionsschluss
31. Januar 2020

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
Kurfürstenstraße 4–6
64546 Marfölden-Walldorf

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserservice/Abonnement
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Dessenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail:
fazit-com@intime-media-services.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jb)

Stellvertretender Chefredakteur
Alexander Heinrich (ah)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Kirstina Pezei (pez)
Sören Christian Reimer (scr) Cvd
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Dessenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail:
fazit-com-anzeigen@intime-media-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitschrift „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Auf dänischer Seite ist man beim Mega-Projekt Fehmarnbelt-Tunnel bereits in den Startlöchern, auf deutscher Seite steht man vor Gericht.

© picture-alliance/dpa

Bauen wie die Dänen

VERKEHR Warum die Große Koalition ausgewählte Verkehrsprojekte künftig per Gesetz genehmigen lassen will

Ginge es nach Deutschlands Nachbarn Dänemark, wäre der zwischen beiden Ländern geplante Tunnel unter dem Fehmarnbelt wohl schon bald fertig: Nachdem der deutsch-dänische Staatsvertrag für die Ostseequerung im Jahr 2009 ratifiziert worden war, hat das Parlament in Kopenhagen bereits 2015 per Gesetz die Baugenehmigung für den Tunnel erteilt. Hätten die Arbeiten gleich darauf losgehen können, so hätte bei einer Bauzeit von rund acht Jahren die Aussicht bestanden, dass die fast 18 Kilometer lange Straßen- und Schienenverbindung zwischen den Inseln Fehmarn und Lolland im Jahr 2023 eröffnet wird. Hätte. Doch aus einem raschen Baubeginn wurde nichts – denn für den deutschen Abschnitt des voraussichtlich sieben Milliarden Euro teuren Tunnels liegt bis heute keine rechtskräftige Baugenehmigung vor. Vielmehr hat die dänische Tunnelbaugesellschaft Femern AS ab 2013 erst mal sechs Jahren lang an den Unterlagen für den sogenannten Planfeststellungsbeschluss gefeilt, musste auf Geheiß der schleswig-holsteinischen Genehmigungsbehörde mehrmals nachbessern, dabei auf 12.600 Einwände von Betroffenen reagieren – und ist jetzt noch immer nicht am

Ziel: Gegen die vor einem Jahr erteilte Baugenehmigung sind gleich acht Klagen von Umweltverbänden, Reedereien und Städten beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig eingegangen. In der zweiten September-Hälfte wird verhandelt, Ende Oktober das Urteil erwartet. Erst dann kann der Bau in Deutschland endlich anfangen – vorausgesetzt die Leipziger Richter haben nichts zu beanstanden. Hier mindestens elf Jahre, dort nur sechs – dass die Genehmigung von großen Verkehrsprojekten in Deutschland fast doppelt so lange dauert wie in Dänemark, will die große Koalition nicht länger hinnehmen. Daher hat der Bundestag am vergangenen Freitag ein Gesetz von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer beschlossen, mit dem der CSU-Politiker 14 ausgewählte Bauvorhaben auf der Schiene und dem Wasser genauso schnell verwirklichen möchte wie in Dänemark üblich. „Wir wollen wichtige umweltfreundliche Verkehrsprojekte beschleunigen“, verkündete Scheuer bei der Vorstellung der Pläne im Oktober. So sollen nun etwa der Ausbau der ICE-Strecke zwischen Hannover und

Bielefeld oder die Vertiefung des Nord-Ostsee-Kanals durch ein Gesetz des Bundestags genehmigt werden und nicht mehr durch einen Planfeststellungsbeschluss einer Behörde. Von dieser sogenannten „Legalplanung“ nach dänischem Vorbild erhofft sich Scheuer vor allem deshalb mehr Tempo, weil dann keine langen und oft über mehrere Instanzen gehenden Klageverfahren vor Verwaltungsgerichten gegen Baugenehmigungen mehr möglich wären. Der einzige Weg zur Verhinderung eines Projekts wäre ein Gang vor das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Dort könnten Fraktionen oder Länder eine Normenkontrollklage gegen das vom Bundestag beschlossene Gesetz anstrengen oder Betroffene eine Beschwerde einlegen. Allerdings sind Verfassungsbeschwerden meist wenig aussichtsreich – nur knapp zwei Prozent haben Erfolg. Völliges Neuland betritt die Große Koalition mit ihrem Gesetz nicht: Schon nach der deutschen Wiedervereinigung wurde ein Abschnitt der Ostseeautobahn A 20 bei

Wismar durch ein vom Bundestag beschlossenes „Investitionsmaßnahmegesetz“ genehmigt. Gleiches passierte mit der südlichen Gleisumfahrung von Stendal auf der ICE-Neubaustrecke Hannover-Berlin Die Abgeordneten stöhnten damals über viel Zusatzarbeit, die Stadt Stendal legte Verfassungsbeschwerden ein, das Land Hessen, obwohl nicht direkt betroffen, klagte gegen die Regelung – doch die Karlsruher Richter entschieden 1996, dass das Gesetz rechtmäßig war. Ob das auch für das neue „Maßnahmegesetz-Vorbereitungsgesetz“ gilt, bezweifeln allerdings die Kritiker – allen voran die Umweltverbände. Sie gehen davon aus, dass Karlsruhe heute wegen der gestiegenen Bedeutung des Rechtsschutzes anders urteilen würde als vor 24 Jahren. So bemängelt etwa der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, kurz BUND, dass der verfassungsrechtlich garantierte Rechtsschutz ausgehöhlt werde, wenn den Betroffenen eines Baugesetzes nur noch eine Verfassungsbeschwerde bliebe, um ihre Interessen zu wahren. Zudem verstößt das neue Gesetz nach Einschätzung der Umweltverbände gegen europäisches Recht – genauer gesagt gegen die „Aarhus-Konvention“ und die EU-Richtlinie für Umweltverträglichkeitsprüfungen, kurz UVP. So habe die EU-Kom-

mission in ihrer jüngsten Stellungnahme zur UVP-Richtlinie erklärt, dass jede Gesetzgebung „vor einem einzelstaatlichen Gericht in Bezug auf seine materiellrechtliche und verfahrensrechtliche Rechtmäßigkeit anfechtbar sein muss“. Das klingt kompliziert, bedeutet aber zumindest nach Überzeugung des BUND schlicht, dass die Verfassungsbeschwerde als Rechtsmittel nicht ausreicht – weil Karlsruhe dabei nur die Einhaltung des Verfassungsrechts prüft, nicht aber des Umweltrechts. Hingegen gebe es selbst im viel gelobten Planungsparadies Dänemark genau die Klagemöglichkeiten, die der Bund jetzt für einige Projekte abschaffe. **Einwände** Damit nicht genug der Einwände. Manch Koalitionsabgeordneter bezweifelt gar, dass das neue Gesetz überhaupt zu der erhofften Beschleunigung führt. So gibt der SPD-Verkehrspolitiker Mathias Stein zu bedenken, dass wegen der Einschränkung der Klagemöglichkeiten zwar diejenigen Projekte vom Bauen per Gesetz profitieren könnten, gegen die Prozesse zu erwarten sind. Bei allen anderen aber drohten sich die Genehmigungen sogar länger hinzuziehen als bisher. Denn zu den auch weiterhin vorgeschalteten und unveränderten Planfeststellungsverfahren durch das Eisenbahnbundesamt

oder die Generaldirektion Wasserstraßen- und Schifffahrt gesellen sich nun anschließend noch die Beratungen durch den Bundestag – und die können zeitraubend sein. „Sie werden mit Unterlagen überschwemmt werden“, warnte in einer öffentlichen Anhörung der Experte Michael Zschiesche vom Unabhängigen Institut für Umweltfragen die Abgeordneten. Die Naturschutzverbände empfehlen daher statt der Legalplanung andere Schritte, um die Genehmigung von Verkehrsprojekten in Deutschland zu beschleunigen. So müssten Bund und Länder mehr kompetentes Planungspersonal einstellen. Auch das Bundesverwaltungsgericht, das letztinstanzlich über große Vorhaben entscheidet, brauche mehr Mitarbeiter. Vor allem aber raten die Umweltverbände zu einer deutlich früheren Beteiligung von Bürgern und Naturschützern, um so die Akzeptanz von Bauprojekten zu erhöhen und Klagen von vornherein unwahrscheinlicher zu machen. Eine solche rechtzeitige Suche nach einem breiten öffentlichen Konsens gilt auch im Musterland Dänemark als ein Erfolgsgeheimnis der schnellen Planung. **Henning Baethge** ||

Der Autor ist Hauptstadtkorrespondent des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages.

Völliges Neuland betritt die Große Koalition mit ihrem Gesetz nicht.

Engpassbeseitigungen und Fahrrinnenvertiefungen

GESETZ Acht Schienen- und sechs Wasserstraßenbauprojekte sollen künftig durch Maßnahmengesetz umgesetzt werden

Eines sind die inzwischen 14 Verkehrsinfrastrukturprojekte, über deren Bau künftig der Bundestag mit einem Maßnahmengesetz entscheiden will: Sie alle sind der Kategorie „Vordringlicher Bedarf“ im Bundesverkehrswegeplan 2030 (BVWP) zugeordnet. Von den acht Schienenbauprojekten, von deren Umsetzung sich die Regierung vor allem positive Effekte für den Güterverkehr erhofft, befinden sich zwei in Bayern. Die Bahnstrecke München – Mühldorf – Freilassing/Burghausen stellt derzeit im eingleisigen Bereich zwischen Markt Schwaben und Ampfing einen Engpass im deutschen Schienennetz dar. Der Ausbau der Eisenbahnstrecke von Hof über Marktredwitz und Regensburg nach Obertraubling läuft ebenfalls unter dem Stichwort Engpassbeseitigung. Beide Projekte sollen auch vorhandene Elektrifizierungslücken schließen.



Die Fahrrinne des Nordostsee-Kanals soll vertieft werden. © picture alliance / blickwinkel

Zweigleisiger Ausbau Eine Transportkostensenkung verspricht man sich vom Neubau der Kurve von Mönchehof nach Ithringhausen (Hessen) im Rahmen des Ausbaus der Eisenbahnstrecke von Paderborn nach Halle. Neben dem starken Güterverkehrsaufkommen führt im Falle des geplanten zweigleisigen Ausbaus der Strecke von Hannover nach Bielefeld (Niedersachsen) auch eine hohe Personennachfrage zur Aufnahme des Projektes in die Liste. Ein zweigleisiger Ausbau ist auch auf der

Strecke von der deutsch-niederländischen Grenze über Kaldenkirchen, Viersen und Rheydt nach Odenkirchen (Nordrhein-Westfalen) geplant. Zwei der Schienenprojekte befinden sich in den östlichen Bundesländern. Geplant ist die Elektrifizierung der Eisenbahnstrecke von Geithain nach Chemnitz im Rahmen des Ausbaus der Strecke von Leipzig nach Chemnitz (Sachsen). Zur Auflösung von Engpässen ist auch ein zweigleisiger Vollausbau der Strecke Uelzen – Stendal –

Magdeburg vorgesehen. Betroffen sind hier Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Neu im Gesetz ist der zweigleisige Ausbau der Marschbahn von Niebüll über Klanxbüll nach Westerland. Die bessere Anbindung der Insel Sylt ist erst nachträglich in den Vordringlichen Bedarf des BVWP aufgenommen worden. Bei den sechs Wasserstraßenprojekten geht es jeweils um eine Fahrrinnenvertiefung. Im ursprünglichen Gesetzentwurf vorgesehen war die Fahrrinnenanpassung der Au-

ßenweser im Bereich Bremerhaven. Neu hinzugekommen ist die Vertiefung der Fahrrinne der Unterweser (Nord) zwischen Bremerhaven und Brake. Um die Schiffbarkeit bei Niedrigwasser auf dem Rhein zu verbessern, findet sich unter den Maßnahmengesetzprojekten auch die Abladeoptimierung der Fahrrinnen des Mittelrheins zwischen St. Goar und Wiesbaden (Rheinland-Pfalz und Hessen). Auch auf dem Main zwischen der Rheinmündung und Aschaffenburg soll die Abladetiefe vergrößert und damit die Befahrbarkeit auf diesem Mainabschnitt qualitativ verbessert werden. Die Vertiefung des Nord-Ostsee-Kanals (NOK) auf der Gesamtstrecke von elf Metern Wassertiefe um einen Meter auf zwölf Meter hat das gleiche Ziel. Der Ausbau des Wesel-Datteln-Kanals bis Marl und der Ersatzneubau der „Großen Schleusen“ sowie die Brückenhebung bei diesem Ersatzneubau sollen schließlich einen uneingeschränkten Verkehr von Chemietankern zwischen dem Rhein und Marl ermöglichen. **Götz Hausding** ||

Anzeige

Bürgerämter im Wandel



Bürgerämter in Deutschland
Organisationswandel und digitale Transformation
Von Prof. Dr. Jörg Bogumil, Prof. Dr. Sabine Kuhlmann, Sascha Gerber und Christian Schwab
2019, 106 S., brosch., 16,- €
ISBN 978-3-8487-6048-0
(„Modernisierung des öffentlichen Sektors“ („Gelbe Reihe“), Bd. 44)
nomos-shop.de/42159

In der Studie wird eine umfassende Analyse der aktuellen organisatorischen, personellen und technischen Situation in den deutschen Bürgerämtern vorgenommen. Auf dieser Grundlage werden Reformvorschläge zur Optimierung dieser für die Bürger wichtigsten Anlaufstelle für Verwaltungsleistungen entworfen.

eLibrary www.nomos-elibrary.de

Bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei online unter nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**





Schrauben am Wachstum

WIRTSCHAFT Der Minister will den Mittelstand unterstützen, der Opposition reicht das nicht

Eine Branche im Wandel: Eine Volkswagen-Mitarbeiterin in Wolfsburg schraubt an einem Golf 8.

© picture-alliance/dpa

Eine Erfolgsgeschichte, die sieht der Minister immer noch in der Wirtschaftsentwicklung des Landes: Ein seit einem Jahrzehnt wähernder Aufschwung, das sei schon einzigartig, findet Peter Altmaier (CDU). Allerdings konnte auch er in einer Regierungserklärung zum aktuellen Jahreswirtschaftsbericht (19/16850) schwerlich ausblenden, dass dieses Wachstum eine Delle erhalten hat – im vergangenen Jahr ist die Kurve ziemlich abgeflacht. Man habe eine teilweise gespaltene Entwicklung – einerseits eine robuste Binnennachfrage mit entsprechendem Wirtschaftswachstum, andererseits eine exportorientierte Industrie, die zum Teil vor großen Problemen steht, bilanzierte Altmaier am vergangenen Donnerstag im Bundestag.

Es gebe allerdings eine realistische Chance für einen Auftrieb – und dazu kündigte er konkrete Handlungen und weiterreichende Visionen an, die der Wirtschaft Fahrt verleihen und Sicherheit geben sollen. Altmaier erwähnte dazu Verabredungen des Koalitionsausschusses von der Nacht zuvor: Man werde beispielsweise erstmals überhaupt eine Abschreibung digitaler Wirtschaftsgüter vornehmen. Es gebe die Überlegung, Personengesellschaften mit Kapitalgesellschaften gleichzustellen, was als ein wichtiges Zeichen an den Mittelstand zu verstehen sei. Schließlich sollten Zulieferer in der Automobilindustrie unterstützt werden, etwa durch Verbesserungen beim Kurzarbeitergeld. Diese Betriebe würden nicht im Stich gelassen, sagte Altmaier. Der Minister erneuerte auch sein Plädoyer für eine vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Unternehmen bräuchten

in diesem Punkt Planungssicherheit, genauso wie sie generell Rahmenbedingungen benötigen, die ihnen in Zeiten von internationalen Einflüssen, Struktur- und Klimawandel Verlässlichkeit und Vertrauen geben könnten.

Carsten Linnemann (CDU) ergänzte Aspekte landwirtschaftlicher Belange. Landwirtschaft werde zu selten aus wirtschaftlicher Perspektive gesehen, sagte er und erwähnte ebenfalls Beschlüsse aus dem Koalitionsausschuss, die die Branche stützen sollen. Linnemann warb außerdem dafür, dass Deutschland ein „Land des Ausprobierens“ werde: Unternehmer müssten Fehler machen dürfen. Sören Bartol von der SPD lobte die Regierungspolitik ebenfalls und beschrieb den Strukturwandel als zentrale Herausforderung, vor der Wirtschaft und Gesellschaft stehen. Dabei mahnte er die soziale Dimension bei drängenden Zukunftsaufgaben wie etwa dem Klimawandel an. Man müsse das Gemeinwohl im Blick behalten, sagte Bartol. Schließlich hielten Wirtschaft und Arbeit die Gesellschaft zusammen.

Oppositionskritik Für die Opposition erklärte zunächst Tino Chrupalla (AfD), der Sachverständigenrat habe ein reines Gefälligkeitsgutachten erstellt. Er warf der Bundesregierung blinden Glauben an eine Transformation vor, die an der Realität vorbeigehe und von den Menschen nicht gewollt werde. Die Idee vom Strukturwandel sei nicht zu Ende gedacht, zugleich vermisse er Dialogbereitschaft von der Seite der Wandel-Befürworter. Chrupalla bot diesbezüglich Gespräche an, insofern diese offen verlaufen würden.

Michael Theurer (FDP) beschrieb ein gespaltene Bild der Wirtschaft und führte Beispiele für Wirtschaftszweige an, die beispielsweise Kurzarbeit hätten einführen müssen. Er warf Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) vor, Forderungen aus dem Jahreswirtschaftsbericht beim Regierungshandeln auszublenden. Merkel müsste Projekte wie eine große Steuerreform und eine Abschaffung des Solidaritätszuschlags zur Chefsache machen. Theurer erwähnte auch das Thema Wasserstoff, bei dem nach wie vor eine Strategie auf sich warten lasse. Die vermisste auch Klaus Ernst (Die Linke) – genauso wie eine Umsetzung der Industriestrategie und generell Investitionen. Stattdessen kündigte die Regierung Steuererleichterungen an, wo doch belegt sei, dass solche Schritte nicht zu mehr Investitionen führten. Notwendig wäre eine Entlastung

> STICHWORT

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

> Bewertung Dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zufolge befindet sich die Volkswirtschaft im Abschwung.

> Ausblick Bislang sei jedoch nicht von einer breiten und tiefergehenden Rezession auszugehen, heißt es in ihrem Jahresgutachten (19/15050).

> Zahlen 2020 Die schwache wirtschaftliche Dynamik werde sich bis mindestens 2020 hinziehen, das Wachstum mit 0,9 Prozent schwach bleiben.

der unteren Einkommen, ebenso eine Entlastung von Kommunen und mehr Unterstützung für die Windenergiebranche. Hilfen für die Automobilindustrie müssten an Verpflichtungen wie Arbeitnehmermitbestimmung geknüpft werden, forderte Ernst.

Kohlekompromiss Katharina Dröge (Bündnis 90/Die Grünen) warf Altmaier eine „erratische“ Politik vor, die zum Standortrisiko für das Land werde. Als Beispiel führte die Abgeordnete den Kohlekompromiss an, der die Vorschläge der Kohlekommission unzureichend umsetze und so auch noch ein fatales Signal für die Demokratie im Land setze. Es bleibe der Eindruck, dass man sich auf den Minister nicht verlassen könne. Dröge sah auch in der Industriepolitik Inkonsistenz, während etwa die Stahlindustrie bei ihrem Bemühen allein gelassen werde, auf zukunftsfähige Produktionsmethoden umzustellen. Nicht zuletzt verlangte Dröge mehr Augenmerk auf die Situation der Windenergiebranche.

Im Jahreswirtschaftsbericht rechnet die Bundesregierung damit, dass die Wirtschaft ihre Schwächephase allmählich überwindet. Bei einer noch verhaltenen Dynamik zum Jahresauftakt erwartet sie für das Gesamtjahr eine Zunahme des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 1,1 Prozent. Der Bericht wurde zusammen mit dem Jahresgutachten 2019/20 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (19/15050) zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie überwiesen. Flankierende Anträge der Opposition (19/14781, 19/14825) wurden abgelehnt.

Kristina Pezzei

Massive Investitionen in öffentlichen Nahverkehr

VERKEHR Deutlich mehr Bundesmittel für den ÖPNV

Der Bund will massiv in den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) investieren. Über die Jahre 2020 bis 2031 werden die Regionalisierungsmittel, mit denen der Bund die Länder mit dem Ziel der Steigerung der Attraktivität des ÖPNV unterstützt, um rund 5,25 Milliarden Euro erhöht. Dazu kommt noch die Unterstützung durch das GVFG-Bundesprogramm zur Förderung von Bau und Ausbau des schienengebundenen ÖPNV. Dadurch stehen im Jahr 2020 insgesamt 665,13 Millionen Euro zur Verfügung – doppelt so viel wie bislang vorgesehen. In den Jahren 2021 bis 2024 sollen Bundesmittel in Höhe von einer Milliarde Euro jährlich bereitstehen. Im Jahr 2025 sind zwei Milliarden Euro geplant, der Betrag soll in den Folgejahren jährlich um 1,8 Prozent ansteigen.

Ermöglicht wird dieser Aufwuchs durch die Verabschiedung zweier Gesetzentwürfe der Bundesregierung. Der Änderung des Regionalisierungsgesetzes (19/15622, 19/16909) stimmten vergangene Woche Union, SPD und AfD zu – bei Enthaltung von Linken und Grünen sowie der Ablehnung durch die FDP. Der Änderung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) (19/15621, 16908) stimmten in der durch die Koalition geänderten Fassung neben Union und SPD auch FDP und Grüne zu. Die Linksfaktion enthielt sich, während die AfD den Entwurf ablehnte.

Gleiskörper Das GVFG hat im Verlauf der parlamentarischen Beratungen wesentliche Änderungen erfahren. Die bedeutendste davon: Der Verzicht auf das Förderkriterium des eigenen Gleiskörpers. Strecken für Straßen- oder Stadtbahnen sollten ursprünglich nur gefördert werden, wenn sie einen eigenen Gleiskörper – getrennt von der Straße – haben. Dem widersprachen sowohl der Bundesrat als auch verschiedene Experten während einer Anhörung mit dem Verweis darauf, dass es in urbanen Räumen vielerorts weder verkehrlich sinnvoll noch praktisch umsetzbar sei, „besondere Bahnkörper“ herzustellen. Im nun verabschiedeten Gesetzentwurf wird die Förderung auf Strecken erweitert, die „die Bevorrechtigung der Bahnen durch geeignete Bauformen beziehungsweise Fahrleitsysteme sicherstellen“.

»Ein bezahlbarer ÖPNV ist die sozialste Form von Mobilität.«

Sören Bartol (SPD)

Zum Regionalisierungsmittelgesetz nahm der Bundestag eine Entschließung an, in der die Regierung aufgefordert wird, Änderungen im Eisenbahnregulierungsgesetz vorzunehmen. Hintergrund: Bei der derzeitigen Rechtslage würden die zusätzlichen Bundesmittel in den Jahren 2021 und 2023 etwa zur Hälfte in die Trassen- und Stationsentgelte – und damit wieder an den Bund – fließen, da die zu zahlenden Nutzungsentgelte mit der Änderungsrate der Regionalisierungsmittel verknüpft sind.

Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) räumte ein, in der Vergangenheit „immer nur einen Verkehrsträger“ im Auge gehabt zu haben. Mit der GVFG-Novelle werde die Ausweitung auf verschiedene Verkehrsträger und verschiedene Verkehrsmittel erreicht, „damit das Umsteigen erleichtert und der Anreiz erhöht wird“. Nur auf den ersten Blick sei die Novelle ein Grund zum Jubeln, befand hingegen Wolfgang Wiehle (AfD). Schließlich gehe der Straßenverkehr leer aus, was typisch für die „ideologische Verkehrswendepolitik“ der Koalition sei.

Aus Sicht von Sören Bartol (SPD) ist ein bezahlbarer ÖPNV „die gerechteste und sozialste Form von Mobilität“. Gerade in dünn besiedelten Regionen sei der ÖPNV aber teilweise kaputtgespart worden. „Das müssen wir zurückdrehen.“

Torsten Herbst (FDP), begrüßte, dass mehr Geld für den ÖPNV zur Verfügung steht. Forderungen nach autofreien Innenstädten, „Sonderurlaubstagen für Radfahrer“ oder einem kostenlosen ÖPNV lehne er ab. „Das ist zwangsrüne Umerziehung, und das wird es mit der FDP nicht geben.“

Andreas Wagner (Die Linke) befand, die Kommunen würden im Verkehrssektor gestärkt. „Auch wenn noch mehr möglich gewesen wäre: Die dringend notwendige Verkehrswende erhält damit einen kräftigen Schub“, sagte er.

Stefan Gelbhaar (Grüne) freute sich, dass der Gesetzentwurf „eine unserer Forderungen übernimmt“. Allerdings seien Radverkehr und der Klimaschutz „nur verwässert eingebracht oder gar abgelehnt“ worden. Michael Donth (CDU) zeigte sich begeistert. Das Gesetz sei ein „Quantensprung für den öffentlichen Verkehr“ und ein Geschenk für Pendler.

Götz Hausding

Bedarf schneller decken

BESCHAFFUNG Änderungen im Vergaberecht beschlossen

Der Bundestag hat ein Gesetz beschlossen, das eine schnellere und rechtssichere Ausstattung und Ausrüstung von Soldaten ermöglichen soll. Mit den Stimmen der Regierungsfaktionen und der AfD-Fraktion votierten die Abgeordneten in der vergangenen Woche für den „Entwurf eines Gesetzes zur beschleunigten Beschaffung im Bereich der Verteidigung und Sicherheit und zur Optimierung der Vergabestatistik“ (19/15603), den die Bundesregierung vorgelegt hatte.

Im Vergaberecht sollten für den Bereich Verteidigung und Sicherheit die notwendigen Änderungen vorgenommen werden, um den Bedarf für Einsätze beziehungsweise einsatzgleiche Verpflichtungen der Bundeswehr schneller zu decken, erklärt die Bundesregierung dazu. Seit dem Inkrafttreten neuer Vorgaben vor drei Jahren habe sich gezeigt, dass aufgrund aktueller Entwicklungen Änderungen erforderlich sind. So gewinne in der Sicherheitspolitik die „Notwendigkeit, kurzfristig und effektiv auf sicherheitsrelevante Entwicklungen sowohl im In- als auch im Ausland reagieren zu können“, an Bedeutung.

Der vorliegende Entwurf enthält zunächst Regelungen, die die Vorgaben des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen und der Vergabeverordnung für die Bereiche Verteidigung und Sicherheit modifizieren, um eine beschleunigte Beschaffung für die militärischen und zivilen Sicherheitsbehörden zu ermöglichen. Außerdem seien verschiedene Anpassungen besonders der Vergabestatistikverordnung vorgesehen, heißt es weiter.

Die AfD-Fraktion erklärte ihre Zustimmung damit, dass hier nationale Interessen betont würden und nicht europäische. Die Kernbereiche nationaler Sicherheitsinteressen gehörten nach Berlin, nicht nach Brüssel. Die FDP-Fraktion sah das genau anders und forderte mehr Europa. Das Gesetz zu mehr nationaler Vergabepaxis sei ein klarer Rückschritt. Die Linksfaktion lehnte den Gesetzentwurf auch vor dem Hintergrund ihrer grundsätzlich kritischen Haltung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr ab. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärte, das Gesetz löse die bestehenden Probleme nicht, es hebe sie nur auf die nationale Ebene.

pez

Sorgfaltspflichten in der Lieferkette

ROHSTOFF-POLITIK Experten diskutieren im Wirtschaftsausschuss, wie weit ein Gesetzentwurf zum Import von Mineralien gehen soll

Finanzierung von Konflikten bei der Einführung von Edelmetallen vermeiden, Einfluss auf die Einhaltung von Menschenrechten beim Abbau in den Minen ausüben: Diese Ziele waren unumstritten, als es vergangene Woche bei einer Expertenanhörung im Ausschuss für Wirtschaft und Energie um Sorgfaltspflichten beim Import von mineralischen Rohstoffen ging. Doch ein entsprechender Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Konfliktmineralienverordnung stieß bei den Sachverständigen auf Zustimmung und Kritik. Es ging um den „Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Ver-

ordnung (EU) 2017 / 821 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2017 zur Festlegung von Pflichten zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten in der Lieferkette für Unionseinführer von Zinn, Tantal, Wolfram, deren Erzen und Gold aus Konflikt- und Hochrisikogebieten sowie zur Änderung des Bundesberggesetzes“ (19/15602, 19/16338).

Matthias Wächter vom Bundesverband der Industrie (BDI) begrüßte, dass der Gesetzentwurf nicht über die Bestimmungen der EU-Verordnung hinausgehe. Problematisch sei, dass bislang keine Liste von sogenannten Hochrisiko- und Konfliktgebieten erstellt wurde. Eine verbindliche Liste würde den Unternehmen Rechtssicherheit bieten. Die freiwilligen Unternehmensinitiativen würden durch anerkannte Systeme zertifiziert. Dadurch erfüllten die Unternehmen die EU- und OECD-Vorgaben.



Der Eingang zu einer Zinnerz-Mine im Kongo.

© picture-alliance/dpa

Patricia Solaro (Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie) sprach sich gegen Forderungen aus, eine Liste der betroffenen Unternehmen zu veröffentli-

chen. Dies sei in anderen EU-Ländern nicht geplant und könne damit zu Wettbewerbsnachteilen für deutsche Firmen führen. Auch Hans-Jürgen Völz vom Bun-

desverband mittelständische Wirtschaft Deutschlands (BVMW) warnte vor drohenden Wettbewerbsverzerrungen, wenn in Deutschland die EU-Verordnung noch draufgesetzt werde. Obnehin sei der Bürokratieaufwand, der mit dem Gesetzesvorhaben einhergehe, eine Herausforderung für den Mittelstand.

Planungssicherheit York Alexander Tetzlaff und Jürgen Müller-Schäfer von der Fachvereinigung Edelmetalle setzten sich für ein starkes Durchführungsgesetz ein – mit wirklichen Maßnahmen gegen die Unternehmen, die gegen die in der EU-Verordnung festgelegten Berichtspflichten verstößen. Die EU-Kommission müsse zeitnah eine Liste von Konflikt- und Hochrisikogebieten präsentieren, um der Industrie die nötige Planungssicherheit zu verschaffen.

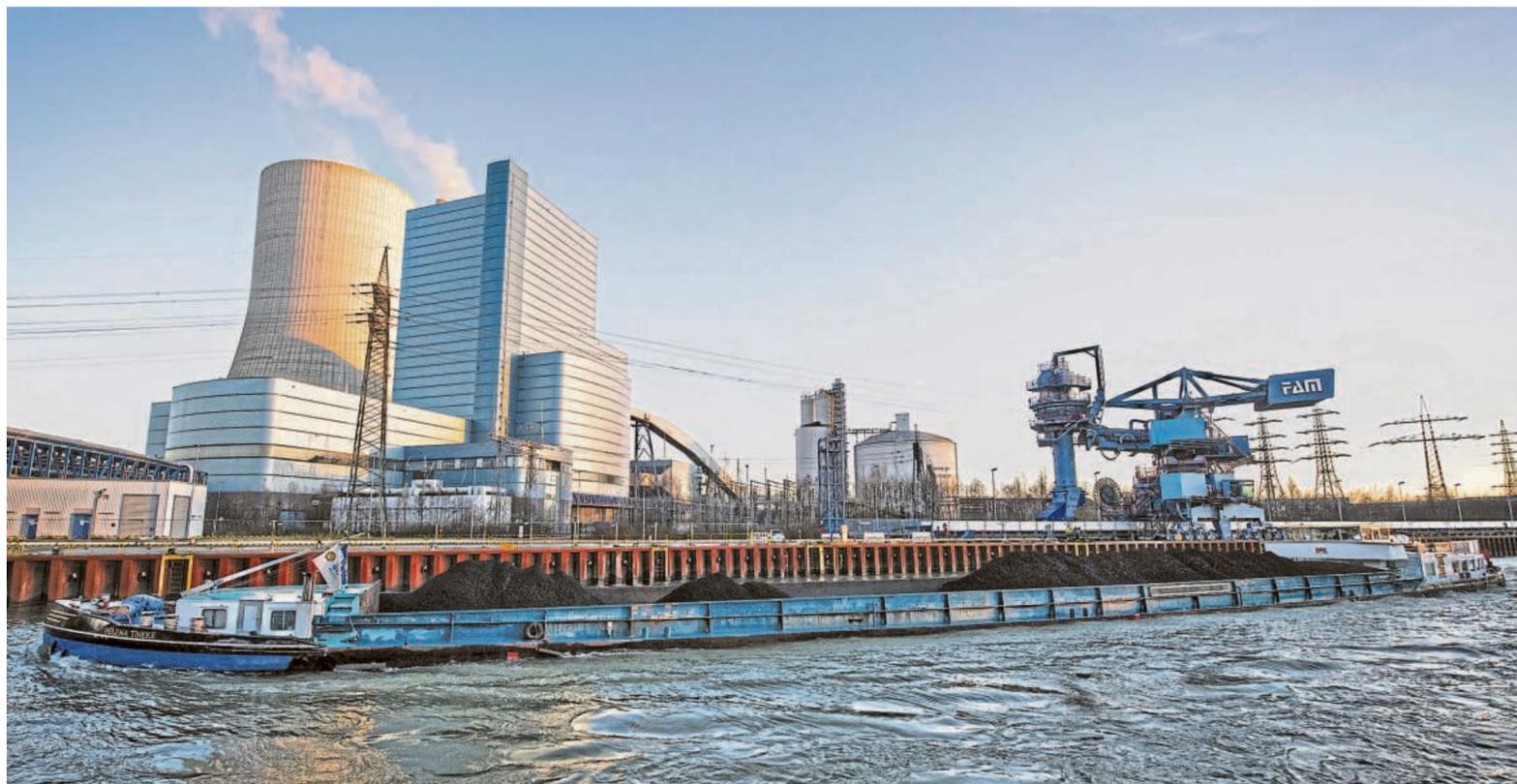
Sebastian Schiweck (Wirtschaftsvereinigung Metall) verwies darauf, dass die Kunden der Nichteisen-Metallindustrie heutzutage wissen wollten, unter welchen Bedingungen die Metalle abgebaut würden. Die Unternehmen stimmten ihre Geschäftstätigkeit mit staatlichen Stellen ab. Deswegen solle die Transparenz in der Lieferkette freiwillig, angemessen sowie branchen- und risikobezogen geregelt werden.

Johanna Sydow von Germanwatch verlangte, die Liste der betroffenen Unternehmen müsse jährlich veröffentlicht und öffentlich einsehbar sein. Sonst werde die zivilgesellschaftliche Kontrolle behindert. Die Höchstsumme an Zwangsgeldern für Unternehmen, die sich nicht an ihre Pflichten halten, solle von 50.000 Euro auf mindestens 200.000 Euro angehoben werden und beliebig oft angewendet werden dürfen, forderte Sydow.

Franz Averdunk

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Das Kohlekraftwerk Datteln 4: Die Anlage des Uniper-Konzerns soll ungeachtet des beschlossenen Kohleausstiegs noch neu in Betrieb genommen werden dürfen.

© picture-alliance/dpa

FDP legt Steuerpläne vor

FINANZEN Die FDP-Fraktion hat ihre Forderung nach Steuerentlastungen in einem Gesetzentwurf konkretisiert. Sie hat ein „Steuerentlastungsgesetz 2020“ (19/16830) in den Bundestag eingebracht, das am Freitag nach erster Lesung an die Ausschüsse überwiesen wurde. Dem Entwurf zufolge soll der Tarif der Einkommensteuer so „gestreckt“ werden, dass man erst bei einem deutlich höheren Einkommen als jetzt den Spitzensteuersatz zahlen muss und auch mit darunterliegenden Einkommen jeweils erst später in einen höheren Steuertarif kommt. Dies soll dadurch geschehen, dass die sogenannten Eckwerte erhöht werden. Ein Eckwert besagt, dass der oberhalb dieses Betrags liegende Teil eines Einkommens höher besteuert wird als der darunterliegende. Die FDP-Fraktion begründet ihren Vorstoß damit, dass die Steuerquote Jahr für Jahr steigt. Ziel ist es nach den Worten der Antragsteller, den Tarif „gerechter“ zu gestalten. Die gestreckten Tarife sollen nach dem Willen der FDP-Fraktion bereits für das laufende Jahr gelten. Darüber hinaus solle in den Folgejahren der sogenannte Mittelstandsbau, also die relativ hohe Besteuerung mittlerer Einkommen, „schrittweise und haushaltsverträglich weiter abgeschmolzen werden“. Ziel sei „ein linear-progressiver Tarif ohne Stufen“.

pst ||

KURZ NOTIERT

Diverse Anträge zur Investitionspolitik überwiesen

Ohne Aussprache sind vergangenen Donnerstag drei Anträge der Fraktionen von AfD (19/16860), FDP (19/16831) und Bündnis 90/Die Grünen (19/16841) zur Investitions- und Schuldenpolitik des Bundes zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss überwiesen worden. Sowohl FDP als auch AfD fordern, an der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse festzuhalten. Die Grünen sprechen sich dafür aus, angesichts der Klimakrise neue Schulden zu machen und spezielle Investitionsgesellschaften zu gründen. Die Anträge von FDP und Grünen sind am 2. März Gegenstand einer öffentlichen Anhörung. Hingegen entschieden die Ausschussmitglieder, den AfD-Antrag nicht zum Gegenstand der Anhörung zu machen.

Linke will Gewerbe-Mieter stärker schützen

Die Linksfraktion will Kleingewerbe und soziale Einrichtungen vor Mietsteigerungen schützen. Sie fordert von der Bundesregierung ein Gesetz, das Kündigungen ohne besonderen Grund verbietet. Außerdem müssten Schutzmechanismen für Gewerbetreibende mit befristeten Mietverträgen erarbeitet werden. Schließlich plädieren die Abgeordneten in ihrem Antrag (19/16837), der am Donnerstag an die Ausschüsse überwiesen wurde, für eine Gewerbetreibendenspreibremse. Die Mieten explodierten in vielen großen und mittleren Städten auch in diesem Bereich, heißt es zur Begründung. Kleine Betriebe und Sozialeinrichtungen würden „zunehmend Opfer von Verdrängung“. Das Bürgerliche Gesetzbuch könne jedoch bisher kein spezielles Mietrecht für Gewerbe.

pez ||

Der Anfang des Endes

ENERGIE I Ausstieg vom Ausstieg – oder ein Einstieg? Der Bundestag streitet über die Kohle

Als „Durchbruch“ hat Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) das auf den Weg gebrachte Gesetz zum Kohleausstieg vergangene Woche bezeichnet, als einen wirklich „großen Wurf“. Von dieser Euphorie war bei einer Bundestagsdebatte zum Thema am Freitag wenig zu spüren. Dass die Opposition ihre Kritikpunkte an den Plänen erneuerte, erstaunt kaum. Doch auch Vertreter der Regierungskoalition sahen recht nüchtern vor allem viel Arbeit und Handlungsbedarf auf Deutschland zukommen und forderten zum Teil, den Gesetzentwurf in Einzelpunkten nachzuschärfen.

Anlass für die Aussprache hatte die AfD-Fraktion geliefert mit drei Anträgen (19/16852, 19/16853, 19/16854), die weitgehend die Position der Fraktion untermauern, den Kohleausstieg abzublenden. Die Anträge wurden zur weiteren Beratung an den Wirtschaftsausschuss überwiesen. Steffen Kotré (AfD) sagte, die Regierung schädige mit dem Kohleausstieg die eigene Volkswirtschaft. Dabei gebe es eigentlich gar keinen Grund dafür,

denn die erwünschten CO₂-Einsparungen würden durch den Ausstieg nicht erzielt. Zudem sei die Stromversorgung nicht mehr gesichert, da es keinen Ersatz für Kohle gebe. Die Strompreise würden indes weiter steigen, was Geringverdienere über Gebühr belastet. Unvernünftig, unsozial und gefährlich seien die Pläne der Bundesregierung, fasste Kotré die Sicht seiner Fraktion auf den Kohleausstieg zusammen.

»Unsere Antwort auf Versorgungssicherheit heißt Technologieoffenheit.«

Martin Neumann (FDP)

Andreas G. Lämmel (CDU) kritisierte die Anträge in Teilen als sachlich falsch. Auf das Thema bezogen sagte er, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit seien für die Regierung die Leitplanken der Energiepolitik. Lämmel erinnerte an die vereinbarten Überprüfungsstermine, die er als Haltepunkte mit Option in beide Richtungen versteht – also gegebenenfalls auch

als Auslöser für eine erneute Diskussion über den Ausstieg. Er plädierte dafür, dass Strompreiskompensationen für alle Verbraucher gelten müssten. Es gehe nicht, dass energieintensive Unternehmen noch mehr Ausnahmen erhalten. Bernd Westphal (SPD) stellte sich hinter den eingeschlagenen Weg der Bundesregie-

rung. Es handele sich um einen klaren Pfad für den Ausstieg, die Absichten würden nun konkrete Politik, etwa mit Investitionsimpulsen auch für die chemische Industrie. Notwendig seien nun sozialwirksame Maßnahmen und der Ausbau der erneuerbaren Energien: Westphal forderte eine Abschaffung des Solardeckels und einen klaren Ausbaupfad für Windenergie – mit unterstützenden, nicht beschränkenden Maßnahmen. Wasserstoff müsse raus aus den Reallaboren und rein in industrielle Maßstäbe, denn er werde die Grundlage bilden für die zukünftige Industrie.

Regierungshandeln gefordert Die Opposition ging ebenfalls nur kurz auf die Anträge der AfD ein. Martin Neumann (FDP) sagte, es gehe eben längst um das Wie, nicht mehr um das Ob. Er verwies darauf, dass erneuerbare Energien an bestimmten Standorten sehr wohl bereits wettbewerbsfähig seien. Seine Fraktion habe auf Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit die Antwort Technologieoffenheit. Es müsse ein Wettbewerb emissionsarmer Energieträger hergestellt werden, mit dem Ziel, die Pariser Klimaziele zu erreichen. Neumann forderte die Bundesregierung zum Handeln auf und erwähnte Wasserstoffstrategie, Speicheroffensive und ein Zukunftsszenario für Kraft-Wärme-Kopplung als vordringliche Punkte.

Gesine Löttsch (Die Linke) kritisierte die Regierungspläne zu Kohleausstieg und Strukturwandel mit den Worten, dass einigen wenigen der Ausstieg vergoldet werde. Viele andere würden leiden. Milliarden für Energiekonzerne als Entschädigung könne sich Deutschland nicht leisten. Das Geld solle lieber für eine schnelle Energiewende eingesetzt werden. Löttsch forderte eine verlässliche Weiterbeschäftigung und ein Einkommensgarantie für Kohlekumpel sowie ein Absenken der Stromsteuer für alle. Oliver Krischer (Grüne) stieß sich ebenfalls an den Planungen der Bundesregierung. Er kritisierte, man habe immer wieder erzählt,

die Ergebnisse der Kohlekommission würden eins zu eins umgesetzt. Das, was jetzt im Kabinett beschlossen worden sei, sei bei weitem keine Eins-zu-eins-Umsetzung. Er stimmte seiner Vorrednerin in dem Punkt zu, dass Konzerne nicht milliardenstark entschädigt werden müssten – vor allem nicht, wenn sie wie das Unternehmen LEAG ohnehin ein Ende bestimmter Tagebaue geplant habe. Nur der Klimaschutz trage Nachteile bei den Gesetzesplänen davon: Eine Abschaltung der Kraftwerke werde um Jahre nach hinten geschoben, gar ein Kraftwerk noch ganz neu in Betrieb genommen. So werde Vertrauen zerstört.

Kristina Pezzei ||

> STICHWORT

Der Gesetzentwurf zum Kohleausstieg

> Inhalt Das auf den Weg gebrachte Gesetz regelt das Ende der klimaschädlichen Stromproduktion aus Kohle (im Bild ein Kohlehafen in Niedersachsen) in Deutschland bis spätestens 2038.

> Wirkung Durch die schrittweise Abschaltung aller Braun- und Steinkohlekraftwerke wird der Regierung zufolge ein Drittel aller CO₂-Emissionen eingespart.

> Weiteres Vorgehen Für ein Gelingen des Ausstiegs ist ein Ausbau der erneuerbaren Energien und des Stromnetzes entscheidend. 65 Prozent Ökostrom-Anteil sollen es bis 2030 sein.



© picture-alliance/dpa

Gebäude auf Klima-Kurs

ENERGIE II Abgeordnete sehen bei Gesetz Luft nach oben

Die Bundesregierung will die Gesetzesregelungen im Gebäudeenergie-Bereich vereinfachen. Dazu will sie das Energieeinsparungsgesetz, die Energieeinsparverordnung und das Erneuerbare-Energien-Wärme-gesetz in einem neuen Gesetz, dem Gesetz zur Einsparung von Energie und zur Nutzung erneuerbarer Energien zur Wärme- und Kälteerzeugung in Gebäuden (Gebäudeenergiegesetz – GEG) zusammenführen (19/16716): Künftig soll für den Neubau von Gebäuden ein einheitliches Anforderungssystem gelten.

Die ordnungsrechtlichen Vorgaben sollen laut Regierung weiterhin dem Ansatz folgen, den Primärenergiebedarf von Gebäuden gering zu halten, dazu den Energiebedarf eines Gebäudes von vornherein durch einen energetisch hochwertigen baulichen Wärmeschutz – vor allem durch gute Dämmung, gute Fenster und Vermeidung von Wärmebrückenverlusten – zu begrenzen und den verbleibenden Energiebedarf zunehmend durch erneuerbare Energien zu decken. Neben der Entbürokratisierung setze man so auch die europäischen Vorgaben zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden um und integriere die Regelung des Niedrigstenergiegebäudes in das einheitliche Energieeinsparrecht, heißt es in dem Entwurf weiter.

Der CDU-Abgeordnete Carsten Müller begrüßte die Initiative der Bundesregierung,

Das Gesetz biete den Anlass, den Anspruch aus dem Klimapaket zu erfüllen. Es gebe allerdings Luft nach oben, sagte Müller. Die Vorbildfunktion von Liegenschaften der öffentlichen Hand sei noch nicht ausgereizt, gesamtwirtschaftliche Effekte müssten stärker gewichtet werden, der Quartiersbegriff klar definiert werden. Timon Gremmels (SPD) sagte, er hätte sich auch eine Verschärfung der energetischen Standards gewünscht, aber der Entwurf bringe den Klimaschutz auch so deutlich voran. Er sah etwa beim Thema E-Ladeinfrastruktur Optimierungsbedarf.

Der AfD-Abgeordnete Steffen Kotré bewertete den Gesetzentwurf als Schritt in Richtung sozialistischer Planwirtschaft. Es handele sich um eine Verbotskultur. Martin Neumann (FDP) appellierte an die Technologieoffenheit – es gehe etwa nicht um ein Verbot von Ölheizungen, sondern um den Brennstoff. Gesamtziel müsse die Senkung von CO₂-Emissionen sein. Lorenz Gösta Beutin (Die Linke) sagte, der Stand beim Energieverbrauch von Gebäuden werde zementiert. Die Standards seien zu niedrig. Ähnlich argumentierte Julia Verlinden (Grüne). Neubauten müssten den bestmöglichen Energiestandard aufweisen.

Der Gesetzentwurf wurde im Anschluss an die Debatte zur weiteren Beratung an den Wirtschaftsausschuss überwiesen.

pez ||

Experten uneins

RENTEN Mögliche Doppelbesteuerung im Fokus

Seit Jahren läuft eine große Umstellung der Rentenbesteuerung. Früher mussten die Rentenbeiträge aus dem bereits versteuerten Einkommen abgeführt werden, während später die Rentenbezüge steuerfrei waren. Beamtenpensionen dagegen mussten voll versteuert werden. Dies bewertete das Bundesverfassungsgericht 2002 als unzulässige Ungleichbehandlung. Daraufhin entschied der Gesetzgeber, ab 2005 auf eine nachgelagerte Besteuerung umzustellen. Schrittweise bis 2025 sollten immer größere Anteile der Rentenbeiträge von der Steuer absetzbar sein, gleichzeitig immer größere Teile der Rente als steuerpflichtiges Einkommen gelten. Wer ab 2040 in Rente geht, muss dann die gesamte Rente versteuern.

Verfahren laufen Trotz dieser langen Fristen könnte es vorkommen, dass Teile einer Rente, die auf versteuerten Beiträgen beruhen, erneut versteuert werden. Die Linke (19/10282), AfD (19/10629) und Bündnis 90/Die Grünen (19/16494) haben deshalb Anträge eingebracht mit dem Ziel, solche Doppelbesteuerungen abzuwenden. Vergangene Woche nahmen Sachverständige in einer öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses dazu Stellung. Dabei zeigte sich, dass das Risiko wächst, je näher ein Renteneintritt am Jahr 2040 liegt. Schon heute seien einzelne Selbständige betrof-

fen, da es für sie keinen steuerfreien Arbeitgeberbeitrag gab. Erste Fälle liegen inzwischen beim Bundesfinanzhof. Dessen Vorsitzende Richter, Jutta Förster, erwartet eine Entscheidung um den Jahreswechsel 2020/2021. Angesichts dessen fragten Koalitions-Abgeordnete, ob man nicht die juristische Klärung abwarten solle. Dem hielt Förster entgegen, wenn in dieser Anhörung der Eindruck entstanden sei, dass es Doppelbesteuerung gibt, dann solle die Politik auch aktiv werden. Dagegen riet der Amberger Rechtsprofessor Thomas Dommermuth, erste höchstrichterliche Entscheidungen abzuwarten. Denn bisher sei gar nicht geklärt, wann eine Doppelbesteuerung vorliegt.

AfD und Linke schlagen in ihren Anträgen vor, die volle Rentenbesteuerung auf das Jahr 2070 zu verschieben, da dann Doppelbesteuerungen ausgeschlossen seien. Dagegen wandte Reinhold Thiede von der Deutschen Rentenversicherung ein, schon die Probleme mit dem geltenden Recht zeigten, dass man „ein Gesetz nicht auf vierzig Jahre im Voraus machen kann“.

pst ||

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.

Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
fazit-com@intime-media-services.de
Telefon 089-8585 3832

Reinhard Klingens, Ministerialdirektor und Leiter der Zentralabteilung im Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur, dürfte schon angenehmere Stunden erlebt haben als diesen Januarabend im Europasaal des Paul-Löbe-Hauses. Vor dem 2. Untersuchungsausschuss („PKW-Maut“) musste er den Abgeordneten Rede und Antwort stehen, wobei er mehrfach einen Satz wiederholte: „Zu dieser Frage habe ich keine persönliche Wahrnehmung.“ Der Grund dieser Aussage liegt darin, dass Klingens die Zentralabteilung erst seit Ende Juli 2019 leitet. Deshalb war er im Zeitraum, der für den Untersuchungsausschuss besonders relevant ist, gar nicht mit der umstrittenen Maut befasst.

Gefragt wurde Klingens im Rahmen einer öffentlichen Zeugenvernehmung vor allem nach den Kritikpunkten, die der Bundesrechnungshof in einem Bericht an der Vergabe der PKW-Maut aufgeführt hatte. Die Prüfer hatten Verstöße gegen das Haushalts- und gegen das Vergaberecht moniert. Vor dem Untersuchungsausschuss bekräftigten nun zwei Mitarbeiter des Bundesrechnungshofs in getrennten Befragungen ihre Kritik.

Viel Raum nahm dabei der Umstand ein, dass das Verkehrsministerium zwischen der Abgabe des finalen Angebots durch das Bieterkonsortium Kapsch TrafficCom/CTS Eventim und der Vertragsunterzeichnung weitere Gespräche mit den potenziellen Mautbetreibern führte. „Über das endgültige Angebot hätte nicht mehr verhandelt werden dürfen“, sagte Ministerialrat Werner Pelzer, der die PKW-Maut als Prüfungsgebietsleiter begleitete. Diese Gespräche seien „vergaberechtlich nicht zulässig“ gewesen, betonte auch Romy Moebus, Leiterin der für Verkehr und Infrastruktur zuständigen Abteilung V des Bundesrechnungshofs.

Moebus und Pelzer wiesen darauf hin, dass in diesen Verhandlungen die Mindestanforderungen geändert worden seien. Deshalb hätte das Ministerium das Verfahren zurücksetzen und den zuvor ausgestiegenen Bietern die Möglichkeit geben müssen, sich wieder am Verfahren zu beteiligen. Zwar gebe es die Möglichkeit, aus schwerwiegenden Gründen nachzuverhandeln. „Das Ministerium“, sagte Moebus, „hat aber keine schwerwiegenden Gründe vorgebracht.“

Reinhard Klingens als Vertreter des Bundesverkehrsministeriums widersprach im Anschluss dieser Darstellung. „Es wurden Aufklärungsgespräche und Verhandlungen mit den verbliebenen Bietern geführt, die im rechtlichen Sinne keine Nachverhandlungen waren“, sagte er. Im späteren Verlauf der Vernehmung modifizierte Klingens diese Aussage: Konfrontiert mit Paragraph 17 der Vergabeverordnung, wonach Verhandlungen über endgültige Angebote unzulässig sind, sprach er nur noch von „Aufklärungsgesprächen“ zwischen Ministerium und Konsortium.

Risikobewertung Bohrende Fragen an die Zeugen stellten die Abgeordneten auch in Bezug auf das Risiko eines negativen Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH). Bekanntlich hatte Österreich vor dem EuGH Klage gegen die PKW-Maut eingereicht. Im Juni 2019 entschied der Gerichtshof, die Maut in der beschlossenen Form sei nicht vereinbar mit EU-Recht, da sie ausländische Fahrzeughalter benachteilige.

Das Ministerium habe dieses Risiko „nicht in dokumentierter Form betrachtet“, rügte Rechnungshofsprüfer Pelzer. „Wir haben nirgendwo gesehen, dass sich das Ministerium mit dem Risiko auseinandergesetzt hat.“ Ministerialdirektor Klingens erklärte

Penible Prüfer

MAUT-AUSSCHUSS Vertreter des Bundesrechnungshofs werfen dem Verkehrsministerium vor, gegen Haushalts- und Vergaberecht verstoßen zu haben. Ministeriumsvertreter modifiziert Aussage zu »Nachverhandlungen«



Etlliche Ordner füllen die Vertragsentwürfe der letztlich gescheiterten PKW-Maut. Ob bei deren Erarbeitung alles mit rechten Dingen zuzuging, klärt aktuell ein Untersuchungsausschuss des Bundestages.

hingegen, es habe regelmäßige Risikoworkshops gegeben. „Die Risikobewertung“, sagte er, „erschien mir plausibel und vertretbar.“

Eine Mitarbeiterin des Ministeriums, die nicht als Zeugin geladen war, der aber vom Ausschussvorsitzenden Udo Schiefner (SPD) das Wort erteilt wurde, wies ergänzend auf ein Dokument in dem dem Ausschuss zur Verfügung gestellten Akten hin. Dieses belegt nach ihren Angaben, dass das Ministerium das Risiko einer negativen EuGH-Entscheidung fortlaufend berücksichtigt.

Auch zu haushaltsrechtlichen Fragen äußerten sich die Vertreter des Bundesrechnungshofs. Es seien ihnen keine anderen Vergabeverfahren bekannt, bei denen das Angebot der Bieter um ein Drittel heruntergehandelt worden sei, erklärten sie übereinstimmend. Bei der PKW-Maut wurde die Angebotssumme von rund drei Milliarden Euro in den Endverhandlungen auf rund zwei Milliarden Euro reduziert. Erst da-

durch wurde es möglich, die Verpflichtungsmächtigung des Bundestags einzuhalten.

Erreicht worden sei dies durch die Verschiebung von Leistungspaketen, erklärte Romy Moebus. Konkret nannte sie dabei die Portokosten sowie die Mitbenutzung der Terminals der (bundes-eigenen) Toll Collect GmbH. Auf diese Weise, so die Zeugin, habe das Ministerium versucht, „auf eine Summe zu kommen, die haushaltsrechtlich abgedeckt ist.“

»Wer freut sich schon, wenn der Bundesrechnungshof kommt?«

Romy Moebus, Bundesrechnungshof

Stellungnahme Deutlich wurde zudem, dass der Ausschuss sich auch für interne Vorgänge im Ministerium interessiert – beispielsweise für die Frage, warum die Stellungnahme zum Entwurf des Rechnungshofsberichts nicht von der Abteilung Z 21 (die für die Beziehungen zum Bundesrechnungshof zuständig ist) unterzeichnet wurde, sondern vom Leiter der Zentralabteilung. Aus internen Unterlagen, aus denen Mitglieder des Ausschus-

ses zitierten, geht hervor, dass leitende Mitarbeiter des Ministeriums von der Qualität der Stellungnahme nicht überzeugt waren. Klingens erklärte, er habe die Stellungnahme unterschrieben, da er die darin aufgeführten Begründungen „gut, überzeugend, mindestens aber vertretbar“ gefunden habe.

Thematisiert wurde in der Sitzung zudem die Kooperationsbereitschaft des Ministeriums bei der Prüfung durch den Rechnungshof. „Wer freut sich schon, wenn der Bundesrechnungshof kommt?“, antwortete Moebus. Es sei vorgekommen, dass trotz rechtzeitiger Ankündigung des Besuchs durch die Prüfer kein Computer im Büro gestanden habe und kein Zugang zum Laufwerk gewährleistet gewesen sei.

Als „verbesserungswürdig“ bezeichnete auch Prüfungsgebietsleiter Pelzer die Kooperation. Fragen, wie sich die mangelnde Kooperationsbereitschaft des Verkehrsministeriums konkret geäußert habe, beantwortete er unter Verweis auf die Vertraulichkeit entsprechender interner Vermerke nicht. Das Angebot des Ausschussvorsitzenden Schiefner, sich zu diesem Aspekt in nichtöffentlicher Sitzung zu äußern, lehnte er ab.

Christian Hunziker

Lehren aus dem Cum/Ex-Skandal

FINANZEN I Opposition kritisiert Reaktion der Regierung

Es kommt nicht so oft vor, dass sich alle Oppositionsparteien von Linken über Grüne und FDP bis zur AfD einig sind. Und noch seltener ist es, dass ein Politiker der AfD eine Kollegin von den Grünen lobt. Genau so war es aber vergangene Woche bei einer Debatte über den „größten Steuerkandal in der deutschen Geschichte“, wie ihn Lisa Paus (Grüne) nannte, den Cum/Ex-Skandal. Die Reaktion der Regierung auf diesen gigantischen Steuerbetrug sei unzureichend, da waren sich bei dieser Aussprache alle außer den Rednern der Koalition einig. Mit der Cum/Ex-Methode, die derzeit noch die Gerichte beschäftigt, hatten sich Betrüger durch geschickte Aktiengeschäfte einmal gezahlte Steuern mehrfach erstatten lassen. Später gab es den ähnlich gelagerten Cum/Cum-Skandal und zuletzt Cum/Fake mit gar nicht existenten „Phantom-Aktien“.

Auf mindestens zehn Milliarden Euro bezifferte Paus den Schaden, der der deutschen Staatskasse durch Cum/Ex entstanden ist. Fabio de Masi (Linke) nannte sogar eine Schätzung von 30 Milliarden Euro und wies darauf hin, dass man damit jeder deutschen Schule eine Million Euro geben könnte. In der vergangenen Legislaturperiode hatte ein Untersuchungsausschuss den Cum/Ex-Skandal im Detail aufgearbeitet. Allerdings hat die Regierung nach Ansicht der Opposition nicht die richtigen Lehren daraus gezogen. Deshalb stellte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schon früh in dieser Legislaturperiode den Antrag „Cum/Ex-Steuerkandal unverzüglich beenden“ (19/5765), der allerdings erst jetzt zusammen mit dem Antrag „Steuerkandale wie Cum/Ex zukünftig verhindern“ (19/16836) der Fraktion Die Linke im Plenum beraten und dann an den Finanzausschuss überwiesen wurde.

Praktisch alle deutschen Banken seien an den Schiebereien beteiligt gewesen, sagte Paus, Anlageberater hätten sich darauf spezialisiert. Cum/Ex sei aber auch ein „klarer Fall von Staatsversagen“. Und „die staatlichen Strukturen, die diesen Skandal ermöglicht haben, sind bis heute dieselben. Auch das ist ein Skandal.“

Für solche Vorwürfe zeigte Fritz Güntzler (CDU) kein Verständnis. Der Untersuchungsausschuss sei in seinem über tau-

sendseitigen Bericht zu dem Ergebnis gekommen, dass die Finanzbehörden „sachgemäß und pflichtgemäß gehandelt“ hätten. Der Umfang des entstandenen Schadens sei bisher unklar, denn aufmerksame Beamte hätten viele beantragte Rückzahlungen verhindert. Mehrere Gesetzesänderungen hätten schließlich „Cum/Ex den Garau gemacht“, betonte Güntzler. Den Skandal beendenden allerdings „können nur Gerichte“.

„Das ist ein starkes Stück, dass Sie das alles so wegwischen“, entgegnete Kay Gottschalk (AfD). Er müsse in diesem Fall Lisa Paus zustimmen. Dass der Staat so lange nicht gegen die Cum/Ex-Geschäfte eingeschritten sei, sei „schon begleiteter Steuerbetrug von Finanz- und Justizministerium“. Der Skandal sei außerdem keineswegs ausgestanden, da immer neue Fragen auftauchten. Allerdings kritisierte Gottschalk

auch die von Grünen und Linken in ihren Anträgen vorgeschlagenen Maßnahmen, insbesondere die Verlagerung der Zuständigkeit für große Steuerzahler von den Ländern auf den Bund.

Für die SPD-Fraktion wandte sich Michael Schrodi gegen Versuche der Opposition, dem Staat eine Mitschuld an dem Skandal zu geben. Er zitierte einen Richter am Finanzgericht Köln mit den Worten:

»Das ist ein starkes Stück, dass Sie das alles so wegwischen.«

Kay Gottschalk (AfD)

„Cum/Ex war eine kriminelle Glanzleistung.“ Nordrhein-Westfalen habe mit dem heftig umstrittenen Vorstoß von CDs unter dem damaligen Finanzminister und jetzigen SPD-Vorsitzenden Norbert Walter-Borjans dazu beigetragen, dass die Machenschaften aufhören. Schrodis Fraktionskollegin Cansel Kiziltepe verwies zudem auf die im Aufbau befindliche Task-Force gegen Steuerbetrug und erklärte: „Der Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuervermeidung geht erst richtig los.“

Ebenso wir die anderen Oppositionsredner bemängelte aber auch Markus Herbrand (FDP), dass „nicht genug getan“ worden sei, um solche Betrügereien wirksam zu unterbinden. Seine Fraktion sehe vor allem in einer besseren technischen Ausstattung und der Beseitigung organisatorischer Mängel in den Finanzbehörden einen Schlüssel zur Lösung. Dazu müsse aber zunächst lückenlos aufgeklärt werden, und dazu sehe er keine Bereitschaft im Bundesfinanzministerium.

Peter Stützle

Im Silicon Valley geht es einfacher

FINANZEN II Anhörung zur Mitarbeiterbeteiligung

Leute wie Elon Musk sind die großen Vorbilder in der Start-up-Szene. Der Milliardär und Tesla-Chef habe über eine Mitarbeiterbeteiligung beim Bezahlssystem PayPal sein erstes Geld gemacht, sagte der Gründer des Online-Touristikunternehmens GetYourGuide Deutschland, Johannes Reck, bei einer Anhörung im Finanzausschuss vergangene Woche. Wenn er internationale Talente anwerben wolle, sei die Beteiligung am Unternehmen das wichtigste Argument. Allerdings, fügte Reck an, sei eine solche Mitarbeiterbeteiligung „für uns doppelt so teuer wie im Silicon Valley“. Anlass der Anhörung waren Anträge von FDP und Grünen (19/14786, 19/15118). Beide Fraktionen argumentieren, dass die Rahmenbedingungen für die Mitarbeiterbeteiligung in Deutschland besonders schlecht seien.

Es gehe bei dem Thema „um den politischen Willen, hier Champions aufzubauen“, beschwor Reck die Abgeordneten. In beiden Anträgen steht, dass die Steuerfreibeträge, die Arbeitnehmer für die Mitarbeiterbeteiligung geltend machen können, im internationalen Vergleich sehr niedrig seien und deutlich angehoben werden sollten. Damit sei es aber nicht getan, erklärte Christian Vollmann vom Bundesverband Deutsche Startups. Im Erfolgsfall, etwa bei einem Börsengang, könnten sich leicht fünf- bis sechsstellige Beträge ergeben, bei denen auch ein höherer Freibetrag kaum mehr ins Gewicht falle. Ein weit größeres Problem sei, dass bei Mitarbeiterbeteiligungen die Einkommensteuer und nicht die Kapitalertragsteuer gelte, sagte Vollmann. „Mitarbeiter zahlen höhere Steuern als ich als Unternehmer, das ist ungerecht.“

Auf die unterschiedlichen Formen von Mitarbeiterbeteiligung wies Heinrich Beyer vom Bundesverband Mitarbeiterbeteiligung hin. Bei Großunternehmen würde das Personal in der Regel in Form von Aktien beteiligt. Es

gebe in Deutschland rund 1,3 Millionen solche Belegschaftsaktionäre in rund 700 Unternehmen. Dazu kämen rund 2.000 mittelständische Unternehmen, bei denen Arbeitnehmer meist über stille Beteiligungen und Genussrechte beteiligt seien. Daneben gebe es sogenannte virtuelle Beteiligungen, das heißt Erfolgsbeteiligung, die nicht mit Kapitalanteilen verbunden sind.

Besteuerung Mehrere Sachverständige kritisierten, dass Arbeitnehmer eine Mitarbeiterbeteiligung bereits dann versteuern müssen, wenn sie Anteile erhalten, und nicht erst, wenn sie diese verkauft haben. Sie müssten also aus ihrem Lohn etwas versteuern, das sie noch gar nicht zur Verfügung haben. Dies mache die Mitarbeiterbeteiligung für Arbeit-

nehmer weniger attraktiv, betonte Sylvia Mein vom Deutschen Steuerberaterverband. Sie stehe denn auch im Vergleich zu anderen Vergütungsformen, „eher am Ende der Wunschliste von Arbeitnehmern“. Rainald Thannisch vom Deutschen Gewerkschaftsbund lenkte den Blick auf das Risiko, das mit einer Mitarbeiterbeteiligung verbunden ist. Bei einer Insolvenz des Unternehmens sei nicht

nur der Job weg, sondern auch das Kapital. So sei es etwa den Mitarbeitern des Baukonzerns Holzmann ergangen. Thannisch wies auch darauf hin, dass 80 Prozent der Start-ups nicht das dritte Jahr überlebten. Vor diesem Hintergrund riet er davon ab, „mit Steuergeldern einen Anreiz zu riskanten Anlagen zu geben“. Björn Hinderlich von der Unternehmensberatung Mercer Deutschland vertrat allerdings die Ansicht, dass die Chancen der Mitarbeiterbeteiligung solche Risiken überwiegen. Um das Insolvenzrisiko für die Arbeitnehmer weiter zu verringern, verwies er auf die Möglichkeit eines Insolvenzschutzes über einen Pensionssicherungsverein oder die Verlagerung des Anlagerisikos auf eine Fondslösung. pst

»Mitarbeiter zahlen höhere Steuern als ich als Unternehmer, das ist ungerecht.«

Christian Vollmann, Startups-Verband

Union sieht noch Diskussionsbedarf

FINANZEN III Die geplante Finanztransaktionssteuer belaste Kleinanleger, meint die FDP. Linken-Antrag abgelehnt

Während der Finanzkrise, die zu einem erheblichen Teil von spekulativen Finanzgeschäften verursacht worden war, war die Forderung nach einer europäischen Finanztransaktionssteuer (FTT) aufgekommen. Ein geringer Steuersatz bei Wertpapiergeschäften sollte vor allem den für Überreaktionen anfälligen, automatischen Hochfrequenzhandel unattraktiv machen, weil sich bei ihm kleine Steuern schnell zu hohen Beträgen aufaddieren würden. Da sich in der EU aber keine Einigkeit erzielen ließ, wird derzeit über eine sogenannte Verstärkte Zusammenarbeit eines Teils der EU-Staaten verhandelt. Doch nach Absetzbewegungen der neuen österreichischen Regierung könnte sich auch dieser Weg als Holzweg erweisen.

Umstrittene Derivate Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) hat nun vorgeschlagen, sich vorerst auf die Besteuerung von Aktiengeschäften zu beschränken und Finanzprodukte wie etwa Derivate außen

vor zu lassen. Dagegen richtet sich ein Antrag der FDP-Fraktion (19/16754), der vergangene Woche erstmals im Bundestag beraten und dann an den Finanzausschuss überwiesen wurde. Bettina Stark-Watzinger (FDP) nannte den Vorschlag des Ministers „ein Subventionsprogramm für Derivate“, denn Großanleger würden auf solche Produkte ausweichen, Kleinanleger dagegen belastet.

Cansel Kiziltepe (SPD) verteidigte die Pläne des Finanzministers und warf der FDP vor, mit „Scheinargumenten“ zusammen mit der Finanzlobby eigene Interessen zu vertreten. Kleinsparer hielten in der Regel ihre Aktien und seien daher kaum betroffen. Antje Tillmann (CDU) betonte, Bedingung der Union für die Zustimmung zu einer FTT im Koalitionsvertrag sei gewesen, dass Kleinsparer und die Altersvorsorge nicht belastet würden.

Hier sei noch „intensiver Diskussionsbedarf“. Eine nationale Transaktionssteuer im Fall eines Scheiterns der europäischen Bemühungen, wie sie die Fraktion Die Linke in einem Antrag (19/4886) fordert, sei im übrigen mit der Union nicht zu machen. Dagegen verwies Jörg Cezanne (Linke) auf einen von der FDP mitgetragenen Beschluss von 2012, eine FTT einzuführen, sowie Äußerungen verschiedener Unions-Politiker, dies notfalls „im nationalen Alleingang“ zu tun, und merkte an: „Sie waren alle schon mal schlauer.“ Der jetzige Entwurf des Finanzministers habe aber „leider mit einer FTT nichts zu tun“, weil er gerade die gefährlichen Geschäfte nicht besteuere. Ähnlich argumentierte Lisa Paus (Grüne), deren Fraktion als einzige den Antrag der Linken unterstützte. Die übrigen Fraktionen lehnte die Vorlage ab.

Bruno Hollnagel (AfD) warnte davor, Finanzmarktprodukte vorschnell als spekulativ einzustufen. So seien Sicherungsgeschäfte gegen Währungsschwankungen sowie Termingeschäfte für die Planungssicherheit von Käufern und Verkäufern in der Realwirtschaft wertvoll und sollten nicht bestraft werden. Für rein spekulative Geschäfte sowie den Hochfrequenzhandel dagegen sei eine Transaktionssteuer „durchaus überlegenswert“. pst



Der deutsche Leitindex DAX ist auf Rekordkurs. Die Politik überlegt derweil, den Wertpapierhandel künftig zu besteuern.

picture-alliance/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Bereit für den Wandel

ARBEIT Mit zwei Anträgen von Grünen und Linken zur Arbeitsmarktpolitik befasste sich der Bundestag am vergangenen Freitag und überwies beide Vorlagen im Anschluss an die Debatte an die Ausschüsse. Die Fraktion Die Linke fordert in ihrem Antrag (19/16456) ein Investitionsprogramm für Infrastruktur, Bildung und Forschung, um die Arbeitswelt auf die Umbrüche durch die Digitalisierung und den Klimawandel vorzubereiten. Die Regierung müsse Bedingungen für ein Wirtschaftswachstum schaffen, das auf Vollbeschäftigung zielt, ökologisch nachhaltig und klimaneutral ist, fordern die Abgeordneten. Die Grünen fordern in ihrem Antrag (19/16843), die betriebliche Mitbestimmung zu reformieren und an das Zeitalter der Digitalisierung anzupassen. Sie verlangen unter anderem ein echtes Mitbestimmungs- und Initiativrecht der Betriebs- und Personalräte in Fragen der qualitativen Personalentwicklung. Susanne Ferschl (Die Linke) mahnte, es könne nicht sein, dass die Beschäftigten die Kosten für eine verfehlte Unternehmenspolitik zahlen müssten. Uwe Schummer (CDU) und Pascal Kober (FDP) kritisierten die Abkehr von der schwarzen Null als nicht generationengerecht. Uwe Witt (AfD) warf der Linken vor, mit ihren Vorschlägen die soziale Marktwirtschaft abschaffen und „die gute, alte DDR“ wiederbeleben zu wollen. Martin Rosemann (SPD) kündigte an, dass der Zugang zum Qualifizierungschancengesetz in diesem Jahr noch einmal vereinfacht werden soll. Beate Müller-Gemmeke (Grüne) betonte, für die Grünen gehören Klima- und Sozialpolitik zusammen, nötig sei eine „sozial-ökologische“ Transformation. *che*



Britta Haßelmann (Grüne) illustriert während der Debatte mit einer Grafik, wie die Sitzverteilung im aktuellen Bundestag bei einem „Grabenwahlrecht“ aussehen würde.

© picture-alliance/dpa / Christoph Soeder

Ringeln um Mandate

WAHLRECHT Für eine Reform zur Verkleinerung des Bundestages zeichnet sich noch kein Konsens ab

Einbürgerung ohne Gesetz

NS-UNRECHT Verfolgte des NS-Regimes, die die deutsche Staatsbürgerschaft verloren haben, sollen diese zurückbekommen – ebenso ihre Nachfahren. Das sieht Artikel 116 des Grundgesetzes vor. In der Praxis aber wird die (Wieder-)Einbürgerung immer wieder verweigert, weil die Regelung Lücken aufweist. Betroffen sind etwa Menschen, die der Verfolgung durch Flucht entkommen waren und eine andere Staatsangehörigkeit angenommen haben. Wie dringend das Problem ist, zeigt das Brexit-Referendum: Seither hat sich die Zahl entsprechender Einbürgerungs-Anträge von rund zwei Dutzend im Jahr 2015 auf mehr als 1.800 erhöht. Einig sind sich die Bundestagsfraktionen darin, dass eine Einbürgerung unbürokratisch möglich sein soll. Doch ein eigenes Gesetz dazu lehnt die Koalition ab. Begründung: Das Bundesinnenministerium habe 2019 durch zwei Erlasse Rechtsicherheit geschaffen. Ein Gesetz bringe keinen Vorteil, so Mathias Middelberg (CDU). Die SPD will zwar auch ein Gesetz, aber erst abwarten, welche Erfahrungen man mit den Erlassen macht, wie Helge Lindh sagte. Die Opposition sieht das anders: Katrin Göring-Eckardt (Grüne) und Stephan Thoma (FDP) sprachen von einem wichtigen Symbol. Linke und AfD votierten ebenfalls für einen entsprechenden Antrag der Grünen (19/16846), der vergangene Woche gemeinsam mit weiteren Vorlagen zum Thema von Linken, Grünen und FDP (19/13505, 19/12200, 19/14063) abgelehnt wurde. *suk*

Wer bei einer Bundestagswahl in seinem Wahlkreis die meisten Erststimmen bekommt, ist direkt gewählt Abgeordneter. Davon gibt es 299 – einen pro Wahlkreis. Die übrigen werden, so will es das Bundeswahlgesetz, per Zweitstimme über die Landeslisten der Parteien gewählt. Insgesamt soll der Bundestag danach aus 598 Abgeordneten bestehen, allerdings „vorbehaltlich der sich aus diesem Gesetz ergebenden Abweichungen“. Zu solchen Abweichungen führt bereits der nächste Satz des Gesetzestextes, wonach die Abgeordneten „nach den Grundsätzen einer mit der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl gewählt“ werden. Die Stärke, mit der die Parteien im Parlament vertreten sind, muss also dem Verhältnis ihrer Zweitstimmenergebnisse entsprechen. Dass der Bundestag derzeit 709 statt 598 Mandatsträgern umfasst, ist vor allem der Entstehung und dem Ausgleich sogenannter Überhangmandate geschuldet. Sie entstehen, wenn Parteien mehr Direktmandate gewinnen als ihrem Zweitstimmenergebnis entspricht. Solche „Überhangmandate“ gab es fast immer, doch hat ihre Zahl zu-

letzt stark zugenommen: 2017 waren es 43 für die CDU und drei für die SPD. Damit die Zusammensetzung des Parlaments trotzdem dem Zweitstimmenergebnis der Parteien entspricht, beschloss der Bundestag 2013, diese Überhangmandate durch zusätzliche „Ausgleichsmandate“ zu kompensieren. 2017 erhöhte sich die Zahl der Parlamentssitze dadurch um weitere 65, weshalb es derzeit statt 598 insgesamt 111 Abgeordnete mehr gibt. Und schon seit Jahren wird gewarnt, dass diese Zahl bei künftigen Wahlen auf 800 und mehr steigen könnte, wenn das Wahlrecht nicht geändert wird. Auf eine neuerliche Reform konnten sich die Fraktionen bislang jedoch nicht verständigen, auch eine Arbeitsgruppe aller im Parlament vertretenen Parteien unter Leitung von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) konnte keinen Konsens finden. Mittlerweile wird die Zeit knapp, ab dem 25. März können die Parteien mit dem Prozess der Kandidatenaufstellung für die Wahl 2021 beginnen. Vergangene Woche nun debattierte der Bundestag in einer Aktuellen Stunde auf Verlangen der FDP-Fraktion erneut über Wege zu seiner Verkleinerung. Eine Annäherung der gegensätzlichen Standpunkte zeichnete sich dabei nicht ab.

Während FDP, Linke und Grünen für ihren gemeinsamen Gesetzentwurf (19/14672) warben, der unter anderem eine Verringerung der Zahl der Wahlkreise und damit der Direktmandate auf 250 vorsieht, äußerten Union und SPD Bedenken gegenüber einer entsprechenden Vergrößerung der Wahlkreise. Die AfD bekräftigte ihren vom Bundestag im November abgelehnten Vorschlag (19/14066), die Zahl der Direktmandate einer Partei entsprechend deren Zweitstimmenergebnis zu begrenzen. Stefan Ruppert (FDP) warf der Koalition vor, sich bei dem Thema seit zwei Jahren „jedweder Sacharbeit“ zu verweigern. Dagegen hätten FDP, Linke und Grüne einen Vorschlag zur Verkleinerung des Bundestages gemacht, der alle im Parlament vertretenen Parteien Mandate kosten würde.

„Grabenwahlrecht“ vor; nicht das personalisierte Verhältniswahlrecht. Bei diesem Grabenwahlrecht hätte die Union die absolute Mehrheit. FDP, Linke und Grüne hätten dagegen einen „guten Vorschlag“ auf Grundlage des personalisierten Verhältniswahlrechts gemacht, der sich „negativ proportional auf alle Parteien gleich“ auswirke. Dies sei „fair und gerecht“. Carsten Schneider (SPD) sagte, seiner Fraktion sei in der laufenden Legislaturperiode auch wegen der Frage des direkten Kontakts zu den Bürgern für eine Änderung der Zahl der Wahlkreise „nicht zugänglich“. **> KOMPAKT**
Vorschläge zur Verkleinerung
> FDP, Linke und Grüne Ein gemeinsamer Gesetzentwurf der drei Fraktionen (19/14672) zielt darauf ab, die Zahl der Überhang- und Ausgleichsmandate zu reduzieren durch eine Verringerung der Wahlkreise von 299 auf 250 sowie durch eine Erhöhung der Gesamtsitzzahl von 598 auf 630.
> AfD Bereits im November abgelehnt hat der Bundestag einen Antrag der AfD-Fraktion (19/14066), die Zahl der in den Wahlkreisen gewonnenen Direktmandate einer Partei entsprechend deren Zweitstimmenergebnis zu begrenzen.

Notwendig sei aber ein „Deckel“, weshalb die SPD eine „Begrenzung nach oben“ vorschläge: „Einen Deckel, der bei einer Größenordnung liegt, die geringer ist als die jetzige Anzahl der Bundestagsabgeordneten“. Hierüber sei man im Gespräch mit der Union. Friedrich Straetmanns (Linke) räumte ein, dass der Drei-Fraktionen-Vorschlag keine Reduzierung des Bundestages auf die prognostizierte Größe von ungefähr 630 Abgeordnete garantiere. Er sei aber der „einzig konkret vorliegende Vorschlag, der überhaupt in diese Richtung geht“. Albrecht Glaser (AfD) sagte, die Lösung des Problems sei eine Beibehaltung der Wahlkreise bei Begrenzung der Direktmandate pro Bundesland auf die Zahl, die der jeweiligen Partei nach ihren Zweitstimmen an Mandaten zustehen. Dabei kämen „die nach Stimmen- oder Prozentzahl schwächsten Direktbewerber“ nicht zum Zug. Dies sei „hochdemokratisch und very simpel“. **Spitzentreffen** Einen Tag nach der Debatte war die Frage der Wahlrechtsreform auch Thema eines Treffens der Fraktionschefs von Union, SPD, FDP, Linken und Grünen. Dabei hätten die Koalitionsfraktionen noch keinen Reformvorschlag vorgelegt, war anschließend aus Oppositionskreisen zu vernehmen; ein neuerliches Treffen solle es am Anfang kommender Woche geben. Das Thema bleibt also auf der Tagesordnung. *Helmut Stoltenberg*

Nur noch mit Begleitung

FAMILIE Ministerin Giffey will Adoptionsrecht reformieren

Die Zahl der Adoptionen in Deutschland hat sich in den vergangenen 25 Jahren stark reduziert und fiel von 8.687 im Jahr 1992 auf 1.733 im Jahr 2018. Nun soll nach dem Willen der Regierungskoalition das Adoptionsrecht modernisiert werden, Adoptiv- und Herkunftseltern sowie ihre Kinder mehr Unterstützung und Beratung erhalten. Über den von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) vorgelegten Gesetzentwurf (19/16717) debattierte der Bundestag in der vergangenen Woche in erster Lesung und überwies ihn zur weiteren Beratung in den Familienausschuss. Konkret möchte Giffey einen Rechtsanspruch auf eine nachgehende Beratung und Begleitung aller an der Adoption Beteiligten durch eine Adoptionsvermittlungsstelle einführen. Im Fall von Stiefkindoptionen sieht der Entwurf zudem eine verpflichtende Beratung vor. Anspruch der Adoption vor. Die Adoptionsvermittlungsstellen sollen eine altersgerechte Aufklärung des Kindes über die Adoption leisten und mit den biologischen Eltern und den Adoptiveltern erörtern, ob und wie ein Informationsaustausch oder Kontakt zwischen ihnen im Sinne des Kindeswohls stattfinden kann. Diese Gespräche soll mit dem Einverständnis aller Beteiligten regelmäßig wiederholt werden.

Der Gesetzentwurf sieht zudem vor, dass den biologischen Eltern ein Recht zu jenen Informationen über ihr leibliches Kind gewährt wird, welche die Adoptiveltern freiwillig an die Adoptionsvermittlungsstelle weitergeben. Verschärft werden sollen die Auflagen bei Auslandsadoptionen. Sie sollen zukünftig ausschließlich über eine Adoptionsvermittlungsstelle möglich sein. Zudem soll für Adoptionsbeschlüsse im Ausland ein verpflichtendes Anerkennungsverfahren im Inland eingeführt werden. Die Anerkennung von einer unbegleiteten Adoption soll nur dann möglich sein, wenn sie für das Kindeswohl erforderlich ist. Mit Ausnahme der AfD-Fraktion begrüßte auch die Opposition trotz einzelner Kritikpunkte die Gesetzesvorlage. So sollte die Stiefkindberatung im Fall lesbischer Paare zusätzlich erschwert werden, monierten FDP, Linke und Grüne. Zudem forderten sie eine bessere personelle Ausstattung der Adoptionsvermittlungsstellen. Die AfD hingegen wies die Gesetzesvorlage als „mangelhaft“ zurück. Die Anforderungen an potenzielle Adoptiveltern seien im europäischen Vergleich zu hoch. Vor allem die Adoption von Heimkindern müsse erleichtert werden. *aw*

Zentrale Anlaufstelle

EHRENAMT Bundestag beschließt Engagement-Stiftung

Der Bundestag hat der Errichtung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt grünes Licht erteilt. In namentlicher Abstimmung wurde der entsprechende Gesetzentwurf der CDU/CSU- und der SPD-Fraktion (19/14336) in der durch den Familienausschuss geänderten Fassung (19/16916) mit 352 Ja-Stimmen aus den Reihen der Koalition verabschiedet. Gegen die Gesetzesvorlage votierten 157 Abgeordnete der AfD- und der FDP-Fraktion. Die Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich der Stimme. Die öffentlich-rechtliche Stiftung mit Sitz in Neustrelitz (Mecklenburg-Vorpommern) soll als zentrale Anlaufstelle auf Bundesebene Serviceangebote und Informationen bei der Organisationsentwicklung für bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement bereitstellen, Engagementstrukturen stärken und Bund, Länder, Kommunen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft vernetzen. Schwerpunkte soll die Stiftung in strukturschwachen und ländlichen Räumen setzen und Innovationen im Bereich der Digitalisierung fördern. Durch die Annahme eines Änderungsantrages der Koalition im Familienausschuss wurde zudem auch die gezielte finanzielle Förderung von Projekten in das Aufgabenspektrum der Stiftung aufgenommen. Sie soll mit jähr-

lich 30 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Ein Entschließungsantrag der Grünen (19/16927), die Mittel für die Stiftung auf 50 Millionen Euro für eine verstärkte Projektförderung zu erhöhen, wurde abgelehnt. FDP, Linke und Grüne kritisierten das Votum des Bundesfamilien-, des Innen- und des Landwirtschaftsministeriums sowie die nach ihrer Ansicht zu geringe Beteiligung der Zivilgesellschaft im Stiftungsrat. Die AfD monierte, das Geld für die Stiftung solle besser in die bestehenden Ehrenamtsstrukturen investiert werden. **Anträge von AfD und FDP** Die FDP forderte zudem, zukünftig die Auswirkungen von Gesetzen, Richtlinien und anderen Maßnahmen auf das bürgerschaftliche und ehrenamtliche Engagement zu überprüfen. Der entsprechende Antrag (19/16554) wurde in namentlicher Abstimmung mit 431 Stimmen aus den Reihen der Koalition und der AfD abgelehnt, Linke und Grüne enthielten sich. Abgelehnt mit den Stimmen aller anderen Fraktionen wurde ein AfD-Antrag (19/14346) für Bundesweit gültige Ehrenamtskarten der Kommunen, mit denen Vergünstigungen bei Verkehrs- und Energieanbietern gewährt werden sollen. *aw*

Angst vor der Seuche

GESUNDHEIT Neues Coronavirus breitet sich weiter aus

Nach der Bestätigung erster Verdachtsfälle in Deutschland hat sich vergangene Woche der Gesundheitsausschuss des Bundestages mit dem neuen Coronavirus befasst. Die Parlamentarische Staatssekretärin Sabine Weiss (CDU) erläuterte die Vorkehrungen der Bundesregierung im Kampf gegen den aus China eingeschleppten Keim. Bisher wurden in Deutschland sechs Infektionen bestätigt, alle in Bayern, darunter bei einem Kind. Die fünf Erwachsenen arbeiten bei einer Firma, die in China mehrere Standorte unterhält, auch in Wuhan, wo der Erreger erstmals aufgetreten ist. Weiss sagte, der Fall zeige, dass Notfallpläne und Alarmketten funktionierten. Sie versicherte, es werde alles getan, um größtmögliche Transparenz herzustellen. Der Präsident des Robert-Koch-Instituts (RKI), Lothar Wieler, sagte im Ausschuss, bereits seit Anfang Januar werde die Lage in China beobachtet. Seit die ersten Verdachtsfälle in Deutschland bestätigt wurden, sei die Koordinierungsstelle zu einem Krisenzentrum erweitert worden. Dort werde die Lage laufend neu bewertet. Experten befürchten eine globale Ausbreitung des Virus, eine Pandemie. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) rief inzwischen den internationalen Gesundheitsnotstand aus, nachdem die Infiziertenzahl

in China weiter sprunghaft gestiegen sind und auch in anderen Ländern Infektionen bestätigt wurden. Das Virus soll sich im Dezember 2019 auf einem Geflügel- und Fischmarkt in Wuhan verbreitet haben, auf dem auch lebende Wildtiere gehandelt werden. Experten rätseln noch, wer der Überträger ist, Schlangen stehen im Verdacht, aber auch Nager und Fledermäuse. China verhängte Reisebeschränkungen für Wuhan und andere Städte der Provinz Hubei. Mehrere Städte stehen unter Quarantäne, rund 60 Millionen Menschen sollen vom Fernverkehr abgeschnitten sein. Die chinesischen Behörden bestätigten bis Freitag mindestens 9.692 Infizierte und 213 Todesopfer. Von Reisen nach China wird derzeit abgeraten. Ein Impfstoff steht noch nicht zur Verfügung. Oft verläuft die Infektion harmlos, gefährdet sind ältere Leute mit Vorerkrankungen. Eine epidemische Ausbreitung des Virus in Deutschland gilt derzeit als eher unwahrscheinlich. *pk*



Aussuchen, bezahlen und mitnehmen! So stellt sich Hans-Peter Bartels, Wehrbeauftragter des Bundestages, das Beschaffungswesen der Zukunft für einen Teil der Bundeswehr-Ausrüstung vor. „Das meiste, was unsere Streitkräfte brauchen, vom Rucksack bis zum leichten Verbindungshubschrauber, muss nicht immer wieder erst in umständlichen, funktionalen Fähigkeitsforderungen abstrakt definiert, dann europaweit ausgeschrieben, neu erfunden, vergeben, getestet, zertifiziert und schließlich in kleinen Tranchen über 15 Jahre hinweg in die Bundeswehr eingeführt werden“, forderte Bartels in der vergangenen Woche anlässlich der Präsentation seines Jahresberichts 2019 (19/16500). Er nennt seinen Vorschlag das „Ikea-Prinzip“. Die vom Verteidigungsministerium präferierte „Design-Lösung“ sollte hingegen auf die Beschaffung der modernsten Technik vom neuen Kampfpanzer bis zur Raketenabwehr beschränkt werden. „Ein solcher dualer Beschaffungsweg zwischen Ikea oder Design könnte Zeit, Geld und Personal sparen, die Vollausrüstung beschleunigen und die Nerven der Soldatinnen und Soldaten schonen“, argumentierte der Wehrbeauftragte.

Material und Personal Um die Nerven der rund 184.000 Uniformierten scheint es ebenso schlecht bestellt zu sein wie um ihre Ausrüstung. Denn in der Truppe seien die von der ehemaligen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) eingeleiteten „Trendwenden“ bei Material und Personal trotz steigender Verteidigungsausgaben „überwiegend noch nicht spürbar“. Zwar sei der Verteidigungshaushalt seit 2014 kontinuierlich von 32,4 auf aktuell 45,1 Milliarden Euro gestiegen, trotzdem habe sich die Einsatzbereitschaft bei den Hauptwaffensystemen auch 2019 nicht deutlich verbessert. Ein Grund dafür sei, dass im vergangenen Jahr Haushaltsmittel in Höhe von 1,1 Milliarden Euro für Beschaffungen nicht wie geplant ausgegeben werden konnten wegen Verzögerungen bei Rüstungsprojekten wie dem Schützenpanzer „Puma“, dem gepanzerten Transportfahrzeug „Boxer“ oder der Fregatte 125. Es fehlt nicht nur an rollendem, schwimmendem und fliegendem Gerät, sondern auch an Personal – vor allem an höher qualifiziertem. So blieben Ende 2019 rund 21.000 Dienstposten von Offizieren und Unteroffizieren unbesetzt. Aber auch im Mannschaftsbereich fehlten 2.100 Soldaten. Eine Besserung der angespannten Personalsituation ist nicht in Sicht. Zwar sei die Zahl der Bewerber leicht um 900 auf 53.100 im vergangenen Jahr gestiegen, doch seien bei Weitem nicht alle Bewerber geeignet. So verharre die Zahl der neu eingestellten Soldaten auch 2019 auf dem „Allzeitniedrigstwert“ von etwas mehr als 20.000, rechnet Bartels in seinem Bericht vor. Der Personalmangel ist jedoch kein reines Zahlenspiel, sondern belastet ganz real den Alltag in der Truppe und auch das Privatleben der Soldaten. „Wenn Personallücken im Auslandseinsatz durch die immer wieder gleichen Spezialisten gefüllt werden und die Einsatzzeit im Heer schon wieder bei sechs Monaten liegt, dann geht das eindeutig zu Lasten der Vereinbarkeit von

Prinzip Ikea

VERTEIDIGUNG Wehrbeauftragter Bartels warnt vor Scheitern der »Trendwenden« und fordert Reformen



Hans-Peter Bartels, Wehrbeauftragter des Bundestages

© picture-alliance/dpa

Dienst und Privatleben“, moniert Bartels. Die Truppe sei es zwar gewohnt, geduldig zu sein, aber sie müsse nun seit Jahren bereits die Aufgaben erfüllen, für die sie erst im Jahr 2031 vollständig aufgestellt und ausgerüstet sein soll. So warnt Bartels denn auch vor einem Scheitern der sogenannten „Trendwenden“. Umso wichtiger seien Reformen im Innern der Streitkräfte. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) fordert er in seinem Bericht auf, die Ergebnisse aus dem von ihrer Amtsvorgängerin aufgelegten Programm „Innere Führung – heute“ endlich offenzulegen. Im Rahmen dieses Programms seien unter „vorbildlicher Einbeziehung“ von Soldaten aller Organisationsbereiche und Dienstgradgruppen

Vorschläge für innere Strukturereformen erarbeitet worden. Doch selbst die Existenz eines noch nicht von der Leitung gebilligten Abschlussberichts werde vom Ministerium bestritten – „auch auf ausdrückliche Nachfrage zum Ende des Berichtsjahres hin“, kritisiert der Wehrbeauftragte.

Zweite Amtszeit? Bei so viel unverhohlener Kritik überrascht es nicht, dass längst auch eine Diskussion über eine Wiederwahl Bartels entbrannt ist, dessen Amtszeit im Mai regulär nach fünf Jahren endet. Bereits Anfang des Jahres hatte der Sozialdemokrat keinen Hehl daraus gemacht, dass er erneut zur Verfügung stehen würde. Selbst aus den Reihen der Opposition gibt

es Signale, dass sie Bartels wählen würde. Doch innerhalb der Regierungskoalition ist dies keine ausgemachte Sache. So stellte der verteidigungspolitische Sprecher der Union, Henning Otte (CDU), ganz offen die Praxis, dass der Wehrbeauftragte traditionell von dem Koalitionspartner gestellt wird, der nicht das Verteidigungsministerium führt, in Frage. Diese Auffassung sei „ohne Rechtsgrundlage und zu sehr parteipolitisch ausgerichtet“, sagte Otte. Tobias Lindner, sicherheitspolitischer Sprecher der Grünen, konkretisierte, der Wehrbeauftragte sei „unabhängig und überparteilich“. Es sei zu hoffen, dass die Große Koalition bei der anstehenden Wahl das Amt „nicht durch parteipolitische Machtspielen beschädigt“. Alexander Weinlein

Umstrittene Technik

INNERES Gesichtserkennung sorgt für scharfe Kontroverse

Die mögliche Einführung automatisierter Gesichtserkennung in öffentlichen Räumen sorgt im Bundestag für heftige Kontroversen. Während FDP, Linke und Grüne vergangene Woche im Parlament einen solchen Einsatz biometrischer Gesichtserkennung vehement ablehnten und die SPD ihn skeptisch beurteilte, verteidigten Redner von Union und AfD die Methode als Fahndungsinstrument zur Kriminalitätsbekämpfung. Anträge von FDP (19/16862) und Grünen (19/16885), die sich gegen eine Nutzung biometrischer Gesichtserkennung durch die Bundespolizei richteten, überwies das Parlament zur weiteren Beratung an die Ausschüsse. In der Debatte verwies Thorsten Frei (CDU) darauf, dass Innenminister Horst Seehofer (CSU) die Regelungen für die automatisierte Gesichtserkennung jüngst aus dem Entwurf eines neuen Bundespolizeigesetzes herausgenommen habe, „weil es da noch Fragen zu klären gibt“. Es sei richtig, offene Rechtsfragen zu klären, bevor man „in einem sensiblen Bereich neue Instrumentarien für die Polizei“ ermögliche. Dabei gehe es aber nicht „um die staatliche Überwachung von Leuten, die gar nichts mit den Dingen zu tun haben“, sondern darum, Gesichtserkennung dazu zu nutzen, „dass Menschen, die in polizeilichen Fahndungsdateien sind, schneller dingfest gemacht werden können“.

Roman Reusch (AfD) hielt FDP und Grünen vor, sie wollten ein „neues, wunderbar funktionierendes Instrumentarium zur Fahndung nach Straftätern verbieten lassen“. Zugleich wünschte er den Unions-Abgeordneten „viel Fortune dabei, den Bundesinnenminister wieder zu seiner früheren Auffassung zu bekehren“. Ute Vogt (SPD) begrüßte, dass Seehofer das Thema aus dem Gesetz „erstmal“ herausgenommen habe. Anders als bei herkömmlicher Videoüberwachung würden Menschen bei der biometrischen Gesichtserkennung „individuell erkennbar“. Das sei gleichbedeutend mit einer anlasslosen Kontrolle, der die Verfassung enge Grenzen setze. Konstantin Kuhle (FDP) betonte, eine „flächendeckende automatisierte Gesichtserkennung im öffentlichen Raum“ passe nicht zu einer freiheitlichen Demokratie, sondern eher zu totalitären Regimen, wenn der Staat nachvollziehen könne, wo sich alle Bürger aufhalten. André Hahn (Linke) begrüßte, dass Seehofer die Einführung dieser Technologie gestoppt habe. Zugleich bezweifelte er, „dass vor allem die Union wirklich dauerhaft auf dieses Instrument verzichten will“. Konstantin von Notz (Grüne) warf Seehofer vor, längst mit der Unionsfraktion ausgehandelt zu haben, „die entsprechenden Passagen im weiteren Verfahren wieder ins Gesetz zu hieven“. sto

Flüchtlingskinder in Not

ASYL Viel Kritik an Zuständen in griechischen Hotspots

Mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, FDP und AfD hat der Bundestag in der vergangenen Woche einen Antrag der Linken (19/14024) „für eine schnelle Aufnahme unbegleiteter Flüchtlingskinder aus den EU-Hotspots in Griechenland“ abgelehnt. Zugleich überwies das Parlament einen Grünen-Antrag (19/16838), 5.000 besonders schutzbedürftige Menschen wie etwa unbegleitete Kinder oder Schwangere aus den Hotspots aufzunehmen und die Asylverfahren in Deutschland durchzuführen; zur weiteren Beratung an die Ausschüsse. Thorsten Frei (CDU) warnte in der Debatte, die Zustände auf den griechischen Inseln drohten unhaltbar zu werden. Die Folgen einer „Ad-hoc-Aufnahme von Flüchtlingskindern“ wären indes nicht verantwortlich: „Das Signal wäre, dass man nur irgendwie die griechischen Inseln erreichen muss, dann wird man nach einiger Zeit auch das europäische Festland erreichen“, sagte Frei. Das „würde neue Pull-Faktoren auslösen“ und das Türkei-EU-Abkommen „ad absurdum führen“. Armin-Paulus Hampel (AfD) sagte, derzeit befänden sich 47.000 Menschen auf fünf griechischen Inseln, von denen ein Großteil vornehmlich junge Männer seien. Sie alle hätten Deutschland zum Ziel. Hampel plädierte dafür, unbegleitete Kinder zu ihren Eltern zurückzuschicken und diese in Schutzzonen unterzubringen. „Diese Men-

schen nehmen die Kinder als ein politisches Mittel“, fügte er hinzu: „Wenn die Kinder in Deutschland sind, sollen die Familien nachziehen.“ Lars Castellucci (SPD) warb mit Verweis auf die bevorstehende EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands dafür, „mehrere europäische Länder dafür zu gewinnen, auf den griechischen Inseln zu handeln“. Man dürfe jetzt nicht „im Alleingang handeln und damit möglicherweise eine Lösung torpedieren“. Linda Teuteberg (FDP) nannte die Zustände in den Hotspots „vollkommen unzureichend“. Die Aufnahme zusätzlicher Flüchtlingskontingente durch Deutschland sei jedoch „keine verantwortungsvolle Lösung“. Vielmehr brauche man klarere Regeln und schnellere Verfahren. Ulla Jelpke (Linke) mahnte, Deutschland solle „Vorbild im solidarischen humanitären Handeln sein“. Das bedeute, unbegleitete Kinder und Jugendliche aus diesen „katastrophalen Lagern“ in der Bundesrepublik aufzunehmen. Die Kapazitäten seien da, und die Hilfsbereitschaft der Menschen in Deutschland sei auch vorhanden. Auch Luise Amtsberg (Grüne) betonte, die Strukturen zur Aufnahme und Versorgung dieser Menschen seien in Deutschland vorhanden. Das geforderte Aufnahmeprogramm wäre ein „wichtiger Schritt hin zur europäischen Solidarität“. sto

Nur ein kleiner Fisch

AMRI-AUSSCHUSS Zeugin räumt Fehleinschätzung der Berliner Polizei ein

Auf ihre Mitarbeiter ließ die Zeugin nichts kommen. Im Amri-Untersuchungsausschuss erzählte die leitende Polizeibeamtin vergangene Woche von „total kompetenten Führungskräften“ in ihrer früheren Abteilung. Von untergebenen Deuzernaten, die „sehr autark, sehr kompetent und fachverantwortlich“ unterwegs gewesen seien. „Extrem engagierten“ Beamten, die „mehr gearbeitet“ hätten „als viele andere“. Mittlerweile ist Jutta Porzucek 58 Jahre alt und trägt im Rang einer Polizeidirektorin beim Polizeipräsidenten dafür Sorge, dass die Menschen im Norden Berlins, in Reinickendorf und Pankow, ruhig schlafen können. Von 2015 bis 2018 leitete sie im Landeskriminalamt die Abteilung LKA 5 für Staatsschutz. Unter anderem verantwortete sie die polizeiliche Betreuung des Tunesiers Anis Amri, der den Großteil des Jahres 2016 in Berlin verbrachte, bevor er am Abend des 19. Dezember 2016 mit einem Schwerlastwagen den Weihnachtsmarkt auf dem Breitscheidplatz überrollte.

Image angekratzt Dem Berliner Landeskriminalamt haftet seither der Nimbus einer Pech- und Pannenbehörde an, die nicht in der Lage war, Amri mit der erforderlichen Nachhaltigkeit im Auge zu behalten und ihn schließlich für einen harmlosen Drogenverticker hielt. Die damals zuständige Chefin des Staatsschutzes allerdings hatte mit all dem, wie der Ausschuss ihrer Aussage entnehmen durfte, nichts zu tun. Sei sie doch an keiner Entscheidung

persönlich beteiligt gewesen, und gewusst habe sie auch kaum etwas. Nicht einmal der Name Anis Amri sei ihr vor dem Weihnachtsmarkt-Attentat geläufig gewesen. Wie denn auch? „Ich war als Abteilungsleiterin soweit informiert wie notwendig.“ Und das zu beurteilen, blieb den Mitarbeitern überlassen. Die waren, wie gesagt, „total kompetent“ und „fachverantwortlich“, mithin durchaus in der Lage, eigenständig abzuwägen, was die Chefin wissen musste und was nicht. Mit Amri wurde sie nicht behelligt. Den hielten die Berliner ja für einen kleinen Fisch.

Falsch entschieden „Aus heutiger Sicht, mit all dem Wissen, ist es falsch gewesen, was wir damals dort entschieden haben“, räumte die Zeugin ein. Andererseits: „Ich glaube nur, dass es nach damaligem Wissensstand durchaus Erklärungen gegeben haben kann, zu einer solchen fehlerhaften Einschätzung zu kommen.“ Amri sei nur „einer von sehr vielen Gefährdungen“ gewesen, und unter diesen nicht einmal der schlimmste: „Wir haben andere Personen gehabt, die uns zu dem Zeitpunkt wesentlich mehr Gefährlichkeit entgegengebracht haben.“

Wer außer Amri das gewesen sein soll, vermochte die Zeugin dem Ausschuss allerdings nicht mehr zu sagen, auch nicht auf wiederholte Nachfragen. Aus den drei „Phänomenbereichen“, die ihre Abteilung damals zu bearbeiten hatte, Linksextremismus, Rechtsextremismus, radikalislamischer Terrorismus, ist ihr kein einziger Name eines amtlich registrierten Gefährders

im Gedächtnis geblieben. „Ich bin seit über einem Jahr raus aus dem Polizeilichen Staatsschutz. Insofern brauche ich die heute nicht mehr zu kennen“, kommentierte sie die offenkundige Irritation der Abgeordneten. „Ich brauchte mir die Namen nicht zu merken.“

Auch was im Gemeinsamen Terrorismus-Abwehrzentrum (GTAZ), wo Amri immer wieder zur Sprache kam, über den Mann geredet und beschlossen wurde, ist der Leiterin des Berliner Staatsschutzes damals nicht zu Ohren gekommen. Derlei habe nicht zu ihren „standardmäßigen Aufgaben“ gehört: „Eine Rücksprache hätte es nur gegeben, wenn die Einschätzung der Mitarbeiter so gewesen wäre, dass ich das als Dienststellenleiterin wissen musste.“ Das sei „zum Thema Amri so nicht erfolgt“.

Kein Mehrwert Dass der Mann im Sommer 2016 nur an 20 Tagen und an diesen auch nur sehr eingeschränkt observiert wurde, blieb ihr ebenfalls verborgen. Dass dieses Defizit mit Personalmangel zu tun gehabt haben könnte, bestritt sie. Wäre es so gewesen, hätte sie davon erfahren und für Abhilfe gesorgt. Vielmehr sei der „Mehrwert“ einer nachdrücklicheren Observierung nicht gesehen worden. Mit dem Liberalen Benjamin Strasser lieferte sich die Zeugin noch einen Wortwechsel über die Frage, ob Amri 2016 als die Nummer Eins unter den radikalislamischen Gefährdungen in Berlin gegolten habe. Das könne gar nicht sein, meinte sie. Warum nicht? „Weil er dann observiert worden wäre – wir sind Fachleute.“ Winfried Dolderer

»Externe Hilfe war nötig«

BERATERAFFÄRE Ex-Staatssekretärin Suder sieht wichtige Erfolge bei der Beschaffung

Lange haben sie gewartet, nun saß den Abgeordneten in der vergangenen Woche jene Frau gegenüber, die ungewollt die Initialzündung für die parlamentarischen Nachforschungen zu den umstrittenen Beraterverträgen bei der Bundeswehr ausgelöst hatte. Katrin Suder war zwischen 2014 und 2018 Rüstungsstaatssekretärin im Verteidigungsministerium. Ende 2018 – sie war schon auf eigenen Wunsch aus dem Job ausgestiegen – hatte der Verteidigungsausschuss sie eingeladen, um sie zu den vom Bundesrechnungshof gerügten Vergaben an Beraterfirmen zu befragen. Doch Suder gab den Abgeordneten einen Korb. Der Verteidigungsausschuss setzte sich daraufhin als Untersuchungsausschuss ein. Seiner Ladung kann sich ohne triftigen Grund niemand entziehen. Und so konnte der Ausschussvorsitzende Wolfgang Hellmich (SPD) Suder nun fragen, warum sie damals nicht kommen wollte. Sie habe keineswegs eine Missachtung des Parlaments im Sinn gehabt, sagte sie. Zu der Zeit sei ihr in der Öffentlichkeit aber strafrechtliches Verhalten vorgeworfen worden. Deshalb habe sie abgelehnt. Dies habe sie der damaligen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) vorab mitgeteilt, ohne aber deren Rat gesucht zu haben. Die Ministerin habe ihren Entschluss akzeptiert.

Strikte Trennung Die einjährige Verspätung ihrer Befragung ging offenkundig mit geschwundenem Gedächtnisvermögen einher. Jedenfalls gehörte ein Satz zu den häufigsten Antworten bei ihrer Zeugenvernehmung: „Ich kann mich nicht erinnern.“ Ganz sicher war sie sich aber darin, in ihrer Amtszeit im Verteidigungsministerium Berufliches und Privates strikt voneinander getrennt zu haben. In die Vergabe von Ver-

trägen an frühere Kollegen aus dem Beratungsunternehmen McKinsey sei sie nicht eingebunden gewesen. Sie habe sich strikt aus der Auswahl externer Firmen herausgehalten.

Sie habe nie ein Hehl daraus gemacht, dass sie mit einigen Auftragnehmern bekannt gewesen sei. „Mein Hintergrund war bekannt. Ich kam aus der Beratungsindustrie.“ Da hätten sich persönliche Beziehungen entwickelt. Sie habe das von Anfang an offen ausgesprochen. Bei der Frage nach sogenannten Kennverhältnissen ging es insbesondere um Timo N., einen ehemaligen McKinsey-Mann, der dann zum Unternehmen Accenture wechselte. Diese Firma hatte einen der Beraterverträge erhalten, dessen Vergabe vom Rechnungshof beanstandet worden war.

Keine Strategie Suder bezeichnete ihr Verhältnis zu N. als freundschaftlich. Bei privaten Treffen habe sie nie über Dienstliches mit ihm gesprochen. Sie sei in ihrer 15-jährigen Tätigkeit bei McKinsey darauf getrimmt worden, die Dinge streng zu trennen und nicht über die Arbeit zu reden. Zu einer Zeugenaussage, N. habe einen besonderen Draht zur Leitungsebene des Ministeriums gehabt, meinte sie: „Das habe ich so nicht wahrgenommen.“ Von der Leyen hatte Suder geholt. Sie habe, sagte Suder, gerne zugesagt, wobei das Finanzielle keine Bedeutung gehabt habe. Die Lage im Rüstungsbereich sei damals „ausgesprochen schwierig“ gewesen: mangelnde Ausrüstung, eingeschränkte Einsatzbereitschaft. Es habe keine Strategie gegeben, keine vollständige Bedarfsprüfung. „Es wurde das beschafft, wo am lautesten gerufen wurde.“ Externe Hilfe vor allem im IT-Bereich sei vonnöten gewesen. Suder sagte, sie habe ihre Arbeit nach bestem

Wissen und Gewissen geleistet und wichtige Erfolge im Beschaffungswesen erzielt. 2018 war sie aus privaten Gründen, wie sie sagte, ausgeschieden. Sie habe sich mehr um ihre Kinder kümmern wollen. Heute arbeite sie selbstständig. Mit der Zeugenbefragung der früheren Ministerin und jetzigen EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen beendet der Ausschuss nächste Woche die Beweisaufnahme. Im Sommer soll der Abschlussbericht vorliegen. Franz Ludwig Averdunk

KURZ NOTIERT

Immunität von Gauland und Strenz aufgehoben

Der Bundestag hat vergangene Woche mit der Aufhebung der Immunität den Weg frei gemacht für strafrechtliche Ermittlungen gegen den AfD-Fraktionsvorsitzenden Alexander Gauland (78) und die CDU-Abgeordnete Karin Strenz (52) aus Mecklenburg-Vorpommern. Dem AfD-Politiker wird Steuerhinterziehung vorgeworfen. Es geht um die gemeinsame steuerliche Veranlagung mit seiner Frau, die in Frankfurt/Main lebt und von der er schon lange getrennt ist. Gauland ist zwar noch verheiratet, lebt aber mit neuer Partnerin in Potsdam. Ermittler durchsuchten nach dem Beschluss des Bundestages die Wohnung Gaulands. Ein Fraktionssprecher wertete das Ermittlungsverfahren als „unverhältnismäßig“. Worum es bei Strenz geht, wurde nicht mitgeteilt. Wegen ihres Engagements für Aserbaidschan werden schon länger Vorwürfe der Korruption erhoben. pk





Gastredner der Gedenkstunde war der israelische Staatspräsident Reuven Rivlin, der hier von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (rechts) umarmt wird. Unter den Gästen waren Zeitzeugen und Mitglieder jüdischer Gemeinden in Deutschland. © picture-alliance/dpa/AA



Alte Geister und neuer Hass

HOLOCAUST-GEDENKEN Reuven Rivlin, Frank-Walter Steinmeier und Wolfgang Schäuble rufen zur Gegenwehr auf

Am Ende wird es noch einmal emotional: Der Gesang der Sopranistin Ania Vegry durchdringt den Plenarsaal des Bundestages. Sie singt das Wiegenlied „Wiegala“ der Schriftstellerin Ilse Weber, die 1944 in Auschwitz ermordet wurde. „Es stört kein Laut die süße Ruh. Schlaf mein Kindchen, schlaf auch Du“, soll die Jüdin Ilse Weber beim Gang in die Gaskammer gesungen haben. Auf der Tribüne sitzen Überlebende des Holocaust und deren Angehörige – als Gäste der Gedenkstunde des Bundestages für die Opfer des Nationalsozialismus. Tränen fließen. Es ist schwer, von dieser Musik nicht berührt zu werden und es fallen einem die Worte von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ein: „Als Kinder, allein, den Eltern entzissen, in der todbringenden Hölle. Wer sich, nur für einen Moment, die Verlassenheit eines Kindes in Auschwitz vorstellt, mag vielleicht ermaßen, was es für die Überlebenden bedeutet, heute dorthin zurückzukehren. Herr Gardosch, Herr Tausig, ich danke Ihnen dafür, dass Sie uns begleitet haben und ich danke Ihnen, dass Sie heute hier sind!“, sagte Steinmeier Richtung Gästetribüne.

Zwei Tage zuvor hatte Steinmeier mit diesen Überlebenden und mit dem israelischen Staatspräsidenten Reuven Rivlin an der Gedenkfeier im ehemaligen deutschen Konzentrationslager Auschwitz teilgenommen. Und wiederum einige Tage zuvor durfte er als erster Bundespräsident in der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem eine Rede halten, neben den Staatsoberhäuptern der ehemaligen Alliierten und Israels. „Die Versöhnung ist eine Gnade, die wir Deutsche nicht erhoffen konnten und schon gar nicht erwarten durften. Aber wir wollen ihr gerecht werden! Wir werden nicht vergessen! Und wir stehen an der Seite Israels!“, betonte Steinmeier vergangene Woche vor dem Bundestag. Seit 1996 lädt der Bundestag anlässlich der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee am 27. Januar 1945 zu einer Gedenkstunde. Und schon oft wurde an diesem Tag gemahnt, Hass und Intoleranz von Anfang an entschieden entgegenzutreten und die Vergangenheit als Mahnung zu begreifen.

Schatten der Morde Doch diesmal war etwas anders. Nicht nur das Wissen darüber, dass das Auschwitz-Gedenken 2020 eines der letzten sein wird, an dem Überlebende teilhaben, machte diesen 75. Jahrestag der Befreiung zu einem besonderen Jahrestag. Der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU) im

Juni und der Terroranschlag auf die Synagoge in Halle mit zwei Toten im Oktober 2019 – beides Taten von Rechtsextremisten – stellen eine Zäsur dar. Die Sicherheit vergangener Jahrzehnte scheint verfliegen, denn plötzlich klopfen Hass, Rassismus und Antisemitismus in einer seit 1945 nicht gekannten Dimension wieder an unsere Türen. Auch an jene von Bundestagsabgeordneten: Erst jüngst wurde auf das Wahlkreisbüro des Hallenser SPD-Politikers Karamba Diaby ein Anschlag verübt, er erhielt Morddrohungen. Die Vergangenheit als Mahnung begreifen – wie aktuell und gleichzeitig gefährlich dieser sicher geglaubte gesellschaftliche Grundkonsens ist, wurde selten so deutlich wie in der diesjährigen Gedenkstunde. „Es gibt kein heilsames Schweigen über Auschwitz. Auschwitz erinnert uns daran, wie verführbar wir Menschen sind, wie zerbrechlich unsere Zivilisation ist, wie schnell unsere humanistische Substanz Schaden nimmt“, sagte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU). Über die Verantwortung, die wir als Konsequenz aus dem Geschehen tragen, müsse jede Generation neu nachdenken. Sie sei eng verknüpft mit der Verpflichtung, die Würde des Menschen zu

»Heute begreifen wir, dass der Antisemitismus nicht ausgerottet ist.«
Reuven Rivlin, Präsident Israels

achten und „keinen Raum mehr dafür zu lassen, andere Menschen zu stigmatisieren, auszugrenzen und zu verfolgen“, betonte Schäuble und begrüßte ebenfalls zwei Gäste explizit, nämlich die Rabbiner Jeremy Borowitz und Rebecca Blady, die sich zum Zeitpunkt des Anschlags in der Synagoge in Halle aufhielten. „Juden müssen in Deutschland wieder um ihr Leben fürchten! Dagegen hilft nur ein starker, ein konsequent handelnder Staat – und eine couragierte Zivilgesellschaft, die verstanden hat, dass das Geschehene nicht vergangen ist“, appellierte Schäuble. Steinmeier ging rhetorisch sogar noch einen Schritt weiter: „Wir dachten, der alte Ungeist würde mit der Zeit vergehen. Aber nein: Die bösen Geister der Vergangenheit zeigen sich heute in neuem Gewand. Mehr noch: Sie präsentieren ihr völkisches, ihr autoritäres Denken als Vision, geradezu als die bessere Antwort auf die offenen Fragen unserer Zeit.“ Es sei „unsere Prüfung, nicht in ferner Zukunft, sondern hier und jetzt“, nicht wieder geschehen zu lassen, was geschehen könne, appellierte der Bundespräsident und erntete dafür einen langen, nachdrücklichen Applaus.

Verantwortung Deutschlands Die Einladung an den israelischen Staatspräsidenten Reuven Rivlin, als Gastredner im Bundestag zu sprechen, unterstrich das zweite große Thema der diesjährigen Gedenkstunde: die Betonung des engen Bündnisses zwi-

schen Deutschland und Israel. Rivlin machte in seiner sehr politischen Rede klar, dass auf Deutschland eine enorme Verantwortung laste: „Heute begreifen wir, dass der Antisemitismus keinesfalls ausgerottet ist.“ Der Staat, in dem die „Endlösung der Judenfrage“ erdacht wurde, sei aber die führende Kraft in Europa, betonte Rivlin. Wenn in Deutschland der Versuch scheitere, den wieder erstarkten Populismus und Antisemitismus zurückzudrängen, dann werde er überall zum Scheitern verurteilt sein. „Deutschland darf hier nicht versagen!“, mahnte er. Steinmeier und Schäuble hatten in ihren Reden bekräftigt, die Sicherheit Israels sei für Deutschland eine Verpflichtung, die sich aus der Vergangenheit ergebe. Rivlin knüpfte daran an, indem er einen Bogen zu den Konflikten des Nahen Ostens zog, insbesondere zur Auseinandersetzung zwischen Israel und Iran, der er einen erheblichen Teil seiner Rede widmete. Für Israel sei die Bedrohung durch den Iran „nicht theoretisch, sondern eine existenzielle Frage“, denn Iran verfolge die Vernichtung Israels. Zwar werde sich sein Land, wenn nötig, selbst verteidigen, doch Rivlin machte klar, was er von der Weltgemeinschaft – und damit auch von Deutschland – erwartet: Iran sei ein Risiko für den Weltfrieden und müsse aus der Weltgemeinschaft ausgeschlossen werden. Das waren sie, die „Differenzen unter Freunden“, die Rivlin zuvor angesprochen

hatte. Denn noch hält die EU und damit Deutschland am Atomabkommen mit dem Iran fest. Weiter vertieft wurde dieses Thema während der Gedenkstunde naturgemäß nicht. Es folgte das Wiegenlied von Ilse Weber, das es den Anwesenden sicher nicht leicht machte, wieder zur Tagesordnung überzugehen. Claudia Heine

STICHWORT

Holocaust-Gedenken

- > **Am 27. Januar** jährte sich zum 75. Mal die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau. Allein in diesem Lager wurden mehr als eine Million Menschen, vorwiegend Juden, ermordet.
- > **Weltweit fanden** aus diesem Anlass Gedenkveranstaltungen mit zahlreichen Staatsoberhäuptern statt, unter anderem in Israel und Polen.
- > **Der Bundestag** führte eine zentrale Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus 1996 ein.
- > **Als Gastredner** der Gedenkstunde wurden bisher vor allem Zeitzeugen geladen. Vor zehn Jahren sprach bereits ein israelischer Präsident aus diesem Anlass vor dem Bundestag: Shimon Peres.

Ein Bild vor dem inneren Auge

JUGENDBEGEGNUNG Zum 75. Jahrestag der Befreiung spürten 60 junge Menschen dem Schicksal der Häftlinge im Vernichtungslager Auschwitz nach

Vor allem eine Botschaft war den drei Präsidenten wichtig: Für scharfe Gesetze gegen Antisemitismus kann die Politik sorgen, für den Kampf gegen Juden- und Fremdenhass im Alltag ist jeder Einzelne in der Verantwortung. Im Anschluss an die Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus diskutierten am vergangenen Mittwoch Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU), Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und der israelische Staatspräsident Reuven Rivlin mit 60 Jugendlichen aus mehr als zehn Ländern. Mit der jährlich stattfindenden Podiumsdiskussion endete die internationale Jugendbegegnung des Deutschen Bundestages, die in diesem Jahr den 75. Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz zum Thema hatte. Eine Stunde lang tauschten sich die Jugendlichen mit den Präsidenten aus. Bestimmt wurde das Gespräch insbesondere von Gegenwartsfragen. Wie kann Deutschland seine Verantwortung für die Erinnerungskultur in Zeiten starker geschichtsrelativistischer Tendenzen erfüllen und was geht einem Staatsmann heute bei einem Besuch der deutschen Vernichtungslager durch den Kopf, wollten die jungen Erwachsenen wissen.

Erst am Tag zuvor waren die 60 Jugendlichen aus dem polnischen Auschwitz nach Berlin zurückgekehrt. Vier Tage lang waren die 18- bis 25-Jährigen vom Bundestag eingeladen, jenen Ort des nationalsozialistischen Terrors zu besuchen, der gleichsam synonym für das Verbrechen der Schoah steht: die Lagerstätten am Rande der südpolnischen Stadt Oświęcim. Höhepunkt der Reise war die Teilnahme an der offiziellen Gedenkveranstaltung zum 75. Jahrestag der Befreiung am 27. Januar vor dem Lagertor in Birkenau, an der neben etlichen Staats- und Regierungsvertretern auch mehr als 200 Auschwitz-Überlebende teilnahmen.

Verbrechen verstehen Im Zentrum der vorangegangenen Reisetage standen für die Jugendlichen, die unter anderem aus Deutschland, Frankreich, Polen, Israel, Russland und der Ukraine kamen, Führungen durch das Stammlager und das weitläufige ehemalige Massenvernichtungsgelände Birkenau. In fünf jeweils international besetzten Arbeitsgruppen erfuhren die Teilnehmer sowohl historische Hintergründe als auch von den Details des nationalsozialistischen Verbrechens an europäischen Juden und vielen anderen Opfergruppen. Dies reichte vom Zustandekom-



Die Teilnehmer der internationalen Jugendbegegnung des Deutschen Bundestags auf dem Gelände des KZ Auschwitz-Birkenau. © DBT/Stella von Saldern

men der Wannseekonferenz am 20. Januar 1942, bei der auf höchster politischer Ebene die „Endlösung der Judenfrage“ besprochen wurde, bis zu den Lebensbedingungen in den Baracken von Birkenau. Den Gestank, das Ungeziefer, die Ratten, die Krankheiten, die Kälte – all das müsse man sich heute hinzudenken, um vor dem inneren Auge ein Bild der grausamen Um-

stände des Lagerlebens entstehen lassen zu können, gab die Gedenkstättenführerin zu bedenken. Auf dem Weg durch das Gelände von Birkenau hält die Gruppe an einem Teich. Darin musste das Sonderkommando (siehe Seite 12) tagtäglich die Asche der Toten entsorgen. Später, in einer Reflexionsrunde, erinnern sich die Jugendlichen an diesen Moment: an das trübe Wasser

und die Pflanzen und Bäume. Johannes Landgraf (22), Auszubildender aus Chemnitz, nennt das Wort: „Aschedünger“. Alle Teilnehmer verstehen, was er meint. Die Toten sind in den Boden von Birkenau eingegangen – und daraus entstand neues Leben: Pflanzen, Wiesen, Bäume. Melissa Sejdí (20) aus Leipzig setzt sich in Projekten für die Belange von Sinti und Roma ein. Dass sie im Stammlager eine Ausstellung zum Massenmord an dieser Gruppe besuchen konnte, gehöre für sie „zu den wichtigsten Momenten, die ich mit nach Hause nehme“, berichtet Sejdí. Neben der Reflektion dienten die Arbeitsgruppentreffen auch der Vor- und Nachbereitung der Zeitzeugengespräche mit Lidia Skibicka-Maksymowicz und Walentyna Ignaszewska-Nikodem. Beide haben Auschwitz überlebt. Skibicka-Maksymowicz wurde am 4. Dezember 1943, kurz vor ihrem dritten Geburtstag, mit ihrer Familie nach Auschwitz-Birkenau deportiert. SS-Arzt Josef Mengele nahm an dem Mädchen grausame Versuche vor, die sie für lange Zeit schädigten. Ihre Geschichte erzähle sie, „auch für die, die Auschwitz nur als Rauch und Asche verlassen haben“, sagte sie. Ob sie während der Zeit im Lager jemals ihren Verlobten vermisst habe, fragt Charlotte Storch (22) aus Berlin. Ignaszewska-Nikodem denkt kurz nach: „Eigentlich nicht“, sagt sie, „dafür hatte ich keine Kraft und keine Zeit. Wir mussten alle versuchen, zu überleben und uns gegenseitig zu helfen. Woran wir vor allem dachten war, dass wir uns gegenseitig die Flöhe aus den Haaren zuklappen müssen“, sagt sie. Ignaszewska-Nikodem wurde 1922 in ein Nebenlager des Konzentrationslagers Auschwitz I interniert. Sie arbeitete beim Bau von Lagerstraßen, in der Brotkammer und der Paketstelle. Nach dem Tod ihrer Mutter im November 1942 wurde Ignaszewska-Nikodem bei der Evakuierung des Lagers im Oktober 1944 in ein Nebenlager des Konzentrationslagers Flossenbürg geschickt. Die internationale Jugendbegegnung des Bundestages widmet sich jedes Jahr einem anderen Thema. 2019 setzten sich die Teilnehmer in Berlin mit den Schicksalen verstreuter jüdischer Kinder in der Nazizeit auseinander. Lukas Stern

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Zwei Tage vor dem EU-Austritt Großbritanniens besiegelte auch das Europäische Parlament den Brexit und das Austrittsabkommen. Für viele Abgeordnete ein schmerzvoller Abschied: Parlamentspräsident David Sassoli (vorne, 3. von rechts) schloss sich nach der Fraktionssitzung der europäischen Sozialdemokraten britischen Abgeordneten an, die demonstrativ ihre Verbundenheit mit der EU zum Ausdruck brachten. © picture-alliance/dpa

Ächtung von Killerrobotern

VERTEIDIGUNG Die Fraktionen von Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen sind mit ihrer Forderung nach einer völkerrechtlichen Ächtung autonomer Waffensysteme gescheitert. Eine Entwicklung, die dazu führt, dass Waffen selbständige Ziele erkennen und diese bekämpfen, ohne dass ein Mensch noch eingreifen kann, muss unbedingt verhindert werden“, heißt es in einem Antrag der Grünen (19/10637), der vergangene Woche keine Mehrheit im Plenum fand. Die Weiterentwicklung und Verbreitung autonomer Waffensysteme drohe die Hemmschwelle für militärische Konflikte herabzusetzen und erhöhe die Gefahr eines neuen Wettrüstens. Ähnlich argumentiert die Fraktion Die Linke, die mit ihrem Antrag (19/9342) ebenfalls scheiterte: Der mit einem auf Algorithmen basierenden Waffeneinsatz verbundenen Gefahr eines unterschiedslosen Einsatzes von militärischer Gewalt müsse entschieden begegnet werden. „Ein weltweites Wettrüsten um immer brutaleren Technologien muss verhindert werden“. Keine Mehrheit fand zudem ein Antrag (19/5895) der Grünen, die sich gegen eine Förderung solcher Waffensysteme durch den Europäischen Verteidigungsfonds gewendet hatten. In die Ausschüsse überwiesen wurde ein weiterer Grünen-Antrag (19/16842) zum „Schutz der Zivilbevölkerung bei Einsätzen von Explosivwaffen in bevölkerten Gebieten“. Die Abgeordneten fordern, dass eine noch zu erzielende internationale politische Erklärung die Unterzeichnenden auffordert, den Einsatz dieser Waffen in dicht besiedelten Gebieten zu vermeiden. **ahf**

Fische und Finanzen

BREXIT Mit dem EU-Austrieg der Briten beginnt der Poker um die zukünftigen Beziehungen

Am vergangenen Freitag ging nach 47 Jahren die Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union zu Ende. Die geplanten offiziellen Feiern wollte die Regierung von Boris Johnson nicht groß inszenieren; eine Gedenkmünze wurde geprägt, eine Stunde vor dem entscheidenden Glockenschlag hielt der Premier eine Rede. Niemand wollte zusätzliche Spannungen provozieren, zu sehr gespalten ist das Land weiterhin in der Brexit-Frage. Und die große Mehrheit der Menschen ist des Themas ohnehin müde. Selbst in Brüssel wurde der Austritt des wirtschaftlich zweitstärksten Mitglieds so unauffällig wie möglich vollzogen. Den Brexit spüren werden die Bürger ab dem 1. Februar zunächst nicht besonders, weder die Briten noch die auf dem Kontinent. Bis Ende des Jahres gilt noch eine Übergangszeit, in der alle EU-Regeln wie bisher angewendet werden. London ist als Drittstaat weiterhin den Gesetzesvorschriften der EU, dem Acquis, unterworfen, obwohl es bei diesen Regeln nicht mehr mitbestimmen darf. Zu Beginn der vergangenen Woche

nahm zudem zum letzten Mal ein britischer Minister an einem Rat in Brüssel teil. Das Vereinigte Königreich muss weiter Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs respektieren und seinen Anteil an den EU-Haushalt zahlen, den es in den kommenden elf Monaten schuldet. Bürger aus den 27 EU-Staaten können sich bis zum 31. Dezember wie bisher uneingeschränkt in Großbritannien und Nordirland niederlassen. Sie können dann auch noch den „Settled Status“ beantragen, mit dem sie einen Aufenthaltsstatus bekommen. Dasselbe gilt für Briten in den EU-Ländern, die abhängig vom Land, in dem sie leben, Anmeldeverfahren durchlaufen müssen. An einigen Orten wird jedoch schon in der Übergangszeit sichtbar werden, dass das Königreich nicht mehr Teil der EU ist. So werden bei der nächsten Sitzungswoche des Europäischen Parlaments in Straßburg einige vertraute Gesichter fehlen. Etwa das von Nigel Farage – für die einen Brexit-Ikone, für die anderen verhasster Anti-Brüssel-Agitor. Wie die übrigen 72 britischen Abgeordneten verabschiedete sich der Ex-Vorsitzende der United Kingdom Independent Party bereits Mitte Januar von seinen

Parlamentskollegen – er habe seinen politischen Lebensstraum erreicht, jubelte Farage. „Wir Briten machen nur eine Auszeit“, versicherte hingegen der Labour-Abgeordnete Seb Dance. „Eines Tages werden hier wieder britische Europaabgeordnete sitzen, um unsere Interessen zu vertreten und gemeinsam Probleme zu lösen.“ Mit dem Weggang der Briten verkleinert sich das Abgeordnetenhaus von 751 auf 705 Sitze. Nur 27 britische Sitze werden unverteilt auf Länder, die sich unterrepräsentiert sahen. Die Niederlande, Spanien, Italien und auch Frankreich profitieren vom Brexit. Auch die konservative Europäische Volkspartei gewinnt dazu und hat künftig fünf Mandate mehr. Alle anderen Parteienfamilien lassen Federn. Die Sozialdemokraten verlieren sechs, der Block der Liberalen elf Sitze, die Grünen sieben. Das kann bei umstrittenen Abstimmungen in der Zukunft durchaus eine Rolle spielen. In Brüssel, auf der Avenue d'Auderghem an der Ostseite des Ratsgebäudes, lag bisher die Permanente Vertretung des Vereinigten Königreichs bei der EU. Ab dem 1. Februar wird daraus die „UK Mission to the European Union“. Der amtierende Botschafter Tim Farrow ist dann nicht mehr „Perm-

Rep“, wie es im Brüsseler Umgangssprache heißt, sondern Londons Botschafter bei der EU. Das europäische Sternenbanner kommt runter, der Union Jack bleibt. **Harte Gespräche erwartet** Hinter den Kulissen hat schon der nächste Poker begonnen, und der wird mit Sicherheit noch heftiger ausfallen als in der ersten Runde. Im Ausstiegsvertrag wurden lediglich die Rechte der EU-Bürger, die britischen Schulden und die Beibehaltung einer offenen Grenze zwischen Nordirland und der Republik Irland geregelt. Spätestens im März werden jedoch die Verhandlungen über die künftigen Beziehungen, und wie die aussehen werden, ist noch völlig unklar. Der britische Premier will durch den Brexit einen klaren Schnitt mit dem Kontinent machen und ein neues Wirtschaftsmodell aufbauen. EU-Kommischaftschefin Ursula von der Leyen machte hingegen Anfang Januar bei einem Besuch in London klar: „Jede Entscheidung hat ihre Konsequenzen. Wenn Großbritannien keine Freizügigkeit für Personen gewährt, kann es auch keine Freizügigkeit für Waren, Kapital und Dienstleistungen geben.“

Damit geht es wohl Anfang nächsten Monats gleich los, konkret mit dem Feilschen „Fisch gegen Finanzen“. Bereits im vergangenen Jahr hatte der Europäische Rat festgelegt, dass sowohl die Frage der Fischereirechte als auch der Zugang britischer Finanzdienstleister zum EU-Binnenmarkt bis Ende Juni 2020 geregelt sein müsse. Dazu merkte vor wenigen Tagen Irlands Premier Leo Varadkar in einem Interview mit der BBC an: Großbritannien habe sehr viel Wasser und 70 Prozent des Fischs gingen in die EU. Bei den Finanzdienstleistungen habe das Land jedoch eine „sehr schwache Position“. Die Briten müssten daher „Konzessionen bei Themen wie Fisch machen, wenn sie von uns Konzessionen in Feldern wie Finanzdienstleistungen wollen“, stellte Varadkar klar. Der Finanzsektor trägt immerhin fast sieben Prozent zur britischen Wirtschaftskraft bei. Nach den Kommentaren des Iren gingen in London vielerorts die Alarmzeichen an. Auch der EU-Chefverhandler für die künftigen Beziehungen zu Großbritannien, Michel Barnier, sieht in den anstehenden Verhandlungen eine „riesige Herausforderung“. Vergangene Woche formulierte er es bei einem Besuch in Nordirland so: „Der Brexit wird immer eine Übung in Schadensbegrenzung sein.“ **Stefanie Bolzen**

Die Autorin ist Korrespondentin der „Welt“ in London.

»Eines Tages werden hier wieder britische Abgeordnete sitzen.«

Seb Dance, britischer Ex-Europaabgeordneter

»Der Brexit wird immer eine Übung in Schadensbegrenzung sein.«

Michel Barnier, EU-Chefverhandler

»Frage der Glaubwürdigkeit«

AUSWÄRTIGES Kritik an AfD-Anträgen zu Beziehungen zwischen EU und Israel

Die AfD-Fraktion ist vergangenen Donnerstag mit zwei Anträgen (19/16855, 19/16856) zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen der EU und Israel auf Widerstand bei den übrigen Fraktionen gestoßen. Nicht wegen der darin enthaltenen Forderungen – die Abgeordneten warfen der AfD vielmehr vor, die Beziehungen durch ihre Rhetorik selbst zu belasten. „Ihre Anträge sind pure Heuchelei“, warf Barbara Hendricks (SPD) der Fraktion vor. Mit Verweis auf Aussagen von Parteimitgliedern wie Björn Höcke und Alexander Gauland – letzterer bezeichnete Hitler und die Nationalsozialisten als einen „Vogelschiss“ in Tausend Jahren deutscher Geschichte – urteilte sie: „Das Programm der AfD ist nicht antisemitisch, aber Sie geben Antisemiten eine politische Heimat.“ Umfragen zufolge würden 55 Prozent der AfD-Anhänger die Aussage „Juden haben in der Welt zu viel Einfluss“ teilen. Außerdem habe die Partei bekennende Holocaustleugner in ihren Reihen.

Die AfD fordert die Bundesregierung in ihren Anträgen auf, Maßnahmen gegen die Diskriminierung von israelischen Staatsangehörigen – insbesondere durch die Fluglinie Kuwait Airways, die Israelis nicht befördere – einzuleiten. So solle sie prüfen, ob das Abkommen mit Kuwait über den Fluglinienverkehr nicht gekündigt werden könne, sollte die kuwaitische Seite ihre diskriminierende Praxis nicht beenden. Außerdem sollte die EU nach Ansicht der AfD die islamistisch-schiitische Partei und Miliz im Libanon, Hisbollah, im Ganzen auf ihre Terrorliste setzen; bislang gilt in der EU nur der militärische Arm als terroristische Vereinigung. **»Proislamische Haltung«** „EU-Kommission und Europäisches Parlament sind einseitig proislamisch und antiisraelisch“, befand Fraktions-Vize Beatrix von Storch. Als weitere Beispiele für ihre These nannte sie die Kennzeichnungspflicht für Waren aus den jüdischen Siedlungsgebieten („diskriminierender Doppelstandard“) und die ihrer Ansicht nach mangelnde Entschlossenheit der Bundesregierung, der BDS-Bewegung, die international zu Boykottaktionen gegen Israel aufruft, entgegenzutreten, obwohl es bereits einen entsprechenden Bundestagsbeschluss gebe.

Tatsächlich hat der Bundestag im Mai 2019 einen Antrag von Union, SPD, FDP und Grünen mit dem Titel „BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten – Antisemitismus bekämpfen“ (19/10191) verabschiedet. Das Parlament habe damit und mit seinen Beschlüssen zur Hisbollah „Leitplanken“ geschaffen, „innerhalb denen Ihre Anträge bereits aufgehoben sind“, betonte daher Roderich Kiesewetter (CDU). **Fehlende Glaubwürdigkeit** Alexander Graf Lambsdorff (FDP) warf der AfD einen Mangel an „Gesamtglaubwürdigkeit“ vor. So würden prominente Mitglieder das Gedenken an die Shoah in Frage stellen. Das Beste für Israel wäre es daher, „wenn Sie und Ihre Gleichgesinnten aus den Parlamenten dieses Kontinents verschwinden würden“, konstatierte der Liberale. Auch André Hahn (Linke) nannte es „dreist“, dass sich ausgerechnet die AfD als Anwalt jüdischer Interessen aufspiele. Sie mache rechtsextreme Positionen hoffähig. Omid Nouripour (Grüne) warf der Fraktion vor, die Erinnerungskultur zur NS-Zeit zu diffamieren und mitverantwortlich dafür zu sein, dass der Antisemitismus in Deutschland wieder zunehme. Die Anträge wurden zur Beratung in die Ausschüsse überwiesen. **Johanna Metz**

Abkehr vom Krisenmodus

EUROPARAT Abgeordnete einigen sich auf neues Verfahren bei schweren Regelverstößen

Der liberale belgische Senator Hendrik Daems ist neuer Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarats. Er war als einziger Kandidat für die Nachfolge der Schweizerin Liliane Maury-Pasquier angetreten und wurde vergangene Woche bei der Eröffnungssitzung der Winterversammlung in Straßburg ohne Abstimmung für gewählt erklärt. Der 60-Jährige übernimmt den Posten in einer schwierigen Zeit: 2017 erschütterte der Skandal um die „Kaviar-Diplomatie“ Aserbaidschans die Versammlung. Das Land soll Mitglieder jahrelang mit kostbaren Teppichen, Kaviar und Millionensummen beeinflussen haben, darunter auch die CDU-Bundestagsabgeordnete Karin Strenz und der ehemalige CSU-Bundestagsabgeordnete Eduard Lintner. Vergangene Woche durchsuchten Beamte im Auftrag der Frankfurter Staatsanwaltschaft Wohnungen, Geschäftsräume und das Abgeordnetenbüro von Strenz, nachdem ihre Immunität aufgehoben wurde (siehe Seite 8). Seit der Annexion der Krim 2014 beschäftigte außerdem der Konflikt mit Russland die Parlamentarische Versammlung. Damals entzog sie der russischen Delegation unter anderem das Stimmrecht – die Russen reagierten mit Boykott und setzten ihre Zahlung an die Staatenorganisation aus.

Erst 2019 erhielt Russland seine Stimmrechte zurück, trotz heftiger Proteste vor allem seitens der Ukraine. Mit Blick auf die Krise der ältesten europäischen Institution betonte Daems in seiner ersten Rede vor den 318 Abgeordneten, er wolle sich auf die Einheit des Europarats konzentrieren und versuchen, die in der Europäischen Konvention festgehaltenen Menschenrechte durchzusetzen. „Wir müssen alle an einem Strang ziehen.“ Als weiteren Schwerpunkt seiner Amtszeit nannte er den Klimaschutz. **Prinzipien** Um in Zukunft besser auf Regelverstöße von Mitgliedstaaten, wie die Krim-Annexion, reagieren zu können, sprach sich die Parlamentarische Versammlung vergangene Woche mit großer Mehrheit für die Einführung eines neuen Verfahrens aus. Dieses sieht künftig ein gemeinsames Vorgehen der beiden Hauptgremien des Europarats, der Versammlung und des Ministerausschusses, sowie der Generalsekretärin oder des Generalsekretärs vor. Dabei solle es nur um die schwerwiegendsten Verstöße gegen grundlegende Prinzipien und Werte des Europarats gehen, heißt es in der Resolution. „Der Europarat ist gegründet, damit Staaten lernen und sich demokratisch weiterentwickeln. Wenn sie das

aber nicht wollen, sondern das Gegenteil tun, dann muss der Europarat darauf antworten haben“, sagte Frank Schwabe (SPD), Vorsitzender der sozialistischen Fraktion, der Nachrichtenagentur dpa. Sollten die Regierungen dem neuen Verfahren ebenfalls zustimmen, sei es Mitte des Jahres nutzbar. Kritiker sehen das neue Verfahren indes als zu schwach an. Der Europarat werde damit zu einem Kuchhund ohne Zähne, urteilte etwa der ukrainische Abgeordnete Alexej Gontscharenko. In der Parlamentarischen Versammlung des Europarats kommen viermal im Jahr Abgeordnete aus den nationalen Parlamenten der 47 Mitgliedstaaten zusammen, um über die Lage der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit in Europa zu debattieren. Bürger aller Mitgliedstaaten können vor dem zum Europarat gehörenden Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) die Einhaltung ihrer Menschenrechte fordern. Eine Institution der Europäischen Union ist der 1949 gegründete Europarat nicht. Neben der Präsidentenwahl und der Resolution zu Regelverstößen standen bei der diesjährigen Wintertagung Debatten zur Lage in Libyen und der Türkei auf der Agenda. **juh**



KURZ REZENSiert



Ahmet Toprak:
Muslimisch. Männlich. Desintegriert.
Econ Verlag, Berlin 2019; 234 S., 18 €

Wer „katholisch, weiblich, ländlich“ war, galt in den 1960er Jahren als sozialstrukturell benachteiligt. Inzwischen machen die katholischen Mädchen vom Land öfter Abitur und studieren als die Jungen, schreibt der Dortmunder Erziehungswissenschaftler Ahmet Toprak. Die neuen Bildungs- und Integrationsverlierer seien muslimisch, männlich und aus der Großstadt.

Topraks eigene Biografie belegt die Bedeutung von Bildung für Integration und beruflichen Erfolg. Nach einem Schulabschluss in der Türkei und einem Studium in Deutschland arbeitete er als Pädagoge und Anti-Gewalt-Trainer. In seiner Familie wurden Söhne und Töchter gleich behandelt, Toprak nicht als kleiner Pascha erzogen.

Er macht deutlich, dass religiöse und kulturelle Traditionen in der Erziehung nicht völlig verneint werden können. Schließlich würden diese Einstellungen ebenso prägen wie die sozialen Rahmenbedingungen, das Bildungsniveau der Eltern, Diskriminierungserfahrungen und eine verfehlte Integrationspolitik. Es seien aber weniger die sozialen und kulturellen Faktoren, die die Integration der muslimischen Jungen erschwerten, sondern die Erziehung und das Verhalten der Eltern. In islamischen Familien werden im Gegensatz zu ihren Schwestern nur wenige Grenzen gesetzt. „Fallen sie in der Schule negativ auf, werden sie bedingungslos in Schutz genommen und lange als Kinder behandelt, die keine Verantwortung für ihr Fehlverhalten übernehmen müssen.“ Die Jungen „dürfen stören und Aggressivität ausstrahlen“. Schließlich sollen sie einmal Geld verdienen und eine Familie ernähren. Ohne Schulabschluss und Ausbildung sind diese Erwartungen jedoch kaum zu erfüllen. Vor allem diese ambivalente Erziehung trage dazu bei, dass die Jungen den Anforderungen gar nicht gerecht werden könnten, meint Toprak. Ein wichtiges Buch mit klugen Empfehlungen für eine gelingende Integration. *manu* ||



Patrick Stegemann, Sören Musyal:
Die rechte Mobilmachung
Econ Verlag, Berlin 2020; 290 S., 17,99 €

Während der Bundestagswahl 2017 attackierten Tausende Trolle die deutsche Öffentlichkeit. Der größte Trollserver Europas steht dabei für die Verbindung von Gamekultur und rechter Agenda, unterstreichen Patrick Stegemann und Sören Musyal. Die beiden Kommunikationswissenschaftler, bekannt durch die Dokumentation „Lösch Dich. So organisiert ist der Hate im Netz“, recherchierten undercover in rechten Netzwerken. Sie beobachteten eine zunehmende Politisierung auf dem „Reconquista Germanica“-Server und in populären Computerspielen. Besonders deutlich werde dies bei Games wie „Hearts of Iron“, in dem der Zweite Weltkrieg nachgespielt werde – auch auf Seiten der Wehrmacht. Keine Überraschung, dass das Spiel in rechten Gruppen sehr beliebt sei. „Als einzige Partei ist die AfD hier vertreten – mit einer Gruppe von 1.200 Mitgliedern, die der Identitären hat 300.“ Hinzu kommen Gruppen mit SS-Runen im Namen und expliziten Holocaust-Bezügen. Eine Analyse der amerikanischen Szene habe altbekannte Muster von Grenzüberschreitungen zutage gefördert, die sich auch in rassistischen Posts in Europa finden ließen: Mitglieder der sozialen Medien veröffentlichen explizit gewaltverherrlichende, rassistische oder neonazistische Inhalte. Je öfter User „mit diesen Inhalten konfrontiert werden, desto normaler erscheinen sie ihnen – was wiederum politisch nutzbar gemacht wird.“ Des Weiteren deckten die Autoren Vereine und Stiftungen auf, die rechte Influencer finanzieren, um Menschen anzulocken.

Ausdrücklich kritisieren Stegemann und Musyal die deutsche Gesellschaft: Sie habe es der Gamer-Szene nach dem rechtsextremen Terrorakt von Halle zu einfach gemacht, zur Tagesordnung zurückzukehren. Diskussionen über die Vorratsdatenspeicherung halten sie jedoch für ebenso wenig sinnvoll wie eine Pauschalverurteilung der Gamer. Dem Buch sind viele Leser zu wünschen. *manu* ||



Der Kronprinz und der „Führer“: Wilhelm von Preußen (rechts) im Gespräch mit Reichskanzler Adolf Hitler am „Tag von Potsdam“ am 21. März 1933.

Die Prinzenrolle

NS-DIKTATUR Historiker und Abgeordnete streiten über Wilhelm von Preußen und Forderungen der Hohenzollern

Kronprinz Wilhelm von Preußen hat Anfang der 1930er Jahre dem Weg der Nationalsozialisten zur Macht „erheblich Vorschub geleistet“. Zumindest Historiker Peter Brandt, Stephan Malinowski und Stefanie Middendorf zeigen sich in einer öffentlichen Anhörung des Kulturausschusses in der vergangenen Woche davon überzeugt. Ihr Kollege Benjamin Hasselhorn hingegen wollte diese klare Aussage über den ältesten Sohn von Kaiser Wilhelm II. so nicht stehen lassen. Die historische Situation in der damaligen Zeit sei viel zu kompliziert, die Quellen nicht ausreichend erschlossen und erforscht, um zu einem abschließenden Urteil über die Rolle des Kronprinzen zu kommen, argumen-

tierte der Geschichtsprofessor von der Universität Würzburg. Bis heute gebe es nicht einmal eine wissenschaftliche Biografie über den Hohenzollern-Prinzen. Es gebe „gute Gründe“ für die These, dass Wilhelm der nationalsozialistischen Herrschaft erheblichen Vorschub geleistet habe, aber ebenso gute, die gegen diese These sprechen. Deshalb sei die Frage in der historischen Fachwelt strittig, führte Hasselhorn aus und verwies auf die unterschiedlichen Aussagen entsprechender Gutachten von Brandt, Malinowski, Christopher Clark sowie Wolfram Pyta. Die Frage nach dem Verhältnis des Preußen-Prinzen zu den Nationalsozialisten ist deshalb so entscheidend, weil sie in letzter Konsequenz darüber entscheidet, ob die Erbengemeinschaft der Hohenzollern ei-

nen Anspruch auf Entschädigung oder Rückgabe von Immobilien und Kulturgütern hat, die ihnen 1926 in der Weimarer Republik zugesprochen worden waren, aber durch die sowjetische Militäradministration nach dem Zweiten Weltkrieg in deren Besatzungszone zwischen 1945 und 1949 enteignet wurden.

Ausgleichsleistungsgesetz Die Erbengemeinschaft der Hohenzollern, angeführt von Georg Friedrich Prinz von Preußen, steht mit dem Bund und dem Land Brandenburg seit 2014 darüber in Verhandlungen. Die Hohenzollern berufen sich auf das Ausgleichsleistungsgesetz von 1994, das Entschädigungen beziehungsweise Rückgaben ermöglicht. Das Gesetz macht jedoch eine entscheidende Einschränkung:

Ausgleichsleistungen werden nicht gewährt, wenn der „Berechtigte oder derjenige, von dem er seine Rechte ableitet, dem nationalsozialistischen System erheblichen Vorschub geleistet hat“.

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sind deshalb davon überzeugt, dass die Ansprüche der Hohenzollern nichtig sind, und haben entsprechenden Anträge eingebracht. Geht es nach den Grünen (19/13545), so soll der Bundestag den Beschluss fassen, dass Wilhelm von Preußen den Nationalsozialisten erheblichen Vorschub geleistet hat, und die Verhandlungen mit den Hohenzollern auf Grundlage dieses Bundestagsbeschlusses zu einem Ende geführt werden. Die Linken (19/14729) gehen noch einen Schritt weiter: Sie fordern den Abbruch der Verhandlungen und eine gerichtliche Entscheidung. Für den Fall aber, dass ein Gericht den Hohenzollern Recht geben sollte, dann sollte die betroffenen Kulturgüter erneut enteignet werden.

Juristische Einschätzung In dieser Forderung erkennen vor allem die CDU/CSU und die FDP-Fraktion einen Verstoß gegen die Prinzipien des Rechtsstaates. Schließlich gelte das Ausgleichsleistungsgesetz für alle betroffenen Bürger, also auch die Erbengemeinschaft der Hohenzollern. Diese Ansichten vertreten auch die als Sachverständige geladenen Rechtsanwälte Marc Laudien und Hartmut Scheidmann in der öffentlichen Anhörung des Kulturausschusses. Laudien bezweifelte zudem, ob der Bundestag beschließen könne, dass Wilhelm von Preußen im juristischen Sinne dem nationalsozialistischen System Vorschub geleistet habe, beziehungsweise dass ein solcher Beschluss von juristischer Bedeutung sei. Scheidmann verwies darauf, dass die Formulierung im Gesetzestext ein „juristisch unbestimmter Begriff“ sei, den es auszulegen gelte. Allerdings habe das Bundesverwaltungsgericht Leitlinien aufgestellt, wie dieser Begriff anzuwenden sei. So umfasse die Formulierung auch Handlungen des Kronprinzen vor Errichtung des nationalsozialistischen Systems, die objektiv geeignet waren, den Nationalsozialisten den Weg zur Macht zu ebnen. Und Wilhelm von Preußen habe sich subjektiv darüber im Klaren sein müssen.

Historische Sichtweisen Die Historiker Brandt, Malinowski und Middendorf sehen diese Bedingungen als erfüllt an. Brandt, er lehrte bis 2014 an der Fernuniversität Hagen, führte an, Kronprinz Wilhelm habe nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler 1933 verkündet, es habe sich nun erfüllt, wofür er ein Jahr gekämpft habe. Er habe darauf gehofft, die Nationalsozialisten würden die Monarchie – zumindest formal wie im faschistischen Italien – wieder einführen. Brandt argumentierte ebenso wie Malinowski von der Universität Edinburgh und Middendorf (Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam), dass Wilhelm Vorbehalte im Adel und in bürgerlich-konservativen Kreisen gegenüber den Nationalsozialisten abgebaut und zur Wahl Hitlers aufgerufen habe. Dabei habe er seine symbolträchtige Rolle als Kronprinz genutzt. Malinowski und Middendorf widersprachen zudem vehement der Darstellung Hasselhorns, die Rolle Wilhelms sei unter Historikern umstritten. Die überwiegende Meinung unter führenden Historikern sei, das der Kronprinz beständig mit den anti-demokratischen Kräften kooperiert habe, sowohl mit den deutschnationalen als auch den nationalsozialistischen. Dies werde auch von Christopher Clark und Wolfram Pyta so gesehen. *Alexander Weinlein* ||

Hilfe für das Provinztheater

KULTUR Die Kultur im ländlichen Raum soll nach dem Willen der CDU/CSU und der SPD-Fraktion gestärkt werden. Einen entsprechenden Antrag der Koalitionsfraktionen (19/7426) nahm der Bundestag in der vergangenen Woche gemäß der Beschlussempfehlung des Kulturausschusses (19/9667) gegen das Votum der AfD-Fraktion an. Die übrigen Oppositionsfraktionen FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich der Stimme.

Mit der Annahme des Antrags fordert der Bundestag die Bundesregierung unter anderem auf, mit der Kultusministerkonferenz in einen regelmäßigen Austausch zu treten, um entsprechende Projektvorhaben miteinander abzustimmen und weitere Kooperationsformen zwischen Bund, Ländern und Kommunen, der Zivilgesellschaft, den Kirchen und Religionsgemeinschaften, den Medien sowie den Sozialpartnern zu prüfen, um ein besseres Zusammenwirken im Kulturbereich zu erreichen. Zudem soll die Regierung ein Konzept für ein Zukunftsprogramm Kino vorlegen, um das Kino als Kultort auch außerhalb von Ballungsgebieten zu erhalten. Der Bundeskulturförderfonds soll weiter ausgebaut und besser auf die Bedarfe der freien Kunst- und Kulturszene ausgerichtet werden. Ebenso sei zu prüfen, ob ein kofinanziertes Spielstättenförderungsprogramm eingeführt werden kann. Die von der Kulturstiftung des Bundes entwickelten Initiativen zur Stärkung der Kulturarbeit außerhalb von Metropolen soll fortgesetzt und weiter ausgebaut werden, der Zugang zur Kultur durch mobile Angebote und Partnerschaften von Kultureinrichtungen in Metropolen erweitert werden. *aw* ||

FDP will Clubs schützen

KULTURGUT Die elektronische Tanz- und Clubkultur soll nach dem Willen der FDP-Fraktion als immaterielles Kulturerbe geschützt werden. In einem Antrag (19/16832) fordert sie die Bundesregierung auf, entsprechende Bewerbungen für die Aufnahme in das bundesweite Verzeichnis immateriellen Kulturgutes zu unterstützen und mit den Bewerbern in einen fachlichen Austausch zu treten. Ebenso soll die Regierung eine mögliche Nominierung durch die deutschen Unesco-Kommission für die weltweite „Repräsentative Liste des immateriellen Kulturerbes der Menschheit“ bestätigen. Nach Ansicht der Liberalen ist die elektronische Tanz- und Clubkultur in Deutschland über mehrere Generationen hinweg prägend. Sie begeistere Menschen weltweit und verkörpere ein Lebens- und Zeitgefühl, das sich über Grenzen und Nationen hinwegsetze.

Mit einem weiteren Antrag (19/16833) fordert die Fraktionen eine Prüfung durch die Bundesstiftung Baukultur, ob und inwieweit Clubs insbesondere in Städten als baukulturelles Erbe angesehen werden können. Außerdem soll die Baunutzungsverordnung dahingehend geändert werden, um Clubs und sonstige Kulturräume dieser Art in die Kategorie der „Anlagen für kulturelle und sportliche Zwecke“ einzuordnen zu können. Beide Anträge überwies der Bundestag am vergangenen Donnerstag im vereinfachten Verfahren zur Beratung in den Kultur- und in den Bauausschuss. *aw* ||

Deutschlands Welt-Visitenkarte

AUSWÄRTIGES Fraktionen wollen Kultur- und Bildungspolitik im Ausland stärken

Sie gilt als „dritte Säule“ der deutschen Außenpolitik und soll für gute Beziehungen mit anderen Staaten sorgen: die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, kurz AKBP. Rund 1,87 Milliarden Euro investierte die Bundesregierung 2018 in diesen Bereich, in Bildungsangebote im Ausland, Kulturereignissen, Jugendaustausch und Städtepartnerschaften, in die mehr als 140 Deutschen Auslandsschulen und Partner wie das Goethe-Institut und den Deutschen Akademischen Auslandsdienst (DAAD). Dennoch werde die Bedeutung der AKBP häufig unterschätzt, bedauerte Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) vergangenen Freitag im Bundestag anlässlich der Debatte über einen Antrag (19/16834) von CDU/CSU und SPD sowie die Berichte der Bundesregierung zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik für die Jahre 2017 (19/7225) und 2018 (19/11510).

„Bildung ist die beste Immunisierung gegen dumpe Vorurteile und Ressentiments“, betonte der Minister und verwies beispielhaft auf einige Initiativen. So unterstütze die AKBP die Zivilgesellschaft in Südost- und Osteuropa und kümmere sich weltweit um den Schutz verfolgter Wissenschaftler und Künstler. Den Antrag der Koalitionsfraktionen, in dem diese eine Stärkung der AKBP, insbesondere eine Intensivierung des Jugendaustauschs und die weitere Unterstützung

neuer Initiativen zum Schutz gefährdeter Künstler fordern, nahm das Plenum nach der Debatte mit den Stimmen von Union, SPD und Grünen bei Enthaltung der übrigen Fraktionen an. Die Berichte der Bundesregierung überwiesen die Abgeordneten zur Beratung an den federführenden Auswärtigen Ausschuss.

»Wichtiges Instrument« Für die Union lobte Jürgen Hardt (CDU) die „hervorragende Bildungsarbeit“ der AKBP im Ausland; sie trage dazu bei, ein positives Deutschlandbild zu vermitteln und zu prägen. Jedoch müsse sie sich stärker um die Frage kümmern, wie mehr Menschen für den deutschen Arbeitsmarkt qualifiziert werden können. Kritik übte er an der Einstellung des deutschen Radioprogramms der Deutschen Welle. Bijan Djir-Sarai (FDP) nannte die AKBP ein wichtiges Instrument, um Deutschland als verlässlichen Partner in der Welt zu positionieren. Mit Verweis auf die verschiedenen Bundesressorts, die Projekte der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik verantworten, konstatierte er jedoch einen »Mangel bei Effizienz, Koordinierung und Umsetzung«.

Diether Dehm (Die Linke) sprach sich für „ordentliche Tarifverträge“ bei Institutionen wie dem Goethe-Institut und den Auslandsschulen aus. Seine Fraktionskollegin

Brigitte Freihold vermisste ein „ganzheitliches Konzept zur Vertiefung des deutsch-polnisch-jüdischen Austauschs“ und zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. Dass die Koalitionsfraktionen sich nicht um einen fraktionsübergreifenden Antrag bemüht hätten, bedauerte Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen). Dabei gebe es im Bundestag einen breiten Konsens über die wichtige Rolle der AKBP. „Sie baut Brücken über unzählige Gräben und öffnet Türen, während andere Mauern errichten“, urteilte Roth. Jedoch forderte auch sie mehr Kohärenz und eine bessere und gesichtete finanzielle Ausstattung.

»Falsche Zielsetzungen« Lothar Maier (AfD) warf der Regierung überladene und falsche politische Zielsetzungen vor, etwa den Export von „deutschem Gender-Gaga“ und die Absicht, Populismus und Abschottungsforderungen eine gemeinsame europäische Kultur entgegenzusetzen. „Die Stärke Europas ist aber die Vielfalt seiner Kultur, nicht eine gemeinsame“, urteilte Maier. *Johanna Metz* ||

Anzeige

DAS LEBEN ÄNDERT SICH
Bitte benachrichtigen Sie uns bei:
Namensänderung
Adressänderung
Änderung der Bankverbindung
Telefonisch unter: 089-85853832,
via E-Mail: fazit-com@intime-media-services.de
oder online unter:
www.das-parlament.de/aboservice



AUFGEKEHRT

Gabriel bleibt sich treu

Sigmar Gabriel wird Aufsichtsratsmitglied bei der Deutschen Bank. Ein konsequenter Schritt, bleibt der Ex-SPD-Chef, Ex-Minister und Ex-Parlamentarier doch in bekannten Gefilden. Schließlich ist die Deutsche Bank die SPD der Finanzwelt. Das Bankhaus blickt wie die Partei auf eine lange Geschichte, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht. Ohne die beiden ging in der Bundesrepublik lange nichts. Die Bank finanzierte die sprichwörtliche Deutschland AG, die SPD regierte Land und Länder. Die Deutsche Bank hatte einen Hilmar „Peanuts“ Kopper und Josef „Victory“ Ackermann, die SPD Gerhard „Basta“ Schröder und Helmut „Rauchwolke“ Schmidt. Wenn der DB-Vorstandsvorsitzende hustete, war das eine börsenrelevante Nachricht; sprach der SPD-Chef, dann fragte man sich nicht, ob die eigenen Minister überhaupt zuhören. Und heute? Waren die Namen der Vorsitzenden einst Allgemeinwissen, muss man inzwischen regelmäßig googeln, wer eigentlich gerade an der Spitze steht und demnächst gefrustet das Handtuch werfen wird. Ein „Neuanfang“ jagt den nächsten. Anspruch – Volkspartei die einen, global bedeutendes Finanzinstitut die anderen – und Realität – gerundete 15 Prozent in Umfragen, 5,7 Milliarden Euro Miese in 2019, Aktienkurs unter acht Euro – klaffen auseinander. Schröder holte 1998 40,9 Prozent, die Bank lag 2007 an der Börse über 100 Euro. Immerhin: Bei der SPD gehen nur wechselnde Führungsteams ein und aus, bei der Deutschen Bank Staatsanwälte und Ermittler. Für die Bank verspricht Gabriel da fast schon Stabilität: Er übernahm die Partei bei 23 Prozent, als er ging, waren es immerhin noch 21. Im Grunde hilft nur Fusion oder Übernahme. *Sören Christian Reimer* ■

VOR 60 JAHREN...

Gegen das Vergessen

12.2.1960: NS-Zeit in den Lehrplan aufgenommen. Aus Geschichte lernt man – hoffentlich. Der 75. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz war Anlass zur Mahnung, die Gräueltaten der NS-Zeit nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Gerade Schulen werden hier in die Pflicht genommen. Heute wird der Holocaust in verschiedenen Fächern behandelt. In eini-



Besuche, wie hier in der KZ-Gedenkstätte Dachau, sind in Bayerns Schulen Pflicht.

gen Bundesländern, etwa in Bayern, ist der Besuch einer KZ-Gedenkstätte inzwischen vorgeschrieben. Dass die Zeit des Nationalsozialismus im Unterricht eine stärkere Beachtung findet, beschlossen die Kultusminister bereits vor 60 Jahren. Zum Jahreswechsel 1959/60 hatten Hunderte antisemitische Schmierereien im ganzen Bundesgebiet die deutsche Öffentlichkeit verstört, in der die NS-Zeit bis dahin ein Tabuthema gewesen war. Es stellte sich heraus, dass ein Großteil der Täter Jugendliche oder junge Erwachsene waren. Die Politik sah Handlungsbedarf. Am 12. Februar 1960 beschloss die Kultusministerkonferenz in Hamburg unter anderem, dass angehende Lehrer nachweisen müssen, „dass sie die Haupttatsachen kennen, die zur Zerstörung der rechtsstaatlichen Ordnung in der nationalsozialistischen Zeit geführt haben“. Außerdem sollten „Themen und Tatsachen aus der nationalsozialistischen Zeit in den Abschlussklassen sämtlicher Schulen des Bundesgebietes“ behandelt werden. Der Bedarf an solchen Unterrichtsinhalten ist auch 60 Jahre später weiter groß: Laut einer Umfrage von 2017 wussten nur 47 Prozent der befragten 14- bis 16-Jährigen, dass Auschwitz ein Vernichtungslager im Zweiten Weltkrieg war. *Benjamin Stahl* ■

ORTSTERMIN: WERKE DES AUSCHWITZ-ÜBERLEBENDEN DAVID OLÈRE



Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU, Bild oben, Mitte), der Direktor des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau, Piotr Cywiński, (Bild oben, links) und Beate Klarsfeld (Beate-Klarsfeld-Stiftung, Bild oben, rechts) eröffneten die Ausstellung im Paul-Löbe-Haus. Sie wurde musikalisch begleitet vom Pianisten Igor Levit. © Deutscher Bundestag/Achim Melde

Zeugnisse eines Menschheitsverbrechens

„Es sah aus wie ein Fabrikgebäude. Wie in jeder Fabrik gab es einen Schornstein. Ohne den Gestank der verbrannten Körper wäre es unmöglich gewesen, sich vorzustellen, dass drinnen Menschen ermordet wurden.“ Schilderungen wie diese von Jaacov Gabai, Häftling im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau und Überlebender, gibt es einige. Visuelle Zeugnisse, Bilder, die die Hölle zeigen, sind jedoch rar. Die vergangene Woche im Berliner Paul-Löbe-Haus eröffnete Ausstellung „David Olère. Überlebender des Krematoriums III“ vereint beides: Ergreifende Originaltonne und detailreiche, brutale, verstörende Bilder – erstmals in Deutschland gezeigt. Olère, 1902 in Warschau geboren, wurde Künstler. Er arbeitete in Paris für Filmstudios wie Paramount Pictures und schuf Filmkulissen, Kostüme und Werbeplakate bis er am 20. Februar 1943 verhaftet und zwei Wochen später nach Auschwitz deportiert wurde. Fortan wurde er zu Häftling Nummer 106144 und dem sogenannten „Sonderkommando“ zugeordnet. Seine Aufgabe: Die Leichen der in den Gaskammern Ermordeten im Krematorium III zu verbrennen. Als erster hielt

der jüdische Maler nach seiner Befreiung den minutiösen Ablauf, die Phasen der Vernichtung und Szenen aus dem Lager fest. Auch lieferte er detaillierte Pläne der Krematorien und Gaskammern. Zwischen 1960 und 1980 übertrug er seine Zeichnungen in Ölgemälde. 1985 starb Olère in Paris. Olères Werke konfrontierten „fast bis zur Unertaglichkeit“ damit, dass das Geschehene für jeden, der es nicht selbst erfahren musste, unvorstellbar bleibe, betonte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) bei der Eröffnung. „Die Wahrheit bleibt – und sie bleibt eine Zumutung“, sagte er weiter. Er mahnte, dass sich jede Generation dieser Zumutung aufs Neue stellen müsse – besonders in Hinblick auf Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und von Hass erfüllte Gewalt, wie sie etwa beim Anschlag auf die Synagoge in Halle zu Tage getreten war. Dass der Kampf dagegen aktuell sei, zeige sich am Beispiel des Pianisten Igor Levit, der die Eröffnung musikalisch begleitete. Levit war in der Vergangenheit selbst bedroht worden. „Ich habe erst vor wenigen Tagen von der Ausstellung erfahren, aber es war für mich persönlich ein Anliegen, hier zu spielen“,

sagte Levit. Die eher leisen Stücke von Bach und Busoni habe er „nach innerem Gefühl und Glauben“ ausgewählt. Die Ausstellung zeigt 50 Originalzeichnungen und 25 Ölbilder von Olère. „Die meisten Bilder sind großformatig und schreiben den Betrachter förmlich an. Das war die Absicht des Künstlers“, berichtet der Ausstellungs-Organisator Jürgen Kaumkötter vom Zentrum für verfolgte Künste. Darauf wies auch Piotr Cywiński, Direktor des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau hin: „Die Mitglieder des Sonderkommandos waren in einer der schwierigsten Situationen. Sie haben unüberwindbare Dinge tun müssen“, sagte er. Der Bundestag richtet die Ausstellung gemeinsam mit den beiden Institutionen aus. Sie geht zurück auf eine Initiative der Fraktion Die Linke und der französischen Antifaschisten Beate und Serge Klarsfeld, die gut mit der Familie Olère bekannt sind. *Lisa Brübler* ■

Die Ausstellung kann noch bis zum 21. Februar 2020 besichtigt werden. Mehr zu den Anmeldeformalien unter: www.bundestag.de/parlamentarische_ausstellung

PERSONALIA

>Hans-Joachim Schabedoth † Bundestagsabgeordneter 2013-2017, SPD

Hans-Joachim Schabedoth starb am 18. Januar im Alter von 67 Jahren. Der Politiker und langjährige DGB-Mitarbeiter aus Frankfurt am Main war 1971 der SPD beigetreten. Schabedoth wirkte im Wirtschaftsausschuss mit.

>Ralf Koschorrek † Bundestagsabgeordneter 2005-2013, CDU

Am 12. Januar starb Ralf Koschorrek im Alter von 63 Jahren. Der Zahnarzt aus Bad Bramstedt schloss sich 1983 der CDU an und war von 1994 bis 2012 Stadtverordneter. Von 2006 bis 2019 gehörte er dem Bundesvorstand der Mittelstands- und Wirtschaftsunion an. Der Direktkandidat des Wahlkreises Steinburg-Dithmarschen Süd wirkte im Gesundheitsausschuss mit.

>Helmut Geiger † Bundestagsabgeordneter 1965, CSU

Am 11. Januar starb Helmut Geiger im Alter von 91 Jahren. Der Diplom-Volkswirt, CSU-Mitglied seit 1949, war von 1957 bis 1959 wissenschaftlicher Assistent der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Von 1972 bis 1993 amtierte er als Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands.

>Conrad-Michael Lehment Bundestagsabgeordneter 1990, FDP

Conrad-Michael Lehment wird am 5. Februar 75 Jahre alt. Der Diplom-Ingenieur gehörte 1990 der ersten frei gewählten Volkskammer und dem Bundestag an. Von 1990 bis 1994 war er Wirtschaftsminister in Mecklenburg-Vorpommern.

>Walter Sauermilch Bundestagsabgeordneter 1983-1985, Die Grünen

Walter Sauermilch vollendet am 6. Februar sein 85. Lebensjahr. Der Architekt aus Pinneberg war Gründungsmitglied der „Grünen“ in Schleswig-Holstein und engagierte sich im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschlands. Sauermilch gehörte dem Städtebauausschuss an. 1992 verließ er seine Partei.

>Jürgen Linde Bundestagsabgeordneter 1976-1983, SPD

Am 7. Februar begeht Jürgen Linde seinen 85. Geburtstag. Der Jurist trat 1963 der SPD bei und stand von 1974 bis 1983 an der Spitze des Unterbezirks Goslar. Von 1990 bis 1999 amtierte er als Chef der brandenburgischen Staatskanzlei und war seit 1994 zugleich Minister für besondere Aufgaben. Linde engagierte sich im Rechtsausschuss und zuletzt im Auswärtigen Ausschuss.

>Wolfgang Dehnelt Bundestagsabgeordneter 1990-2002, CDU

Am 11. Februar wird Wolfgang Dehnelt 75 Jahre alt. Der Diplom-Ingenieur trat 1976 der CDU in der DDR bei. 1990 gehörte er der ersten frei gewählten Volkskammer an. Der Direktkandidat des Wahlkreises Aue-Schwarzenberg-Klingenthal war u.a. Mitglied des Petitions- sowie des Familienausschusses.

>Gero Pfennig Bundestagsabgeordneter 1977-1980, 1985-1998, CDU

Gero Pfennig begeht am 11. Februar seinen 75. Geburtstag. Der promovierte Jurist aus Berlin, CDU-Mitglied seit 1964, gehörte von 1979 bis 1985 dem Europäischen Parlament an. Im Bundestag war er von 1987 bis 1994 Vorsitzender des Petitionsausschusses.

>Hans-Joachim Hoffmann Bundestagsabgeordneter 1976-1985, SPD

Am 12. Februar wird Hans-Joachim Hoffmann 75 Jahre alt. Der Diplom-Ökonom aus Saarbrücken schloss sich 1970 der SPD an, war von 1985 bis 1991 saarländischer Wirtschaftsminister und von 1991 bis 2004 Oberbürgermeister von Saarbrücken. Hoffmann gehörte im Bundestag u.a. dem Haushaltsausschuss an.

>Jann-Peter Janssen Bundestagsabgeordneter 1994-2005, SPD

Jann-Peter Janssen vollendet am 12. Februar sein 75. Lebensjahr. Der Schiffbauer und Betriebsratsvorsitzende aus Norden, SPD-Mitglied seit 1969, war von 1972 bis 1986 sowie von 2001 bis 2005 Ratsherr seiner Heimatstadt. Der Direktkandidat des Wahlkreises Aurich-Emden engagierte sich im Bundestag im Tourismusausschuss. *bmh* ■

LESERPOST

Zur Ausgabe 2-3 vom 06. Januar 2020, „Bröckelnde Amnesie“ auf Seite 1: Die Ausgabe ist insgesamt sehr gut gelungen. Das auf der Titelseite abgedruckte Foto eines Kolonialwarenladens weckt Erinnerungen an meine Kindheit, in der es auch in der Kleinstadt Brandenburg mehrere dieser gab – obwohl die Kolonien längst verloren und Waren aus diesen Ländern nicht mehr im Angebot waren. Der Begriff „Kolonialwaren“ diente als Bezeichnung für einen einfachen Lebensmittelladen. In der DDR wurden daraus später Läden für Lebensmittel oder Obst und Gemüse. In der Bundesrepublik wurden sie vermutlich zu den Tante-Emma-Läden.

ner Lektüre. Laut Artikel soll der Berliner U-Bahnhof „Mohrenstraße“ wegen seines Namens schon lange ein Dorn im Auge von Aktivisten sein. Das finde ich absolut lächerlich, wie mich überhaupt der aus dem linken Lager kommende Aktionismus stört. Nicht nur in dieser Frage, sondern auch bei der Klimadebatte. Diese Liste liebe sich endlos erweitern. Sind all die Leute, die sich noch nie an dem Namen gestört haben, völlig egal?

es leicht, anders zu entscheiden. Wir haben es hier mit einer Übertreibung des Liberalismus zu tun. Öffentlich kommen Sie nie selbst in die Situation, eine Organspende zu brauchen. *Manfred Pfirrmann, Lampertheim*

Zur selben Ausgabe, „Der Namensstreit“ auf Seite 7: Regelmäßig gehört „Das Parlament“ zu mei-

Zur Ausgabe 4-5 vom 20. Januar 2020, „Systemwechsel abgelehnt“ auf Seite 1: Da sieht man wieder, dass den Abgeordneten die Meinung des Volkes gleichgültig ist. Immerhin haben sich 61 Prozent des Volkes für einen Systemwechsel ausgesprochen. Vielleicht liest ein Abgeordneter auch Leserbriefe. Also: Wenn man nicht betroffen ist, hat man

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns: Das Parlament Platz der Republik 1 11011 Berlin redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 17. Februar.

PERSONALIA

>Thomas Schmidt Bundestagsabgeordneter 1990, DSU

Thomas Schmidt wird am 12. Februar 70 Jahre alt. Der Zahnarzt aus Hohen Neuendorf/Kreis Oberhavel, seit 1990 DSU-Mitglied, gehörte 1990 der ersten frei gewählten Volkskammer und dem Bundestag an. Zugleich war er Parlamentarischer Staatssekretär im DDR-Gesundheitsministerium.

>Uwe Göllner Bundestagsabgeordneter 1996-2005, SPD

Am 14. Februar wird Uwe Göllner 75 Jahre alt. Der Bezirksschornsteinfegermeister aus Troisdorf trat 1967 der SPD bei, war von 1990 bis 2005 Vorsitzender des Unterbezirks Rhein-Sieg und von 1993 bis 1998 ehrenamtlicher Bürgermeister seiner Heimatstadt. Göllner gehörte dem Verteidigungsausschuss sowie dem Haushaltsausschuss an.

>Karl Hermann Haack Bundestagsabgeordneter 1987-2005, SPD

Am 17. Februar begeht Karl Hermann Haack seinen 80. Geburtstag. Der Apotheker aus Extertal/Kreis Lippe trat 1968 der SPD bei und war von 1979 bis 1994 dort Bürgermeister. Im Bundestag saß er u. a. im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung. Haack war von 1998 bis 2005 Beauftragter für die Belange behinderter Menschen.

>Renate Hellwig Bundestagsabgeordnete 1980-1998, CDU

Am 19. Februar wird Renate Hellwig 80 Jahre alt. Die Juristin schloss sich 1970 der CDU an, gehörte von 1975 bis 1989 dem Bundesvorstand der Frauen-Union an und war von 1985 bis 1998 Mitglied des Bundesvorstands. Von 1975 bis 1980 war sie Staatssekretärin in Rheinland-Pfalz. Hellwig arbeitete vor allem im Finanzausschuss mit.

>Dora Flinner Bundestagsabgeordnete 1987-1990, Die Grünen

Dora Flinner wird am 19. Februar 80 Jahre alt. Die aus Boxberg/Main-Tauber-Kreis stammende Landwirtin gehörte Ende der 1970er-Jahre zu den Initiatoren der badischen Bundschuh-Genossenschaft und trat 1984 den Grünen bei. Flinner wirkte im Landwirtschaftsausschuss mit. *bmh* ■

SEITENBLICKE



BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 12. – 14.02.2020

Brexit-Nachverhandlungen (Do) Mietpreispbremse (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

Dr. Wolfgang Schäuble, CDU, Bundestagspräsident:

Es gibt kein heilsames Schweigen über Auschwitz



Wolfgang Schäuble (*1942)
Bundestagspräsident

Herr Präsident! Herr Bundespräsident! Frau Bundeskanzlerin! Herr Bundesratspräsident! Herr Präsident des Bundesverfassungsgerichts! Exzellenzen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es gibt kein heilsames Schweigen über Auschwitz. Wir müssen über Auschwitz sprechen. Über das, wofür es eigentlich keine Worte gibt, wie Elie Wiesel vor 20 Jahren in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag gesagt hat. Diese unauflösbare Spannung spüren wir – auch 75 Jahre nachdem Soldaten der Roten Armee das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau befreit haben.

Auschwitz erinnert daran, wie

verführbar wir Menschen sind, wie zerbrechlich unsere Zivilisation ist, wie schnell unsere humanistische Substanz Schaden nimmt; wie angreifbar ihr ethisches Fundament bleibt, wenn wir es nicht verteidigen.

Das, was man unter Vergangenheit versteht, muss immer neu ausgehandelt werden. Es gibt in dieser Frage kein heilsames Schweigen.

Diesen Gedanken formulierte Jan Assmann. Der Friedenspreisträger und Historiker hat sich immer wieder mit der Frage befasst, warum wir uns erinnern und wie sich ein gemeinsames Gedächtnis herausbildet. In einem mühsamen, vielschichtigen Prozess, in dem das gelähmte und lähmende Schweigen erst nach und nach schwindet.

Wir müssen über Auschwitz sprechen – und über die Verantwortung, die wir als Konsequenz und Lehre aus dem Geschehen tragen, jede Generation neu. Sie ist eng verknüpft mit der Verpflichtung, die Würde des Menschen und seine unveräußerlichen Rechte zu achten, sie zu schützen und zu verteidigen. Keinen Raum mehr dafür zu lassen, andere Menschen zu stigmatisieren, auszugrenzen, zu verfolgen. Und sie ist auch verbunden mit unserer

historischen Verantwortung für die Existenz und Sicherheit Israels, für die Pflege der besonderen deutsch-israelischen Beziehungen, für das Festigen dieser außergewöhnlichen Freundschaft, die sich der historischen Abgründe stets bewusst bleibt und gleichzeitig in die Zukunft gerichtet ist.

Deshalb ist es uns eine besondere Ehre, dass Sie, sehr geehrter Herr Präsident Rivlin, unserer Einladung gefolgt sind und zu uns sprechen werden. Das bedeutet uns viel. Das ist wichtig für uns in dieser besonderen Stunde, in der wir gemeinsam erinnern: Deutschland und Israel, vertreten durch unsere beiden Staatsoberhäupter.

Wir gedenken der Millionen Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen: der europäischen Juden, der Sinti und Roma, der slawischen Völker, die zu „Untermenschen“ degradiert wurden, der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, der Kriegsgefangenen und aller dem Hungertod ausgeliefert. Wir erinnern an die aus politischen Gründen oder religiösen Motiven Verfolgten und Ermordeten, an diejenigen, die sich mutig dem NS-Regime widersetzen, die ihre Menschlichkeit bewahrt und das mit dem Leben bezahlten. Wir erinnern an das Leid von Homosexuellen, an die Menschen mit Behinderungen und an das Schicksal der als „Asoziale“ Ausgestoßenen. Wir denken auch an all jene, die dem Tod zwar entkommen konnten, aber seelisch zerbrochen sind. Und an die Nachkommen, die bis heute vom Trauma des Holocaust gezeichnet sind.

Ein heilsames Schweigen über Auschwitz gibt es nicht – aber das Erinnern ist schmerzhaft, und der zeitliche Abstand ändert daran nichts. Zu entsetzlich war das, was geschehen ist, für die Opfer, von denen es vielen nie, anderen erst spät gelang, über das Erlittene zu sprechen. Umso stärker bewegt

uns, dass dieser Gedenkveranstaltung Überlebende der NS-Verbrechen beiwohnen. Seien Sie uns auf den Tribünen herzlich willkommen!

Es hat auch lange gedauert, bis wir Deutschen uns über das Bekenntnis der Schuld, die unser Land trägt, hinaus dieser Vergangenheit wirklich gestellt haben. Es gab immer wieder Versuche – es gibt sie immer noch –, das Verbrechen kleinzureden oder umzudeuten. Das wird nicht gelingen. Es gehört zu unserem gesellschaftlichen Grundkonsens, diese historische Verantwortung anzunehmen. Sie ist für das Selbstverständnis unseres Landes konstitutiv. Wer an diesem Fundament rüttelt, wird scheitern.

Wir gedenken der Millionen Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen.

Es gibt kein heilsames Schweigen über Auschwitz.

Richard von Weizsäcker sprach 1985 von der Notwendigkeit, „ein Mahnmal des Denkens und Fühlens in unserem

eigenen Innern“ zu errichten. Die Gedenkstunden des Deutschen Bundestages geben seit 25 Jahren inmitten unseres parlamentarischen Alltags diesem Nachdenken und Mitfühlen Raum. An einem historischen Ort, im Herzen der deutschen Demokratie, unweit der in Stein gefassten Mahnmale – und begleitet von jungen Menschen aus zahlreichen Ländern. Ich freue mich, dass auch in diesem Jahr viele Jugendliche der Einladung des Bundestages zur internationalen Jugendbegegnung gefolgt sind, und ich begrüße sie alle herzlich! Ihr Interesse und Ihr Engagement machen Hoffnung, dass es uns gelingen kann, immer neue Formen und Wege der Erinnerung zu finden.

Die Jugendlichen haben in den vergangenen Tagen Auschwitz besucht, sie konnten dort mit Zeitzeugen sprechen. Zu den Überlebenden dieser Hölle hat der Künstler David Olère gehört. Wir haben heute Morgen im Bundestag eine Ausstellung eröffnet, die sein Leben und sein Werk zeigt. Er musste, als Angehöriger eines Sonderkommandos dazu gezwungen, in den Krematorien zu arbeiten, mit seinen Zeichnungen die privaten Briefe seiner Peiniger verzieren. Später hinterließ er mit seinen nachträglich geschaffenen Zeichnungen der Gaskammern und Krematorien verstörende und

dabei zutiefst berührende Dokumente über das Grauen von Auschwitz. Der Pianist Igor Levit hat unsere Ausstellungseröffnung musikalisch bereichert.

Die Geschichte, meine Damen und Herren, gibt uns keine Handlungsanleitungen. Aber wer sich mit ihr ernsthaft befasst, schärft seine Sensibilität für Entwicklungen in der Gegenwart und kann sie besser deuten. Und diese Sensibilität braucht es – auch heute. Gerade heute! 75 Jahre nach Auschwitz gibt es in Deutschland noch immer Antisemitismus und Rassismus – in vielen Facetten.

Mit Jeremy Borovitz und Rebecca Blady sind heute zwei Rabbiner unter uns, die zum Zeitpunkt des Anschlags von Halle in der Synagoge waren, ein Angriff, der erschreckende Mordlust gezeigt hat. Juden müssen in Deutschland wieder um ihr Leben fürchten! Dagegen hilft nur ein starker, ein konsequent handelnder Staat – und eine couragierte Zivilgesellschaft, die verstanden hat, dass das Geschehene nicht vergangen ist. Weil das, woran wir heute erinnern, – in den Worten Imre Kertész – nicht „die eigenartige und befremdliche ... Geschichte von ein oder zwei Generationen darstellt, sondern ... eine generelle Möglichkeit des Menschen“.

Wir hören jetzt die Musik des jüdischen Komponisten Szymon Laks. Er hat Auschwitz überlebt – als Leiter des Lagerorchesters. Dem Schweigen vieler setzte er nach dem Krieg seine Erinnerungen entgegen – über die „Musik aus einer anderen Welt“, wie er schrieb. Aus einer Welt unerträglicher Qual, aus der es für die wenigsten ein Entrinnen gab. Ilse Weber fiel ihr zum Opfer. Die jüdische Schriftstellerin komponierte im Lager Kinderlieder. Beim Gang in die Gaskammer soll sie ihr Wiegenlied „Wiegala“ gesungen haben. Wir werden es zum Ausklang hören.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

www.bundestag.de/live/tv/index.html



Wachtturm und Stacheldrahtzäune im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau
© Britta Pedersen/dpa-Zentralbild/ZB

Frank-Walter Steinmeier, Bundespräsident:

Erheben wir uns gegen den alten Ungeist in der neuen Zeit!



Frank-Walter Steinmeier (*1956)
Bundespräsident

Kein Jubel! Keine Freude!
Als die ersten Soldaten der Roten Armee die Lagertore öffneten, hatten wir dafür nicht mehr die Kraft.

So erinnerte sich eine der Überlebenden, Giselle Cykowicz, vergangene Woche in Jerusalem.

Überlebende sind wir heute, sagte sie.

Vor 75 Jahren waren wir Todgeweihte, in denen noch ein letzter Rest Leben war, bevor wir den Millionen anderen folgen sollten. „Ihr seid frei!“, hatten uns die Soldaten zugerufen. „Ihr könnt gehen, wohin ihr wollt!“ Wir? Wir – die allerletzten unserer Familien? Ohne Eltern, ohne Kinder, ohne Schwestern, ohne Brüder, ohne Heimat, ohne Namen, ohne Hoffnung – wohin sollten wir gehen?“

Verehrter Herr Präsident Rivlin! Herr Bundestagspräsident! Frau Bundeskanzlerin! Herr Bundesratspräsident! Herr Präsident des Bundesverfassungsgerichts! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Exzellenzen! Liebe

Gäste!

Als Alexander Woronzow, ein sowjetischer Soldat, gemeinsam mit seinen Kameraden der 1. Ukrainischen Front ein wenig später am Nachmittag des 27. Januar 1945 durch das Tor mit dem zynischen Schriftzug „Arbeit macht frei“ ging, hatte er eine Filmkamera dabei, seine Kamera. Es sind seine Bilder, die wir kennen als die ersten Bilder nach der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau. Bilder von Kindern, die dem Kameramann ihre Arme entgegenstreckten, um ihm die eintätowierten Nummern zu zeigen, die sie als Häftlinge ausweisen: Schicksalslose, mit Materialnummern versehen, Brandzeichen einer versuchten Entmenschlichung. Es sind Bilder grenzenlosen Grauens, es sind Bilder eines deutschen Verbrechens.

Als Alexander Woronzow viele Jahrzehnte später von dem sprach, was er an diesem Tag durch das Objektiv seiner Kamera gesehen hatte, sagte er: „Über diese Erinnerung hat die Zeit keine Macht.“

Meine Damen und Herren! Lieber Herr Staatspräsident Rivlin, vorgestern gingen wir gemeinsam durch das Lagertor von Auschwitz. Und nie war mir ein Gang so schwer. Und nie war ich so dankbar für den Freund an meiner Seite. Vor unseren Augen waren die Bilder des sowjetischen Soldaten. Im Ohr klangen uns die Geschichten der Überlebenden. Drei von ihnen aus Deutschland waren mit uns in Auschwitz dabei, haben von ihrem Überleben berichtet – als Kinder, allein, den Eltern ent-

rissen, in der todbringenden Hölle. Wer sich, nur für einen Moment, die Verlassenheit eines Kindes in Auschwitz vorstellt, mag vielleicht ermessen, was es für die Überlebenden bedeutet, dorthin zurückzukehren. Herr Gardosch, Herr Taussig, ich danke Ihnen dafür, dass Sie uns begleitet haben. Und wir alle danken Ihnen und den anderen Überlebenden, die heute hier sind, dass Sie heute hier sind. Herzlichen Dank!

Dank schulde ich auch Ihnen, verehrter Herr Staatspräsident: Dank dafür, dass ich vor wenigen Tagen in Yad Vashem als Vertreter Deutschlands das Wort ergreifen durfte, dafür, dass ich an Ihrer Seite sein durfte, als wir in Auschwitz der Befreiung gedacht haben, und auch dafür, dass wir von Auschwitz zusammen nach Berlin gekommen sind, um heute hier im Deutschen Bundestag zu sprechen.

Meine Damen und Herren, dass ein israelischer Präsident die schmerzhaften Schritte der Erinnerung gemeinsam mit einem Deutschen geht, dass ein israelischer Präsident an diesem Tag in diesem Hause im Herzen unserer Republik spricht, das erfüllt mich mit tiefer Demut. Lieber Reuven Rivlin, es ist ein Geschenk, und dafür danke ich im Namen meines Landes!

Ihre Anwesenheit heute hier ist ein Zeichen der Verbundenheit –

der Verbundenheit zwischen unseren beiden Ländern, zwischen Deutschland und Israel. Ich bin dankbar für dieses Zeichen. Aber mehr noch: Ich verstehe es als Verpflichtung – als Verpflichtung, uns der Hand, die Israel uns gereicht hat, würdig zu erweisen, weil ich weiß: Die Versöhnung ist eine Gnade, die wir Deutsche nicht erhoffen konnten oder gar erwarten durften. Aber wir wollen ihr gerecht werden! Herr Präsident Rivlin: Wir werden nicht vergessen! Und wir stehen an der Seite Israels!

Das gemeinsame Gedenken in den vergangenen Tagen und die gemeinsame Stunde hier im Deutschen Bundestag sind bewegende Momente, und das nicht nur für mich. Denn wir wissen: Die Zeit hat Macht über uns, über unsere Erinnerung. Es ist an uns, zu widerstehen. Es ist an uns, die Erinnerung und die Verantwortung, die aus ihr erwächst, gegen jede

Anfechtung zu verteidigen. Dafür will ich einstehen, als Bundespräsident und als Bürger der Bundesrepublik Deutschland.

Meine Generation ist mit den Bildern Alexander Woronzows aufgewachsen. Sie haben uns begleitet. Wir waren immer auch mit dem Wunsch konfrontiert, diese Bilder zu verdrängen, dem Versuch, sie zu leugnen, dem Willen, sie vergessen zu machen. Und trotz alledem: Wir wurden zu Zeugen ihrer Macht über die Zeit. Was die Bilder zeigen und was Menschen wie Elie Wiesel, Bronislaw Geremek, Jorge Semprún, Simone Veil, Arno Lustiger, Schimon Peres, Zoni Weisz, Daniil Granin, Ruth Klüger, Anita Lasker-Wallfisch, Saul Friedländer und andere an dieser Stelle hier im Deutschen Bundestag berichtet haben, all das ist eben nicht zu leugnen. Ihr Zeugnis verdrängen, vergessen, verschweigen oder verharmlosen zu wollen, hieße, die Opfer zu verhöhnern. Und es hieße für unser Land, mit diesem Teil seiner Geschichte auch seine eigene Identität zu verleugnen.

Denn die Schoah ist Teil deutscher Geschichte und Identität. Auf diesen demokratischen Konsens haben sich meine Vorgänger hier an dieser Stelle immer wieder berufen können. Es war ein langer, jahrzehntelanger, von Widerständen und Rückschlägen begleiteter Prozess. Aber ich erinnere mich auch: Viele Deutsche meiner Generation haben nur dank dieser Aufarbeitung ihren Frieden mit dem eigenen Land machen können. Dass die Auseinandersetzung mit der historischen Schuld heute zum Selbst-

verständnis unseres Landes gehört, wird von Demokraten in diesem Hause nicht bestritten. Das meinte Roman Herzog, als er vor mehr als 20 Jahren diesen Gedenktag ins Leben rief und an dieser Stelle sagte, die Frage sei nicht mehr, ob, sondern in welcher Weise wir uns erinnern.

Wir werden heute neue Formen des Gedenkens finden müssen für eine junge Generation, die fragt: Was hat diese Vergangenheit mit mir, mit meinem Leben zu tun? Wir werden neue Antworten geben müssen für junge Deutsche, deren Eltern und Großeltern aus anderen Ländern zu uns gekommen sind. „Ihr habt Eure Geschichte, wir haben unsere“, das kann und darf nicht die Antwort sein. Nein, die Lehren aus unserer Geschichte können und müssen zum Selbstverständnis aller Deutschen gehören; denn die Verantwortung im Hier und Heute tragen wir alle.

Und wir werden auf unsere Worte achten müssen, wenn wir vermeiden wollen, dass unser Gedenken zum Ritual erstarrt. Gedenken neigt zur Formelhaftigkeit. Doch gerade weil das so ist, darf unsere Sprache dieser Neigung nicht nachgeben. Wir können uns nicht damit begnügen, das Unbegreifliche der Schoah zu beschwören. Sondern wir wollen das Unermessliche ermessen, das Unfassbare erfassen, das Verlorene betrauern – und das um der Opfer willen: der europäischen Juden, der Sinti und Roma, der politisch Verfolgten, der Homosexuellen, Kranken und Behinderten, der als sogenannte „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“ Erniedrigten.

Wer die Verbrechen verstehen will, der muss die weiten Wege zurückverfolgen, die zum Lagertor von Auschwitz führten: die Bahngleise, die an der Rampe endeten, die Zugfahrpläne, die Logistik des Todes – sie wurde in Ämtern mit Berliner Adressen erdacht, nur einen Steinwurf von hier entfernt. Ausgeführt und ins Werk gesetzt wurde all das in über 1 000 Lagern und Abertausenden Erschießungsplätzen, an Orten, von denen viele weit entfernt im Osten liegen und deren Namen bis heute viele Deutsche noch nie gehört haben: Paneriai, Malyj Trostenez, Mizocz, Chelmno.

Und gerade weil wir wissen, dass diese Verbrechen überall dort bis heute nachwirken, müssen wir unsere historische Verantwortung vor unseren Nachbarn benennen: Deutsche waren es, die das getan haben!

Und ebenso müssen wir gegenhalten, wenn Erinnerung instrumentalisiert wird. Geschichtsschreibung gehört nicht unter die Knute der Politik, sondern sie braucht die Freiheit und den offenen Austausch der Historiker un-

**Die Zeit
hat Macht
über uns,
über
unsere
Erinnerung.**



Eine Gruppe überlebender Kinder des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau nach der Befreiung durch sowjetische Truppen am 26. Januar 1945

© picture-alliance/akg-images

tereinander. Geschichte, meine Damen und Herren, darf nicht zur Waffe werden!

Und schließlich: Wer verstehen will, muss sich an die Wurzeln des nationalsozialistischen Weltbildes erinnern – an völkisches Denken, an Antisemitismus und Rassenhass, an die Verrohung der Sprache schon in der Weimarer Republik, an die Zerstörung der Vernunft, an den Einzug der Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung und auch an die Verächtlichmachung des Parlaments, die Zertrümmerung des Rechtsstaates und der Demokratie.

Meine Damen und Herren, der erste Satz unserer Verfassung sagt jedem, der ihn lesen kann und lesen will, was in Auschwitz geschehen ist. Der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat ist die Umkehrung des völkischen Denkens. Er stellt die Menschenwürde jedes Einzelnen ins Zentrum. Wer also erinnern will, wer das Andenken der Opfer ehren will, der muss Demokratie und Rechtsstaat schützen, wo immer eines von beiden infrage gestellt ist!

Meine Damen und Herren, vor wenigen Jahren hätte meine Rede an diesem Punkt enden können. Wir waren uns einig über die Lehren der Vergangenheit und eine Erinnerungskultur, die es gemeinsam zu pflegen gilt in diesem Land. Doch ich fürchte: Unsere Selbstgewissheit war trügerisch.

Ich wünschte, ich könnte – erst recht vor unserem Gast aus Israel – mit Überzeugung sagen: Wir Deutsche haben verstanden. – Doch wie kann ich das sagen, wenn Hass und Hetze sich wieder ausbreiten, wenn das Gift des Nationalismus wieder in Debatten einsickert – auch bei uns?! Wie kann ich das sagen, wenn das Tragen der Kippa zum persönlichen Risiko wird oder Juden – die Geschichte habe ich nicht erfunden – die Menora beiseiteräumen, wenn der Heizungsableser kommt?! Wie kann ich das sagen, wenn ein Rechtsterrorist in Halle an Jom Kippur zwei Menschen ermordet und allein die schwere Holztür der Synagoge ein Massaker an jüdischen Männern, Frauen und Kindern verhindert?! Wie kann

ich das sagen, wenn diejenigen, die Verantwortung für die Demokratie übernehmen in diesem Land – in Rathäusern, in Parlamenten, auch in Zeitungsredaktionen –, angegriffen werden, wenn sich Menschen nicht mehr trauen, Ehrenämter in ihren Gemeinden zu übernehmen?!

Und wie kann ich das sagen, wenn ein Abgeordneter dieses Hauses wegen seiner Hautfarbe mit dem Tode bedroht wird?!

Nein, meine Damen und Herren, meine Sorge ist nicht, dass wir Deutsche die Vergangenheit leugnen. Meine Sorge ist, dass wir die Vergangenheit inzwischen besser verstehen als die Gegenwart. Wir dachten, der alte Ungeist würde mit der Zeit vergehen. Aber nein: Die bösen Geister der Vergangenheit zeigen sich heute in neuem Gewand. Mehr noch: Sie präsentieren ihr völkisches, ihr autoritäres Denken als Vision, gera-

dezu als die bessere Antwort auf die offenen Fragen der Zeit.

Meine Damen und Herren, verehrte Abgeordnete, ich fürchte, auf all das waren wir nicht genügend vorbereitet – aber genau daran prüft uns unsere Zeit! Und diese Prüfung müssen wir bestehen. Das sind wir der Verantwortung vor der Geschichte, den Opfern und auch den Überlebenden schuldig!

Primo Levi hat gesagt: „Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen.“ Für ihn, einen Überlebenden, war dieser schlichte Satz, so sagte er weiter, „der Kern dessen, was wir zu sagen haben“. Und für uns ist dieser Satz keine Theorie, keine Formel für Gedenkstunden wie diese. Nein, Levis Satz ist unsere Prüfung – nicht in ferner Zukunft, sondern hier und jetzt. Deshalb, meine Damen und Herren, darf es keinen Schlussstrich geben! Deshalb, Herr Staatspräsident, bekennen

wir heute, 75 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz: Wir vergessen nicht, was geschehen ist! Aber wir vergessen auch nicht, was geschehen kann!

Meine Damen und Herren, ich bin fest überzeugt: Die große Mehrheit in unserem Land steht für die Demokratie, und die große Mehrheit in unserem Land weiß um unsere Verantwortung. Also nehmen wir sie an! Erheben wir uns gegen den alten Ungeist in der neuen Zeit! Kämpfen wir gegen Antisemitismus, gegen Rassenhass und nationale Eiferei! Erliegen wir nicht der Verführung des Autoritären! Streiten wir mit Argumenten, nicht mit Hass! Leben und handeln wir als gute Nachbarn in Europa!

Herr Präsident Rivlin, wir wollen Israel und der Welt zeigen, dass unser Land dem neu geschenkten Vertrauen gerecht wird. Das ist unsere Aufgabe, die Aufgabe, die uns die Erinnerung aufgibt. Damit, was geschehen kann, nicht geschehen wird. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Reuven Rivlin, Staatspräsident Israels:

Deutschland darf nicht versagen



Reuven Rivlin (*1939)
Staatspräsident Israels

Verehrter Bundespräsident! Nebst Gattin! Verehrter Präsident des Bundestags! Stellvertretende Bundestagspräsidenten! Verehrte Abgeordnete! Verehrter Präsident des Bundesrats! Verehrter Präsident des Bundesverfassungsgerichts! Verehrte Botschafter! Liebe Überlebende! Liebe Angehörige der Familien Schaul und Goldin, die hier anwesend sind! Werte Gäste!

Ich möchte meine Rede mit einem uralten hebräischen Gebet beginnen. Dem Jiskor-Gebet. Seine ursprüngliche Version wurde erstmals hier auf deutschem Boden verfasst. Vor zirka 1000 Jahren. Bis heute begleitet dieses Gebet das jüdische Volk. Mit ihm gedenkt man der Angehörigen. Der-

jenigen, die einem lieb und teuer sind.

Jiskor – Möge Gott erinnern das Volk Israel und die Seelen sämtlicher Opfer der Schoa, möge ER gedenken der Helden der Schoa. Möge ER die tausend Seelen des Volkes Israel wahren, die in der Schoa ermordet worden sind: 6 Millionen Männer, Frauen, Kinder, Mädchen und Jungen, junge Männer und Jungfrauen, Greise und Kleinkinder, die getötet, abgeschlachtet und ermordet worden sind, auf abartigste Weise von mörderischen deutschen Nazis und deren Helfern aus anderen Völkern. Richter unserer Welt, bitte erinnere der Blutströme, die wie Wasser geflossen sind. Den Schwur „Schma Jisrael“ – Höre, oh du Israel! – haben die in den Tod Geschickten gerufen. Er verstummt nicht. All das erreicht den Allmächtigen auf seinem Thron im Himmel. Wir trennen uns nicht von unseren geliebten Angehörigen. Wir sind geeint mit ihnen. In Leben und Tod. Mögen sie in Frieden ruhen. Und wir sagen: Amen.

Meine Damen und Herren, wer te Gäste, ich wurde im September 1939 in Jerusalem geboren. Als sich die Tore der Todeslager öffneten, wurden ich und meine Freunde gerade eingeschult. Wir wussten wenig über das Ausmaß der

Gräuel. Nach und nach begegneten wir Überlebenden und hörten ihre Zeugnisse. Bei ihnen sahen wir zum ersten Mal die Nummer auf dem Unterarm. Anfangs meinten wir, dass diese Menschen umnachtet wären. Aber langsam begriffen wir, dass nicht diese Menschen den Verstand verloren hatten, sondern die Welt aus den Angeln geraten war.

Am 19. August 1965 demonstrierte ich gegen die Ankunft des ersten deutschen Botschafters, Pauls, in Israel. Zuvor hatte ich auch zu den Demonstranten gegen das Wiedergutmachungsabkommen zwischen Israel und Deutschland gehört. Ich hatte damals demonstriert gegen etwas, was ich für Defätismus hielt und was mir vorkam, als würde man versuchen, die Gräuel zu vertuschen.

Heute stehe ich hier vor ihnen. Heute stehe ich zusammen mit ihnen hier. Deutschland hat sich das Vergeben der Juden nicht erkaufte. Die Gelder, die Zahlungen, haben dem jungen Staat Israel Leben gegeben. Tatsächlich war es die Übernahme der Verantwortung Deutschlands für die jüdische Schoa und die öffentliche, die beständige und andauernde Auseinandersetzung Deutschlands mit seinen Verbrechen, die es möglich

gemacht haben und es auch heute ermöglichen, ein neues Kapitel in unseren Beziehungen aufzuschlagen. Israel und Deutschland gehen heute gemeinsam. Zusammen beschreiten sie mutig den Weg durch das Spannungsgewebe von Vergangenheit und Zukunft. Von Verpflichtung gegenüber dem Erinnern und niemals Vergessen und ihrer Verpflichtung gegenüber der Zukunft, die uns vorgibt, den Blick nach vorn zu richten und auf der Grundlage gemeinsamer Werte und Interessen zusammen zu arbeiten.

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs baute insbesondere Westeuropa ein neues Europa. Ein Europa, das der gesamten Welt einen Horizont offener Grenzen, der Kooperation, der Menschen- und Bürgerrechte zeichnet. Auschwitz war das Warnzeichen, das im Herzen des in der Folgezeit entstehenden Projekts der Europäischen Union stand. Die Architekten der Europäischen Union hatten die Verpflichtung vor Augen, eine Wiederholung der Schoa zu verhindern. Rassismus, Nationalismus und Kriegstreiben sollten sich nicht wiederholen.

Im Laufe von Jahren – nach tiefergründiger Auseinandersetzung mit der Zerstörung, die Nazi-Deutschland über das jüdische Volk, über Europa, über die gesamte Menschheit gebracht hatte –, ging ausgerechnet Deutschland als führende Kraft eines neuen, eines geeinten Europas hervor. Derselbe Staat, der die freie Welt in Angst und Schrecken versetzt hatte, wird nun zum Leuchtturm von Demokratie und Liberalismus, von Verantwort-

ung und Zurückhaltung.

Sie, verehrte Bundeskanzlerin, werden oft die „treibende Kraft der freien Welt“ genannt. Die Verantwortung, die auf den Schultern Deutschlands lastet, ist schwerwiegend. Sie ist insbesondere deshalb so gewichtig, weil Europa, wie andere Teile der Welt, ihr Antlitz verändern. Europa wird heute wieder von den Geistern der Vergangenheit heimgesucht:

Überlegenheitsgefühle, nationalistische Reinheitsbestrebungen, Fremdenhass. Ein hässlicher, harscher Antisemitismus schwebt über Europa. Von rechts bis zur extremen Linken. Und dringt ins Herz der europäischen Führung.

Nun muss ich gleich klarstellen: Wir befinden uns nicht in den 30er Jahren. Wir befinden uns nicht an der Schwelle einer zweiten Schoa. Wir sind dem nicht einmal nahe. Dennoch dürfen wir die Anfänge von alt-neuem Antisemitismus, von Rassismus und Fremdenhass nicht unbeachtet lassen – insbesondere der Jude, der Muslim, der Fremde werden gehasst. All das hebt erneut sein Haupt.

Ich bin mir bewusst, dass ein Teil der Angriffe auf Juden von Muslimen stammen, und ich will das keineswegs unterschätzen. Und doch ist es kein Zufall, dass am letzten Jom Kippur ein Angehöriger der extremen Rechten einen Anschlag auf die jüdische Synagoge in Halle zu verüben suchte. Und als er keinen Erfolg hatte, ging er in ein muslimisch geführ-

Fortsetzung auf nächster Seite

tes Geschäft. Herr Bundespräsident Steinmeier, wir wissen es sehr zu schätzen, dass Sie am Tag nach dem Anschlag den Ort besuchten. Richtig, Juden sind das Angriffsziel von nationalistisch-rassistischen Bewegungen auf allen Kontinenten. Manchmal verbergen Parteien mit antisemitischen Wurzeln ihren Judenhass und tun nur ihrem Hass gegenüber Muslimen öffentlich kund.

Ich und das Volk in Israel, wir wissen die Anstrengungen zutiefst zu schätzen, die deutsche Regierungen seit Adenauer unternehmen, um Antisemitismus und Rassismus einzudämmen. Über Generationen hinweg haben deutsche Regierungen und auch die Regierung unter Ihnen, werter Herr Bundespräsident und werter Bundeskanzlerin, sich beispiellos um das Erinnern und für die Bekämpfung der Negierung des Holocaust und um die Erziehung kommender Generationen bemüht.

An dieser Stelle möchte ich auch Ihnen, Herr Präsident des Bundestages und der Bundesregierung für die Unterstützung bei der seit fünf Jahren betriebenen Sanierung der jüdischen Friedhöfe in Osteuropa danken. Wir begrüßen dieses konsequente Engagement. Aber gleichzeitig teilen wir ihre Sorge über die Kluft zwischen diesem Engagement und der Hartnäckigkeit eines tiefsitzenden, kaum vorstellbaren, chronischen Antisemitismus. In den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg hatte ich gemeint, dass das Entsetzen über das Ausmaß der Schrecken, das die abgrundtiefe Zerstörung, genügt, um Antisemitismus auszumerzen und die Menschheit zur Einsicht zu bringen, denn sie hatte ja gesehen, wohin Hass führt. Heute begreife ich leider, dass dies nicht der Fall ist.

Auch ich als Angehöriger des jüdischen Volkes besitze kein Patentrecht zur Beseitigung des Antisemitismus. Und dennoch stehe ich hier, um Ihnen zu sagen, dass der Staat Israel und Deutschland wahre Partner in diesem unerlässlichen, wertebestimmten – vielleicht nie endenden – Kampf gegen Antisemitismus und Fremdenhass sind, der zur Vernichtung der Menschheit geführt hat – Dinge, die sich hier vor 75 Jahren zugezogen haben.

Das jüdische Volk ist ein Volk, das sich erinnert. Wir erinnern uns nicht aus einem Gefühl der Überheblichkeit heraus, auch nicht, weil wir uns im Erinnern an diese Schrecken gefallen oder selbstgerecht wären. Wir erinnern uns, weil wir verstanden haben, dass sich die Geschichte ohne Erinnern wiederholt. Nicht nur Juden, sondern mit ihnen auch Roma, Sinti, Polen und Zigtausende andere

Menschen sind in den Krematorien von Auschwitz verbrannt worden. Menschenwürde, Freiheit, menschliche Solidarität – all dies ist in den Krematorien von Auschwitz verbrannt worden. Die zentrale, so verstörende Lehre aus der Schoa besagt: So etwas wie die Schoa ist möglich.

Wir sind voller Hochschätzung für die Anstrengungen Deutschlands und für die Rolle, die Deutschland international im Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus spielt. Gleichzeitig wissen wir heute alle, dass dies nicht ein Kampf ist, den man nicht mit einem Schlag ein für alle Male gewinnen wird. Dies ist vielmehr ein Kampf, den Generation um Generation, Tag für Tag, hartnäckig weiter führen muss, um die Umtriebe, wo immer sie aufkommen, auszumergen. Wir dürfen nicht nachlassen. Deutschland darf hier nicht versagen.

Deutschland, das Land, in dem die „Endlösung“ erdacht wurde, hat die Verantwortung übernommen für den Schutz national-liberaler Werte, die vom Populismus beeinträchtigt werden. Wenn Deutschland in seinem Versuch scheitert, Wächter an der Türschwelle zu sein, dann könnte dieser Kampf allorts zum Scheitern verurteilt sein. Wenn dort, wo der jüdische Holocaust geboren wurde, Juden nicht frei leben können, werden Juden nirgendwo in Europa angstfrei leben können.

Ich wende mich an Sie, werter Abgeordnete, unsere Freunde: Europa und die ganze Welt richten ihren Blick auf Deutschland. Die Verantwortung obliegt ihnen. Ich sage das nicht, weil ich Moral predigen möchte, sondern weil ich die Sorge teile, aus Respekt und Hochschätzung für die Anstrengungen, die Sie unternehmen.

Ich weiß, dass Sie viele Herausforderungen zu meistern haben. Zusammen mit seinen Bündnispartnern kommt Deutschland in der Europäischen Union eine führende Rolle zu. International haben Sie eine führende Rolle in der Konfrontation mit dem Klimawandel und im Umgang mit Flüchtlingskrise und internationaler Migration. Ich glaube und wünsche mir, dass die Bürger Deutschlands und ihre Regierung auch in den kommenden Jahrzehnten Hass und Hetze bekämpfen werden und ein Beispiel für eine historische Verpflichtung geben werden. Dass Sie Verantwortung, Zurückhaltung und Toleranz vor Augen haben werden.

Ich möchte die Regierung in Deutschland bestärken in ihrer Couragiertheit, in ihrem Beharren auf einer klaren, unmissverständlichen Stimme. Wir können Antisemitismus und Fremdenhass zwar

nicht einfach so verschwinden lassen, doch werden wir es niemals zulassen, dass sie wieder die Oberhand bekommen.

Sehr geehrte Damen und Herren, zwischen uns gibt es auch Differenzen. Tiefgehende Meinungsverschiedenheiten unter wahren Freunden. Dies gilt für den Versuch, zum Einvernehmen mit dem Regime im Iran zu gelangen. Ich weiß, dass einige der Meinungen sind, dass wir zwischen der iranischen Rhetorik und ihrer tatsächlichen Politik unterscheiden sollten. Doch, ausgerechnet an diesem Tag, möchte ich Ihnen sagen, dass wir nicht das Privileg haben, wegzuschauen. Weder im Hinblick auf die Politik, noch im Hinblick auf die Rhetorik des iranischen Regimes.

Wir alle wissen nur zu gut, wie gefährlich eine zu Hass erziehende Rhetorik, eine zur Vernichtung Israels aufrufende Rhetorik ist. Wir alle wissen, wie mächtig sie sein kann. Wir führen keinen Krieg

mit dem iranischen Volk. Im Gegenteil. Zwischen den Völkern bestehen warme, bedeutungsvolle Beziehungen. In Israel lebt eine große Gemeinschaft iranischstämmiger Juden. Eine Gemeinde, die stolz auf ihr Erbe und ihre Kultur ist. Doch leider ist die Bedrohung, die das Regime im Iran heute darstellt, keine theoretische Frage. Für uns ist sie eine existentielle Frage. Nicht wir haben dies so definiert. Sondern das iranische Regime, das die Vernichtung der Existenz Israels mit Nachdruck anstrebt und deklariert, dass unsere Vernichtung für sie ein politisches, außenpolitisches Ziel darstellt.

Wir befinden uns nicht im Jahr 1938. Und dennoch werden wir unsere Augen nicht schließen, wenn der Iran Terrororganisationen an unseren Grenzen hunderte Flugzeuge und Lkws voller Kampfstoffe zukommen lässt, darunter exakte Raketen, die ein Ziel haben: Sie sollen Tel Aviv, Jerusalem und andere israelische Städte treffen.

Ich begrüße den Aufruf dieses Hauses, nicht zu differenzieren zwischen dem politischen und militärischen Arm der Hisbollah, auch den politischen Arm als Terrororganisation einzustufen und die Hisbollah für illegal zu erklären. Ich rufe die Bundesregierung auf, diesen längst überfälligen Aufruf zu verabschieden. Der Staat Israel kann sich verteidigen gegenüber dem iranischen Regime und seinen Handlangern. Wir werden nicht zögern, dies auch zu tun. Und dennoch bin ich der Meinung, dass ein Regime, das die Vernichtung eines anderen Staates

anstrebt, ob in Worten oder Taten, dass ein Regime, das seine politische Vision über Terror, Hass, Tod und Vernichtung, mit der Ermordung von Unschuldigen überall auf der Welt realisiert, dass ein solches Regime eine Gefahr für den Frieden auf der ganzen Welt darstellt. Gegenüber einer solchen politischen Vision, gegenüber einem solchen Regime, gibt es nur eine Möglichkeit. Wir müssen es isolieren, es ausstoßen, bis seine mörderischen Bestrebungen bezwungen sind.

Die Konflikte im Nahen Osten scheinen oft besonders komplex zu sein. Der israelisch-palästinensische Konflikt ist längst zu einer langjährigen Tragödie geworden. Doch bin ich überzeugt, dass auch er sich wie andere Konflikte auf der Welt lösen lässt. Gestern Abend sahen wir in Washington Momente, die große Hoffnung wecken können. Nach langjährigem Stillstand des Friedensprozesses hat Präsident Trump einen Plan vorgestellt, der es beiden Völkern ermöglichen könnte, die Gesprächskanäle wieder aufzunehmen und sich voran bewegen könnten in Richtung gemeinsamer Zukunft. Dies wird nicht einfach sein. Beide Seiten müssen den Plan tiefgründig studieren. Dies ist ein Plan der tiefe, schwierige und komplexe Zugeständnisse von beiden Seiten verlangt. Aber wir dürfen nicht aufgeben. Denn wer aufgibt, verzichtet auf eine Möglichkeit und ich weigere mich, darauf zu verzichten. Die Grundlage jeder Lösung muss ein tiefgründiges Schätzen von Menschenleben sein und der Glaube, dass auch auf der anderen Seite Menschen leben, die wie wir leben wollen. Jede Seite hat ihre Wahrheit, ihre Ängste und ihre Hoffnungen. Trotz Schwierigkeiten müssen wir nach Lösungen suchen, die Sicherheit und Stabilität bringen, um Wachstum und Wohlstand für beide Seiten zu ermöglichen. Ich habe Hoffnung, dass dieser Plan unter Berücksichtigung dieser Grundprinzipien umgesetzt wird und zu einer besseren Realität für uns alle führen wird.

Die Stärke des Staates Israel macht uns in den Augen vieler zu Goliath und die Palästinenser zu David. Wir sind nicht David. Und sie nicht Goliath. Wir sind nicht Goliath und sie nicht David. Im Laufe der Jahre war Israels Stärke und Macht Israels der Schlüssel und nicht das Hindernis zum Frieden. So verhielt es sich mit Ägypten und auch mit Jordanien. Richtig, die Beziehung zwischen Israel und den Palästinensern sind nicht symmetrisch, aber unser Vermö-

gen, eine politische und friedenspolitische Lösung zu finden, hängt vom Vermögen beider Seiten ab, einander gegenseitig zu vertrauen. Wir müssen gegenseitiges Vertrauen schaffen. Die Zukunft des Nahen Ostens und die Integration Israels in diese Region hängen von der Schaffung dieses Vertrauens ab. Ich danke der Bundesregierung, die sich ernsthaft der israelischen Sicherheit verpflichtet hat und gleichzeitig um die Bildung von gegenseitigem Vertrauen bemüht ist.

Zusammen mit mir befinden sich die Familien Goldin und Schaul hier. Vor 5,5 Jahren wurden im Verlauf der militärischen Operation Protective Edge die israelischen Soldaten Hadar Goldin und Oron Schaul getötet. Ihre sterblichen Überreste werden von Hamas zurückgehalten. Wir bitten Deutschland und die gesamte internationale Gemeinschaft abermals um Hilfe bei der Rückführung unserer Söhne und Staatsbürger, die völkerrechts- und moralwidrig festgehalten werden. Hadar ist der Enkel von Holocaust-Überlebenden, Angehöriger der dritten Generation. Während seines Besuchs zusammen mit anderen Gymnasiasten im Vernichtungslager Auschwitz schrieb Hadar einen Brief an seine Familie. Er schrieb Folgendes: „Ich werde jetzt den Waggon verlassen so wie viele Juden wie ich, die einst ihren letzten Weg gingen. Ich gehe von hier auf dem Weg, den man mir gewiesen hat, um aus der Asche zu wachsen.“ Das waren seine Worte.

Das Volk Israel hat sich aus der Asche erhoben und einen jüdischen und demokratischen Staat gegründet. Demokratisch und jüdisch. In einem Atemzug. Im Namen des Volkes in Israel danke ich Bundespräsident Steinmeier, den Abgeordneten und Präsidenten des Bundestages, über Generationen hinweg, ich danke Ihnen für die Freundschaft und die wahre Partnerschaft. Ich bete, dass wir weiter mutig in die Vergangenheit schauen können, uns ihrer erinnern, aus ihr lernen und gemeinsam einen Weg in eine Zukunft der Toleranz, Freiheit und des Wachstums gehen werden. Möge die Erinnerung unser Brüder und Schwestern, Opfer des Schoa, und der Kämpfer im Kampf gegen die Nazis, unter ihnen die Gerechten unter den Völkern, für immer in unser Herz eingemeißelt sein. Seien sie mir gesegnet.

(Beifall)

Dies ist eine vom Sprachendienst des Deutschen Bundestages erstellte Übersetzung der Rede aus dem Hebräischen.

Wir dürfen nicht aufgeben. Wir dürfen nicht nachlassen. Deutschland darf nicht versagen.

Regierungserklärung und Debatte zum Jahreswirtschaftsbericht 2020 /143. Sitzung des 19. Deutschen Bundestages am 30. Januar 2020

Peter Altmaier, CDU, Bundesminister für Wirtschaft und Energie:

Wir erwarten 2020 ein Wachstum von 1,1 Prozent



Peter Altmaier (*1958)
Bundesminister

Die Bundesregierung, vertreten durch die Bundeskanzlerin, den Vizekanzler und die sie tragenden Fraktionen und Parteien, hat heute Nacht vereinbart, dass – erstmals überhaupt – die Abschreibung digitaler Wirtschaftsgüter erleichtert werden soll, um auf diese Art und Weise die Transformation im digitalen Bereich, den Übergang zur Industrie 4.0, und die künstliche Intelligenz zu fördern. Das ist ein wichtiger Schritt, der dazu beitragen kann, eine neue Innovationsdynamik auszulösen.

Wir haben gleichzeitig beschlossen, dass wir bis zum nächsten Treffen eine Lösung erarbeiten wollen, wie Personengesellschaften bei der Besteuerung mit Kapitalgesellschaften gleichgestellt werden können. Auch das ist ein wichtiges Zeichen insbesondere an mittelständische Unternehmen, dass wir ihre Arbeitsbedingungen, dass wir ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken wollen.

Wir haben schließlich drittens – aber nicht als Letztes – auch vor dem Hintergrund des Transformationsprozesses in der Automobilindustrie bei den Zulieferern, die mittelständisch geprägt sind, beschlossen, dass wir diesen Transformationsprozess durch kluge Regelungen bei der Qualifizierung und durch Verbesserungen beim Kurzarbeitergeld unterstützen.

Das zeigt: Wir lassen die Betroffenen nicht im Stich. Dass es möglich war, in der Koalition gemeinsam diese Entscheidungen zu treffen, zeigt, dass die Wirtschaftspolitik für diese Koalition wichtig ist. Dafür bedanke ich mich als zuständiger Minister ganz herzlich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit diesem Jahres-

wirtschaftsbericht ist es amtlich: Deutschland befindet sich seit nunmehr über zehn Jahren ununterbrochen in einem wirtschaftlichen Aufschwung. Es ist der längste Aufschwung seit der Wiedervereinigung und darüber hinaus der längste Aufschwung seit 1966, also seit mehr als einem halben Jahrhundert. In dieser Zeit sind der Wohlstand und die wirtschaftliche Stärke unseres Landes gewachsen, Löhne und Renten sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen, die öffentlichen Finanzen wurden konsolidiert. Die Spielräume für Zukunftsinvestitionen in Bildung, in Forschung, in Gesundheit, in Umwelt- und in Klimaschutz sind gleichwohl deutlich gewachsen.

Kaum ein anderes großes Land in Europa kann auf eine ähnliche Erfolgsgeschichte zurückschauen.

Dass dieser Erfolg möglich war und ist, verdanken wir den hart arbeitenden Beschäftigten in über 45 Millionen Beschäftigungsverhältnissen. Wir verdanken es Millionen von Unternehmerinnen und Unternehmern, Selbstständigen, Handwerkern, Mittelständlern, Hidden Champions, die trotz mancher Hindernisse und trotz mancher Probleme mit Bürokratie diese beispiellose Erfolgsgeschichte ermöglicht haben und immer noch ermöglichen. Dafür ein herzliches Dankeschön im Namen der Bundesregierung und hoffentlich auch im Namen des gesamten Hauses!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die deutsche Wirtschaft ist auch im letzten Jahr gewachsen, sonst wären wir ja nicht im Aufschwung geblieben. Sie ist um 0,6 Prozent gewachsen, also etwas stärker als erwartet, aber – das ist auch unsere Auffassung – nicht stark genug. Wir haben es mit einer teilweise gespaltenen konjunkturellen Entwicklung zu tun: In der Binnennachfrage, im Baugewerbe, bei vielen Handwerksbetrieben, bei den Dienstleistungen gibt es nach wie vor eindrucksvolle Wachstumswahlen, bei der exportorientierten Industrie dagegen haben wir zum Teil

große Probleme. Deshalb ist es wichtig, dass die wirtschaftliche Entwicklung wieder Fahrt aufnimmt. Wir erwarten ein Wirtschaftswachstum von 1,1 Prozent im laufenden Jahr und 1,3 Prozent im nächsten Jahr. Damit liegen wir auf einer Linie mit den Wirtschaftsforschungsinstituten; wir liegen, was die Prognose für 2021 angeht, sogar am unteren Rand.

Wir haben also eine große Chance, dass die wirtschaftliche Dynamik wieder an Fahrt gewinnt und dass die Phase des eher niedrigen Wachstums überwunden werden kann. Das ist die Botschaft an all diejenigen, die überlegen, ob sie in Ausrüstung investieren

Die deutsche Wirtschaft ist auch im letzten Jahr gewachsen.

sollen, die überlegen, ob sie neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einstellen sollen, weil ihre Auftragsbücher immer noch voll sind. Den Pessimisten und den Schlehtrednern, von denen es auch in diesem Haus eine ganze Reihe gibt, die im letzten Jahr bei jeder Debatte die Rezession an die Wand gemalt und so getan haben, als sei die gesamte deutsche Wirtschaft vom Scheitern bedroht, möchte ich sagen: Sie haben damit den Interessen unseres Landes geschadet. Wir sollten unsere Stärken herausstellen und nicht unser Licht unter den Scheffel stellen.

Gleichwohl hat jeder Jahreswirtschaftsbericht die Aufgabe, nicht nur Erfolge zu benennen, sondern ebenso auch Herausforderungen, Defizite und Handlungsoptionen, und zwar für die Zukunft; denn Wirtschaftswachstum ist auf Dauer nicht selbstverständlich. Die Claims für die internationale Wettbewerbsfähigkeit werden jeden Tag und jeden Monat und jedes Jahr neu abgesteckt. Deshalb müssen wir uns um die Unternehmen kümmern, denen es nicht gleichermaßen gut geht; deshalb müssen wir uns um die Branchen und um die Transformationsprozesse kümmern, in denen wir weltweit mit anderen konkurrieren, mit Ländern in Asien, in Amerika und auch anderswo in Europa. Deshalb, meine sehr ver-

ehrten Damen und Herren, brauchen wir eine Antwort auf die Transformationsprozesse und auf den Klimawandel.

Wir haben ein Paket zum Klimaschutz verabredet, das eindrucksvoll ist und das es ermöglicht, unsere Klimaziele 2030 einzuhalten. Wir bekennen uns zur Klimaneutralität. Dieses Anliegen ist uns ernst. Aber gerade weil es uns ernst ist – das sage ich als Wirtschaftsminister –, dürfen wir nicht auf dem Standpunkt stehen, dass uns die wirtschaftlichen Folgen egal sind. Ich bin überzeugt, dass die Industrie, die in Europa Stahl produziert, die in Europa Güter produziert, weniger CO₂ pro Tonne emittiert als auf irgendeinem anderen Kontinent weltweit. Ich bin überzeugt, dass wir unsere Klima- und Energiepolitik nur dann weltweit vertreten und populär machen können, wenn wir nachweisen, dass Umwelt und Wohlstand kein Gegensatz sind, wenn wir deutlich machen können, dass wir die Wettbewerbsfähigkeit erhalten. Deshalb muss neben dem Klimawandel auch dieser Aspekt in den Vordergrund gestellt werden.

Wir haben beim Kohleausstieg, den wir gestern im Kabinett als Gesetzentwurf beschlossen haben, ein klares Signal für Klimaschutz gesetzt, aber mit dem parallelen Strukturstärkungsgesetz Kohlere- gionen auch deutlich gemacht: Wir lassen die Regionen nicht im Stich. Wir lassen das Mitteldeutsche Revier, die Lausitz und das Rheinische Revier nicht im Stich.

Wir wollen dafür sorgen – übrigens erstmals in der Geschichte des Strukturwandels in unserer Industrie, anders als bei früheren Gelegenheiten in den 60er- und 70er-Jahren –, dass mit öffentlichem Geld, mit bis zu 40 Milliarden Euro, private Investitionen ermöglicht, Infrastrukturen geschaffen werden und neue Arbeitsplätze entstehen. Wir haben das Ziel, dass wir in allen drei Revieren, um die es geht, in denen wir Braunkohlekraftwerke stilllegen werden, soweit es hinsichtlich der Energieversorgungssicherheit vertretbar ist, kontinuierlich daran arbeiten, dass am Ende des Transformationsprozesses in all diesen Revieren mehr und gute Arbeitsplätze bestehen und entstehen, als es heute der Fall ist. Diese Regionen müssen zu Gewinnern des Strukturwandels werden. Deshalb ist es eine gesamtstaatliche Aufgabe, ih-

nen zu helfen.

Wir haben gleichzeitig das ehrgeizige Projekt der Energiewende. Wir haben uns vorgenommen, 80 Prozent unserer Elektrizität bis 2050 aus erneuerbaren Quellen zu produzieren. Das ist wichtig für Nachhaltigkeit. Aber das wird nur gelingen, wenn wir uns genauso intensiv, wie wir uns um Windräder und um Photovoltaik kümmern, auch um die Akzeptanz kümmern und darum, dass die Leitungen fertig werden und der Strom bezahlbar wird.

Das bringt mich zu dem dritten großen Punkt, der mir als Wirtschaftsminister wichtig ist. Es geht um die Rahmenbedingungen für Wachstum. Wenn sich ein mittelständischer Unternehmer überlegt, ob er noch einmal 20 Millionen oder 30 Millionen Euro in die Hand nimmt, um für die nächsten Jahrzehnte zu investieren und sein Unternehmen zukunftsfähig zu machen, dann wird er es nur tun, wenn er an die Verlässlichkeit der Rahmenbedingungen glaubt, wenn er überzeugt ist, dass der Staat ihm nicht das, was er damit erwirtschaftet, durch höhere Steuern und höhere Energiekosten und mehr Bürokratie versauert und wieder wegnimmt und er am Ende umsonst gearbeitet und investiert hat. Das ist der Grund für die Zurückhaltung bei den Ausrüstungsinvestitionen in den letzten Jahren. Das ist ein Grund dafür, warum viele die Frage stellen: Wie könnt ihr uns denn garantieren, dass diese Rahmenbedingungen gleich bleiben?

Meine Damen und Herren, das, was wir gestern vereinbart haben als Absicht für die Unternehmen, für die Personengesellschaften, das, was wir als ersten Schritt für die Abschaffung des Soli beschlossen haben, sind deutliche Zeichen dafür, dass wir die Belastungsgrenzen erkennen.

Im Jahreswirtschaftsbericht – dafür bedanke ich mich, liebe Frau Hagedorn, auch beim Finanzministerium ganz herzlich – haben wir den Satz verankert, dass wir den Soli abschaffen wollen. Ich hätte mir gewünscht, dass wir über den ersten Schritt hinaus auch weitere Termine bereits im Gesetz verankert hätten. Aber wir haben ja noch einige Monate Zeit bis zur nächsten Bundestagswahl. Ich vertraue darauf, dass wir gemeinsam diese Pla-

Wir haben ein Paket zum Klimaschutz verabredet, das eindrucksvoll ist.

Fortsetzung auf nächster Seite

nungssicherheit herstellen.

Wir haben uns als Koalition darauf verständigt, dass die Sozialabgaben nicht über 40 Prozent steigen sollen. Wir haben diese Zusage bislang eingehalten, weil wir Anstiege im Bereich der Pflegeversicherung durch zweimalige Senkungen im Bereich der Arbeitslosenversicherung kompensiert haben. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist das eine, dass wir das von Koalitionsbildung zu Koalitionsbildung wiederholen. Das andere ist, dass wir es in der Praxis erreichen. Wir haben gesehen, wie segensreich es war, vor über zehn Jahren eine Schuldenbremse im Grundgesetz zu verankern. Ich habe in meiner Mittelstandsstrategie für mein Ministerium den Vorschlag gemacht, dass wir auch über eine Sozialabgabenbremse im Grundgesetz nachdenken. Das ist noch nicht die Meinung der Regierung insgesamt. Aber ich bin durch die Reaktionen, die darauf entstehen, sehr ermutigt.

Ich habe das Thema Energie, die

Bezahlbarkeit von Strom, angesprochen. Ich bin davon überzeugt, dass wir die sichere Verfügbarkeit von Strom gewährleisten können. Wir wollen aber auch erreichen, dass Strom bezahlbar wird. Heute ist der Haushaltsstrom bei uns der teuerste in ganz Europa, und der Strom für die nichtprivilegierten Industrieunternehmen ist der zweit- teuerste in ganz Europa. Deshalb muss es unser gemeinsames Ziel sein, dass wir in den nächsten Jahren dem Durchschnitt der europäischen Strompreise wieder näherkommen. Es muss unser Ziel sein, dass trotz des weiteren Ausbaus der Energiewende die Strompreise wieder sinken.

Wir haben im Rahmen des Klimapakets beschlossen, dass wir die zusätzlichen Einnahmen durch den höheren Emissionsausgabepreis ab dem nächsten Jahr

komplett für die Senkung der EEG-Umlage verwenden werden. Das wird die stärkste Senkung der EEG-Umlage seit 20 Jahren, seit wir sie eingeführt haben. Das ist für mich aber nur ein erster Schritt. Wir haben im Kohleausstiegsgesetz die Rechtsgrundlage dafür geschaffen, dass wir, der Finanzminister, die Umweltministerin und der Wirtschaftsminister,

bei der Strompreiskompensation und bei den Netzentgelten auf Preisanstiege gemeinsam reagieren können. Das ist Mittelstandspolitik. Wir müssen diese Mittelstandspolitik trotz aller Fähigkeiten, trotz aller Versuche gemeinsam verteidigen.

Ich habe festgestellt, dass die Akzeptanz wirtschaftlichen Erfolges, dass die Akzeptanz von Unternehmertum in unserer Bevölkerung insgesamt gewachsen ist, weil die Menschen kapieren, dass man

nur das verteilen kann, was man vorher erwirtschaftet hat, und weil sie wollen, dass Deutschland auch weiterhin zu den erfolgreichsten Ländern dieser Welt gehört.

Die Digitalisierung wird uns vor ganz neue Herausforderungen stellen: das automatisierte Fahren, Massenproduktionen mit Losgröße 1, die völlige Umstellung von Produktionsverfahren unter Zuhilfenahme von neuen Technologien. Die Frage ist, ob wir uns zutrauen, diese Transformationsprozesse gemeinsam mit den Unternehmen, gemeinsam mit der Wirtschaft zu gestalten und zu bewältigen.

Wir haben durch eine Förderung von Elektromobilität und durch eine Förderung des Baus von Batteriezellen in Deutschland und in Europa einen wichtigen Anstoß gegeben, dass diese Transformation gelingen kann. Über 70 Unternehmen beteiligen sich derzeit am Aufbau einer Batteriezellproduktion, viele davon in Deutschland. Wir haben mit dem Projekt „Gaia-X“, das eine euro-

päische, verlässliche und souveräne Dateninfrastruktur schaffen soll, dafür gesorgt, dass wir im Bereich der Datenverarbeitung vorankommen und Versäumnisse der Vergangenheit aufholen.

Ich bin überzeugt, dass wir den digitalen Wandel gestalten können, wenn wir den Mut dazu haben. Bertha Benz, die Frau des Erfinders des Automobils, ist kürzlich in einer Biografie mit dem Titel „Mein Traum ist länger als die Nacht“ gewürdigt worden. Das ist die Herausforderung für uns: dass wir uns bei allen Problemen des Alltags trauen, den Blick nach vorne zu richten auf eine Welt, in der Wohlstand und Umweltschutz zunehmen, auf eine Welt, in der Handelsschranken und Protektionismus irgendwann wieder auf dem Rückzug sind, auf eine Welt, in der wir unseren Platz mit Selbstbewusstsein, mit Stolz und gemeinsam mit anderen verteidigen werden. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Tino Chrupalla, AfD:

Wir vermissen die Dialogbereitschaft



Tino Chrupalla (*1975)
Wahlkreis Görlitz

Den Strukturwandel meistern: Unter diesem Motto steht das Jahresgutachten 2019/20 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Es handelt sich hier meiner Meinung nach um ein Gefälligkeitsgutachten für die Bundesregierung. Die sogenannten Wirtschaftsweisen benennen Maßnahmen für Zwecke, die ohnehin bereits feststehen.

Die Botschaft kann man grob zusammenfassen: Alles prima, nur hier und da ein paar Schraubchen nachziehen, zum Beispiel noch mehr Frauen und alte Menschen ins Erwerbsleben drücken, mehr sogenannte Fachkräfte aus dem Ausland holen, auf keinen Fall protektionistisch agieren, auch

wenn der Rest der Welt das mittlerweile tut, und ganz wichtig: alles international koordinieren. Ein grundlegender Kurswechsel wird nicht gefordert, und auch von Weisheit fehlt jede Spur.

In ihrer Rede beim Weltwirtschaftsforum in Davos hat die Bundeskanzlerin hingegen ausnahmsweise Klartext gesprochen. Jetzt wissen wir, was mit Strukturwandel eigentlich gemeint ist – Zitat -: „Transformationen von gigantischem, historischem Ausmaß“. Das waren ihre Worte. Diese Transformationen müssen stattfinden, weil sich „die gesamte Art des Wirtschaftens und des Lebens, wie wir es uns im Industriezeitalter angewöhnt haben“, grundlegend verändern wird. So die Prognose der Kanzlerin. Sie weissagt außerdem, dass wir zu völlig neuen Wertschöpfungsformen kommen werden, und zwar mittels einer zweiten Riesentransformation: der Digitalisierung. Da frage ich mich wirklich: In welcher Glaskugel haben Sie diese Vision erschaut, Frau Merkel? Was, wenn das alles ein Riesenspuk ist, an dem sich große Player eine goldene Nase verdienen, während man einem Großteil der Menschheit die materiellen, sozialen und geistigen Lebensgrundlagen entzieht?

Die Kanzlerin hat erfreulicherweise auch Verständnis dafür, dass

noch nicht alle Menschen in Deutschland davon überzeugt sind oder, wie Herr Altmaier gerade sagte, es noch nicht kapiert haben, dass diese dramatischen Veränderungen wirklich notwendig sind und auch noch mit Steuermitteln finanziert werden müssen. Sie plädierte in ihrer Rede in Davos sogar dafür, dass wir miteinander sprechen und „die Emotionen mit den Fakten versöhnen“. – Das haben Sie schön gesagt, Frau Merkel. Das finde ich auch. Das ist es

ja, was Menschen wie mich in die Politik getrieben hat: Wir vermissen die Dialogbereitschaft auf der Seite derjenigen, die an dieser großen Transformationsidee festhalten und jeden Preis dafür zu zahlen bereit sind, die wie besessen unsere gewohnte Lebensumwelt umkrepeln wollen und gar nicht zu wissen scheinen, was sie dort eigentlich tun.

Ist diese Idee vom großen Strukturwandel, von der gigantischen Transformation der Welt wirklich zu Ende gedacht? Oder ist es wieder nur der alte Traum vom irdischen Paradies, der dieser Politik zugrunde liegt und der wie

jedes dieser Projekte in der Vergangenheit an der Realität scheitern wird?

Auch wir von der AfD finden, dass es Zeit ist, miteinander zu sprechen. Ich bin zu diesem Dialog bereit. Es muss allerdings ein ergebnisoffener Dialog sein. Ich habe ein paar Wirtschaftsexperten an der Hand, Herr Altmaier, die Ihnen nicht nach dem Mund reden, sondern die Ihre Politik kritisch begleiten könnten. Die vermittele ich Ihnen

gerne.
Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Es handelt sich hier um ein Gefälligkeitsgutachten für die Bundesregierung.



Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) stellte den Jahreswirtschaftsbericht am 29. Januar 2020 in der Berliner Bundespressekonferenz vor.

Sören Bartol, SPD:

Die zentrale Herausforderung ist der Strukturwandel



Sören Bartol (*1974)
Wahlkreis Marburg

Die Wirtschaftsaussichten sind besser als gedacht. Die Arbeitslosenquote bleibt voraussichtlich stabil. Die Zahl der Beschäftigten wird sogar weiter steigen, auf 45,5 Millionen. Das sind gute Aussichten. Das ist ein Ergebnis unserer guten Arbeit. Aber darauf ruhen wir uns nicht aus.

Die zentrale Herausforderung, vor der die deutsche Wirtschaft und unsere Gesellschaft stehen, ist der Strukturwandel. Das heißt, es

geht um den Zusammenhang von Wirtschaft, Arbeit und der sozialen Frage. Wir wollen die globale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands langfristig sichern. Aber das muss gerecht geschehen und alle Teile der Bevölkerung mitnehmen. Es geht um Sicherheit im Wandel. Dieser Satz wurde häufig strapaziert. Aber ich halte ihn für gültiger denn je.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt enorme Unsicherheiten und Wachstumsrisiken: globale Handelskonflikte, drohende Kriege, ein wachsender Protektionismus und der Fachkräftemangel. Hinzu kommen die Herausforderungen der Klimakrise und der Digitalisierung. Wir haben selten in Deutschland vor einer so dynamischen und tiefgreifenden Umwälzung von Wertschöpfungsketten, Geschäftsmodellen und ganzen Unternehmen gestanden. Diese Herausforderungen müssen wir vernünftig angehen. Das heißt, nicht Einzelinteressen dürfen im Vordergrund stehen; wir haben das Ganze, das Gemeinwohl im

Blick. Am Ende halten Wirtschaft und Arbeit die Gesellschaft zusammen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für dieses Ziel hat die Koalition die richtigen Weichen gestellt. Der Haushalt 2020 und das Klimapaket 2030 setzen die richtigen Impulse für Investitionen und Innovationen. Wir werden das Beschlossene umsetzen, so die Konjunktur stabilisieren, Unternehmen und Bürgern Verlässlichkeit geben und das Innovationspotenzial dieses Landes heben. Dabei machen wir aber auch nicht den Fehler, immer nur akut auf Herausforderungen zu reagieren. Wir gestalten den Wandel aktiv.

Mit dem Strukturstärkungsgesetz für die Kohlereviere und der massiven Förderung der Elektromobilität für die Automobilindustrie sind wir auf einem guten Weg.

Wir investieren in Innovationen. Aber es braucht noch mehr. Ein wichtiges Signal sind die gestrigen Beschlüsse des Koalitionsausschusses. Das Arbeit-von-morgen-Gesetz kommt; Dank auch noch mal an Bundesarbeitsminister Heil.

Damit geht die Koalition die Transformation unserer Wirtschaft konsequent und zielgerichtet an. Das Paket ist eine gute Kombination

Die Zahl der Beschäftigten wird sogar weiter steigen, auf 45,5 Millionen.

aus Sicherheit für die Beschäftigten und Impulsen für den Wirtschaftsstandort. Qualifizierung und Innovation sind die Schlüsselworte der kommenden Jahre. Wir müssen mehr Vertrauen in unsere eigene Gestaltungskraft entwickeln. Aus Angst vor Veränderung entwickeln wir den Mut zur Veränderung; das ist unser Ziel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das alles heißt aber nicht, dass wir kopflos und ohne Plan vorschnell Ideen umsetzen. Wer täglich neue Vorschläge durch die Medien treibt, was Unternehmen alles ändern müssten und was alles zu wenig sei, der verunsichert Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Unsicherheit ist das Gegenteil von einem gesunden Investitionskli-

ma.

Wir sehen in der aktuellen Situation, wie eng Wirtschaft, Arbeit und Soziales zusammenhängen. Um den Strukturwandel zu bewältigen, braucht es Bündnispartner. Das sind die Unternehmen, die Betriebsräte und die Gewerkschaften sowie die Beschäftigten. Das ist für mich die eigentliche Innovationspartnerschaft des kommenden Jahrzehnts.

Auch hier hat die Koalition den richtigen Weg eingeschlagen. Wir haben die Grundlagen dafür gelegt, eine leistungsfähige Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz zu verbinden. Der Jahreswirtschaftsbericht zeigt, dass wir gut gearbeitet haben. Aber er zeigt auch, dass wir uns nicht zurücklehnen können. Wir brauchen weiter einen aktiven, gestaltenden Staat als Partner der Wirtschaft und verlässlichen Anker für die Beschäftigten im Strukturwandel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Jahreswirtschaftsbericht zeigt, dass wir eine gute Wirtschaftspolitik machen. Wir haben solide gearbeitet. Genau das wollen wir auch fortsetzen.

In diesem Sinne: Glück auf!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Michael Theurer, FDP:

Das Bild der deutschen Wirtschaft ist ein gespaltenes



Michael Theurer (*1967)
Landesliste Baden-Württemberg

Das Bild der Wirtschaft in Deutschland ist ein gespaltenes Bild: minus 3,6 Prozent bei der Industrie, minus 10 Prozent bei der Stahlindustrie, in einigen Teilen der Chemieindustrie bis zu minus 30 Prozent. Die Zahl der kurzarbeitenden Betriebe im deutschen Südwesten, in Baden-Württemberg, hat sich in den vergangenen zwölf Monaten verzehnfacht. Das bedeutet große Sor-

gen bei Beschäftigten mittelständischer Unternehmen.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle ist es ja gut und richtig, dass der Jahreswirtschaftsbericht wesentliche Forderungen enthält, die die FDP an dieser Stelle seit vielen Monaten vorträgt und einfordert und die wir heute wieder mit unserem Antrag „Tempo für Deutschland“ hier in den Bundestag einbringen: die vollständige Abschaffung des Soli, eine Unternehmensteuerreform, die andere Länder wie die USA, Großbritannien, Frankreich und selbst Italien bereits angepackt haben, und die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger von unnötiger Bürokratie.

Herr Bundeswirtschaftsminister, Ihre Rede hier hat mir in weiten Teilen sehr gut gefallen.

Aber es heißt ja „Regierungserklärung“, und was Sie nicht geschafft haben, ist, zu erklären, warum die Vorschläge und Forderungen des Jahreswirtschaftsberichtes in der Regierung nicht umgesetzt werden.

Da, meine Damen und Herren, sähen wir Sie sehr gerne, Frau Bundeskanzlerin. Wir fordern, dass Sie mit Ihrer Richtlinienkompetenz einfach die Wirtschaftspolitik, die Wettbewerbsfähigkeit, die Sicherung der Arbeitsplätze und vor allen Dingen auch die besseren Rahmenbedingungen für Handwerker, Selbstständige, kleine und mittlere Betriebe zur Chefsache dieser Regierung machen.

Fehlanzeige beim kompletten Soliausstieg, keine Entlastung durch eine große Steuerreform.

Der Koalitionsausschuss hat hierzu allerdings nicht genug geliefert: Fehlanzeige beim kom-

pletten Soliausstieg, keine Entlastung durch eine große Steuerreform, eine Zustimmung zur Grundrente. Diese ist leistungsfeindlich. Sie folgt nicht dem Bedürftigkeitsprinzip; sie verteilt Wohltaten nach dem Gießkannenprinzip und nicht zielgenau.

Wir sagen: Sie ist nicht eng definiert und nicht generationengerecht.

Wir werben hier an dieser Stelle noch mal für unser Konzept der Basisrente, mit dem wir die Altersarmut zielgenau bekämpfen können, ohne dass Menschen in den Genuss von Sozialleistungen kommen, die sie nicht brauchen. Lassen Sie uns Steuergelder und Beitragsgelder genauer für diejenigen bündeln, die sie wirklich nötig haben: die Bedürftigen, meine Damen und Herren.

Wenn es heißt, es gebe kein Geld für Steuerentlastungen – darüber berichtet die „Börsen-Zeitung“ in ihrer vorgestrigen Ausgabe -: Allein in den Jahren 2008 bis 2019 hat der deutsche Fiskus durch die Niedrigzinspolitik der EZB 436 Milliarden Euro Einsparungen durch niedri-

gere Zinsen erzielt. Das kann man an die Bürgerinnen und Bürger zurückgeben.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. In diesem Jahreswirtschaftsbericht ist eine Chance vertan worden. Kein

Wort zur Wasserstoffstrategie, meine Damen und Herren. EU-Kommissar Timmermans fordert die Bundesregierung auf, hier endlich zu liefern. Seit Monaten fordern wir das hier. Wir brauchen Technologieoffen-

heit, die Brennstoffzellentechnologie. Aber auch synthetische Kraftstoffe können helfen, Arbeitsplätze in Deutschland zu erhalten.

Herr Altmaier, ich weiß nicht, ob Sie das Buch „Das Supermolekül“ – es geht um Wasserstoff – kennen. Ich habe mir gedacht, ich schenke es Ihnen einfach, damit sich neben Ihren vielen Büchern über Bismarck und über die Sozialpolitik der Vergangenheit jetzt auch noch ein Buch über die Technologiepolitik der Zukunft findet.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Auch synthetische Kraftstoffe können helfen, Arbeitsplätze in Deutschland zu erhalten.

Dr. Carsten Linnemann, CDU/CSU:

Wir brauchen Mut zu einem neuen Aufbruch



© Thorsten Schneider/Carsten Linnemann

Carsten Linnemann (*1977)
Wahlkreis Paderborn – Gütersloh III

Wir haben heute den 30. Januar und reden über diesen Jahreswirtschaftsbericht im Lichte einer fragilen konjunkturellen gesamtwirtschaftlichen Lage weltweit. Das zeigen auch die Ergebnisse des Koalitionsausschusses, die wir als Fraktion begrüßen. Ich bedanke mich beim Fraktionsvorsitzenden dafür, dass er wichtige Themen auf die Agenda gegeben hat, dass wir wieder reden über Beschleunigungen und Reformen, über Planungsbeschleunigung, über eine Unternehmensteuerreform.

Mir ist aber auch wichtig, dass das Thema Landwirtschaft – die Landwirtschaftsministerin ist auch anwesend – heute Nacht in den Fokus gerückt ist. Ich finde, das Thema Landwirtschaft wird zu selten durch die wirtschaftliche Brille betrachtet: Es heißt Landwirtschaft; das sind Familienunterneh-

men, das sind Mittelständler, die nachfolgeorientiert denken. Mittlerweile werden Landwirte ja zuweilen als Buhmänner angesehen und verantwortlich gemacht für alles, was auf dem Globus passiert. Das ist mitnichten richtig. Landwirte sind keine Buhmänner, sondern Landwirte sind diejenigen, die den ländlichen Raum stärken. Sie sind das Rückgrat des ländlichen Raums!

Wir haben heute den 30. Januar. Seit 30 Tagen gibt es den Solidaripakt II nicht mehr. Vielleicht ist es ein richtiges Signal, an dieser Stelle einfach mal den Steuerzahlern in Deutschland Danke zu sagen, die 30 Jahre lang diesen Solidaripakt finanziert haben. Außerdem werden wir – der Wirtschaftsminister hat es gesagt – für 90 Prozent der Solizahler den Solidaritätszuschlag komplett abschaffen. Das ist der richtige Schritt. Es ist kein Geheimnis, dass wir gerne weitergehen wollen. Für uns ist die Abschaffung des kompletten Solis keine Frage der Finanzen, sondern eine Frage der Glaubwürdigkeit. Deswegen halten wir an diesem Punkt fest.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir erleben derzeit eine Epochenwende. Wir erleben eine Renationalisierung, zumindest ent-

sprechende Tendenzen weltweit. Morgen Nacht werden die Briten die Europäische Union verlassen. Wir erleben zunehmend einen Wettlauf um neue Zölle. Und seit 30 Tagen ist das Schiedsgericht der WTO nicht mehr funktionsfähig, weil die Amerikaner die Nachbestellung von Richtern blockieren. Mit anderen Worten: Die Welt handelsordnung steht unter Druck. – Ich finde, auch in diesem Zusammenhang sollte die Koalition klar und deutlich für freien Handel werben; denn überall dort, wo Zölle abgebaut wurden, wo nichttarifäre Handelshemmnisse abgebaut wurden, gibt es wirtschaftliche Prosperität weltweit. Deswegen müssen wir für die Werte der sozialen Marktwirtschaft werben, nicht nur in Deutschland, sondern auch global.

In Deutschland haben wir jetzt zehn Jahre Wachstum hinter uns. Das hat es, glaube ich, in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte so noch nicht gegeben. Nachdem, wie ich finde, die Bundesregierung in den Jahren 2008 und 2009 klug gegen die Rezession, die mit minus 6 Prozent tiefgreifend war, gehandelt hat – Kurzarbeitergeld und vieles mehr –, hat sich dieses Land und insbesondere der Mittel-

stand in atemberaubender Geschwindigkeit wieder in die internationale Arbeitsteilung eingeklinkt. Wir haben in den letzten Jahren Wachstum gehabt, zwischen 2014 und 2018 sogar ein Wachstum über der Potenzialrate.

Zur Ehrlichkeit gehört aber auch, dass die EZB dieses Wachstum mit einer Niedrigzinspolitik befeuert. Sie begründet diese Nullzinspolitik – lassen Sie mich das bitte sagen – damit, dass sie mit ihr das Ziel einer Inflationsrate nahe 2 Prozent einhalten kann. Ich halte das auf Dauer für ungesund. Es wird zu Kollateralschäden kommen. Deswegen bin ich dafür, dass wir in Deutschland und auch in Europa eine Debatte über das richtige Inflationsziel bekommen. 2 Prozent halte ich in der heutigen globalisierten und digitalisierten Welt für zu hoch. Die Firmen haben nicht mehr die Möglichkeit, die Preise signifikant zu erhöhen. Deswegen müssen wir wieder zu einer gesunden, zu einer marktwirtschaftlichen EZB-Zinspolitik zurückkommen. Peter Altmaier, der Wirtschaftsminister, hat es gesagt: Wir sind im Jahr 2019 an einer Rezession vorbeigeschrammt. Es gab keine, und es wird vorerst auch keine geben. Das liegt an der Binnenkonjunktur, das liegt an der staatlichen Nachfrage und auch an den Bauinvestitionen. Fakt ist aber auch: Wir haben eine gesplante Wirtschaft: Die Bauindustrie, das Handwerk boomen, und auf der anderen Seite ist die Industrie in einer Rezession, auch befeuert durch demografische Entwicklungen und durch Strukturwandel.

Die Frage ist: Was kann Politik jetzt tun? Dazu stehen viele Punkte im vorliegenden Jahreswirtschaftsbericht. Ich glaube, entscheidend sind nicht in erster Linie Konjunkturprogramme oder neue Förderrichtlinien oder Subventionen, sondern verlässliche Rahmenbedingungen. Die Wirtschaft in Deutschland, der Mittelstand wollen verlässliche Rahmenbedingungen. Hier möchte ich gerne auf drei Punkte eingehen, die auch im Jahreswirtschaftsbericht an prominenter Stelle stehen:

Zum einen geht es um das Thema, auf das wir alle angesprochen werden, wenn wir unterwegs sind: das Thema Fachkräfte. Zum 1. März wird das Fachkräfteeinwanderungsgesetz in Kraft treten. Wir brauchen hier schnelle Verfahren. Wir brauchen eine schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse und – das ist sehr wichtig – schnellere Visaverfahren, also gut ausgestattete Visastellen in den

Botschaften.

Wir brauchen zweitens eine Steuerreform; auch das wurde angesprochen. Der ehemalige Finanzminister Wolfgang Schäuble hat mal gesagt, dass eine Steuerquote von 22 Prozent ausreicht. Mittlerweile sind wir bei 24 Prozent. Ich finde – auch das wurde richtigerweise vom Wirtschaftsminister angesprochen –, dass Deutschland eine Unternehmenssteuerreform braucht. Dieses Land lebt vom Mittelstand. Dieses Land lebt von den Familienunternehmen. Über 80 Prozent sind Personengesellschaften, und die müssen meines Erachtens gleich besteuert werden wie Kapitalgesellschaften, damit wir auch in Zukunft noch einen Mittelstand haben.

Drittens müssen wir die Bürger entlasten; auch dabei bleiben wir. Die kalte Progression ist seit einigen Jahren abgeschafft; aber wir müssen darüber hinaus an den Mittelstandsbauch ran: Es kann nicht sein, dass wir den Bürgern das Geld wegnehmen, sie faktisch in die Bedürftigkeit ziehen, um sie anschließend mit vielen familienpolitischen Programmen da wieder rauszuholen. Das muss direkt passieren. Deswegen ist es nicht gefährlich, über Steuerensenkungen zu reden, sondern es ist gefährlich, über Steuerensenkungen nicht zu reden.

Lassen Sie mich zum Schluss noch Folgendes sagen – auch da unterstütze ich Peter Altmaier ausdrücklich -: Wir brauchen neue Dynamik, wir brauchen Freiräume. Wir müssen ein Land werden, in dem Menschen Risiken eingehen können, in dem Menschen, übrigens Unternehmer wie Politiker, Fehler machen können und aus ihnen lernen. Wir müssen offen sein für gute Ideen, für neue Technologien und eine kluge Regulierung. Deswegen unterstützen wir die Bundesregierung dabei, mehr Experimentierklauseln vorzusehen bzw. zu nutzen; und wenn es funktioniert, dann rollen wir es in Deutschland aus, damit wir ein Land des Ausprobierens werden. Das muss jetzt das Gebot der Stunde sein.

Wir dürfen uns nicht im Kleinklein verlieren, sondern wir brauchen mehr Mut: Mut, dazuzulernen, Mut, auf die Ideen des Mittelstandes und der Wirtschaft zu vertrauen, Mut zu einem neuen Aufbruch.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich finde, das Thema Landwirtschaft wird zu selten durch die wirtschaftliche Brille betrachtet.

Ich halte das auf Dauer für ungesund. Es wird zu Kollateralschäden kommen.



Die Europäische Zentralbank, die ihren Sitz in Frankfurt am Main hat, betreibt seit Jahren eine umstrittene Niedrigzinspolitik.

© picture-alliance/Sven Simon

Klaus Ernst, Die Linke:

Eine Entlastung der unteren Einkommen ist notwendig



Klaus Ernst (*1954)
Landesliste Bayern

Herr Theurer, ich kann es mir nicht verkneifen: Wenn Sie sich hier über die Grundrente aufregen, die die Koalition auf den Weg bringt, würde ich Ihnen mehr Glaubwürdigkeit zubilligen, wenn Sie sich wenigstens einmal auch darüber aufregen würden, dass es Leute gibt, die 4 000 Euro Rente kriegen – nicht im Monat, sondern am Tag, wie der Herr Zetsche. Wenn Sie in Ihren Reden die soziale Ausgewogenheit zumindest ein wenig als Ziel formulieren würden, würden Sie mehr Zustimmung erhalten, auch von den Bürgern in diesem Land.

Meine Damen und Herren, wir reden hier nicht über die Rente, sondern über den Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung. Sie haben positive Aspekte aufgezeigt, Herr Minister. Sie haben auch durchaus Grund dazu. Allerdings ist die prognostizierte Steigerung des Wirtschaftswachstums um 0,5 Prozentpunkte auf 1,1 Prozent im nächsten Jahr im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass wir zwei Tage mehr arbeiten, dass wir zwei Arbeitstage mehr haben. Das ist also weniger eine Leistung des Wirtschaftsministers.

Im Übrigen geht aus Ihrem Bericht hervor, dass insbesondere die Binnennachfrage die Konjunktur stabilisiert – auch richtig –, da insbesondere die steigenden Einkommen der Arbeitnehmer positiv wirken. Auch das ist keine Leistung des Bundeswirtschaftsministers, eher eine Leistung der Gewerkschaften, meine Damen und Herren.

Die staatlichen Brutto-Ausrüstungsinvestitionen stagnierten 2019. Herr Altmaier, Ihre Regie-

rung investiert viel zu wenig. Gewerkschaften und Arbeitgeber fordern in bemerkenswerter Einheit Investitionen von 450 Milliarden Euro für die nächsten zehn Jahre. Gerade um die Klimaziele zu erreichen, sind massive Investitionen zum Beispiel in Bahn, Bildung und neue Technologien notwendig. Doch anstatt eine Investitionsoffensive zu starten, starten Sie eine Initiative zur Steuerentlastung der Unternehmen. Was ist das denn? Haben denn die Unternehmen kein Geld mehr für Investitionen, Herr Altmaier?

Die Fakten: Während im Jahr 2000 noch 35 Prozent der Gewinne netto reinvestiert wurden, ist es im Jahr 2018 nur noch die Hälfte davon, nämlich 16 Prozent. 2001 wurden die Unternehmensteuern deutlich gesenkt. Das Ergebnis waren nicht mehr, sondern permanent weniger Investitionen. Die Quote ist gesunken. Mit Verlaub, Herr Altmaier, Ihr Vorschlag macht überhaupt keinen Sinn.

Richtig wäre es tatsächlich, die mittleren und unteren Einkommen zu entlasten – übrigens nicht, wie Sie gestern im Ausschuss sagten, die Entlastung aller Einkommen, sondern die Entlastung der mittleren und niedrigen Einkommen. Warum? Weil zum Beispiel zwischen 1998 und 2015 die oberen 30 Prozent der Einkommensbezieher schon entlastet wurden, die obersten 10% sogar um 2,3 Prozent – die haben weniger Belastung –, und die unteren 70 Prozent der Einkommensbezieher mehr Steuern zahlten, die untersten 10 Prozent sogar 5,4 Prozent mehr. Also: Wir brauchen wirklich eine Entlastung der unteren Einkommen und nicht Steuerentlastungen mit der Gießkanne, wodurch man reine Mitnahmeeffekte bei den Reichen in diesem Lande erzielt, meine Damen und Herren.

Das reichste Prozent unserer Bevölkerung, also 1 Prozent, besaß 2017 genauso viel wie die ärmeren 75 Prozent unseres Landes. Das ist ein Problem, weil diese Ungleichheit tatsächlich Wachstum hemmt. Das sagen alle Ökonomen.

Im Übrigen: Wichtig wäre auch tatsächlich eine Entschuldung der Kommunen. Warum? Weil die Kommunen nicht mehr das Geld

haben, die Leute einzustellen, die für Planungen notwendig sind, die sie aber brauchen, um die Mittel abzurufen, die ihnen vom Bund zur Verfügung gestellt werden; denn diese werden nicht abgerufen. Ich weiß nicht, warum Sie sich dagegen sperren, Herr Minister. Ich kann es nicht verstehen.

Dagegen lamentieren Sie ständig über Bereiche, die gar nicht in Ihre Zuständigkeit fallen. Manchmal habe ich den Eindruck: Sie haben vielleicht zu viel Zeit. Ehe Sie sich darüber auslassen, dass wir keine Arbeitszeiterfassung bräuchten, ehe Sie die Dokumentation des Mindestlohns zu Ihrem Thema machen, ehe Sie eine Sozialabgabenbremse ins Grundgesetz schreiben wollen, kümmern Sie sich doch bitte einfach um das, wofür Sie zuständig sind, Herr Minister! Dann wären wir vielleicht einen Schritt weiter.

Wofür wären Sie zuständig? Die Windenergiebranche steht kurz vor dem Kollaps. Statt alles dafür

zu tun, dass der Ausbau an Land und offshore wieder vorangeht, verharren Sie in dieser Frage in Untätigkeit. Auf die groß angekündigte Wasserstoffstrategie – da hat die FDP auch mal recht – warten wir seit Wochen vergebens. Was ist mit der Umsetzung Ihrer Industriestrategie? Was ist zum Beispiel mit dem staatlichen Industriefonds, den Sie angekündigt haben? Was passiert da? Ich habe den Eindruck: Da sind Sie viele, viele Antworten schuldig.

Die Autoindustrie wollen Sie bei der Umstellung auf neue Antriebe unterstützen. Toll, dass jetzt auch die Bundesregierung gemerkt hat, dass man elektrisch nur fahren kann, wenn eine Batterie drin ist. Das hat ja ziemlich lange gedauert bei uns in der Republik. Aber sollten die Gelder, die wir dort ausgeben, nicht an etwas gebunden sein? Was ist mit Tarifverträgen? Was ist mit den Arbeitsplätzen in den Betrieben? Warum einfach Geld rüberschicken ohne jede Gegenleistung? Nein, meine Damen und Herren, das ist der falsche Weg.

Zum Schluss: Ein wichtiges Betätigungsfeld für Sie, Herr Altmaier, wäre zum Beispiel, auch mal Vorschläge zu machen, wie wir uns eigentlich gegen die extraterritorialen Sanktionen der USA gegen europäische Unternehmen wehren, die immer unerträglichere Ausmaße annehmen. Es ist nicht

mehr hinnehmbar, meine Damen und Herren, was da passiert. Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn unverhohlen europäische Unternehmen, die sich an Nord Stream 2 beteiligen, bedroht werden und selbst Briefe von amerikanischen Senatoren kriegen, dann ist mal darüber nachzudenken, nicht mit Wattebäuschchen zu werfen, sondern vielleicht auch mit Maßnahmen darauf zu reagieren. Ich schlage Ihnen vor: Machen Sie Strafzölle gegen US-amerikanisches Fracking-Gas; denn dann wissen die auch mal, wo der Hammer hängt.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Was ist zum Beispiel mit dem staatlichen Industriefonds, den Sie angekündigt haben?

Katharina Dröge, Bündnis 90/Die Grünen:

Wir brauchen ein sicheres 5G-Netz



Katharina Dröge (*1984)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Herr Minister Altmaier, Sie haben es eben selbst gesagt: Wenn die Prognosen für das nächste Jahr etwas besser aussehen sollten, dann hat es damit zu tun, dass der harte Brexit hoffentlich abgewendet wird, dann hat es damit zu tun, dass der Handelsstreit zwischen den USA und China vielleicht nicht so schlimm wird, wie man befürchten musste. Mit einem hat es leider nichts zu tun, und das ist Ihre Politik. Denn wenn man sich anschaut, was die strukturellen He-

rausforderungen im Land sind, dann stellt man fest, dass Sie diese nicht angehen. Schlimmer noch: Ihre Politik ist so erratisch, dass sie mittlerweile zum Standortrisiko für dieses Land geworden ist.

Kein Unternehmen kann auf dem Prinzip Chaos Investitionsentscheidungen gründen. Das traurigste Beispiel dafür ist Ihr Umgang mit dem Kohlekompromiss. Er ist nicht nur verantwortungslos mit Blick auf den Klimaschutz. Ihr Umgang ist auch aus demokratischer Sicht ein extrem schwieriges Signal an dieses Land. Da holen Sie

aus allen gesellschaftlichen Gruppen Menschen zusammen und sagen Ihnen: Euer Auftrag ist es, einen Kompromiss mit Blick auf den Kohleausstieg zu verhandeln. – Dann brauchen Sie ewig, um das Ganze zu bewerten, und dann setzen Sie es noch nicht mal um, sondern gehen hinter die Ergeb-

nisse zurück. Das Signal, was Sie damit an die Bürgerinnen und Bürger und auch an die Unternehmen in diesem Land senden, ist vor allen Dingen eines: Auf diesen Minister kann man sich nicht verlassen.

Dasselbe machen Sie mit Ihrer Industriepolitik. Sie haben mit großen Worten eine Industriestrategie angekündigt. Dann haben Sie die nach massivem Widerstand zurückziehen müssen, haben eine neue vorgelegt, und dann sagen Sie, einen Kabinettsbeschluss möchten Sie daraus aber nicht machen. Wir brauchen keinen Minister, der immer nur schöne Papiere schreibt. Wir brauchen einen Minister, der handelt.

Herr Altmaier, Sie selbst haben die Stahlindustrie genannt. Ja, die braucht wirklich einen Minister,

Ihre Politik ist so erratisch, dass sie mittlerweile zum Standortrisiko geworden ist.

Fortsetzung auf nächster Seite

der handelt. Wenn thyssenkrupp oder Salzgitter auf eine klimaneutrale Stahlproduktion umstellen wollen, dann geht das nur, wenn wir einen Minister haben, der die Instrumente entwickelt, um ihnen zu helfen. Von Ihnen habe ich da aber bislang nichts gehört, weder einen Vorschlag für einen funktionierenden Grenzausgleich, um internationale Wettbewerbsfähigkeit

sicherzustellen, noch einen Vorschlag für Instrumente, die helfen könnten, neue Technologien im Markt zu etablieren. Ich kann Sie nur auffordern: Wenn Sie eine zukunftsfähige Stahlproduktion hier in diesem Lande haben wollen, dann müssen Sie handeln!

Bedauerlicherweise habe ich auch nichts von Ihnen dazu gehört, wie wir eine funktionierende

Infrastruktur in diesem Land gewährleisten. Ich sage Ihnen, Herr Minister: In dieser Infrastruktur liegt die entscheidende Frage für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen. Das krassste Beispiel – das haben wir gestern wieder im Ausschuss erlebt – ist das 5G-Netz. Hier schaffen wir die Infrastruktur der Zukunft, und seit Monaten gelingt es der Regierung

nicht, eine gemeinsame Position dazu zu finden, welche Sicherheitsanforderungen wir an das 5G-Netz stellen wollen. Sie streiten miteinander, Sie verzögern. Sie können uns nicht sagen, wie die Sicherheitsanforderungen an bestimmte Unternehmen sind. Darauf können die Unternehmen nicht länger warten. Wir brauchen dieses 5G-Netz für die Infrastruk-

tur der Zukunft. Aber wir brauchen ein sicheres 5G-Netz, und es wäre auch die Aufgabe eines Wirtschaftsministers, hier zu handeln und nicht immer nur Sonntagsreden zu halten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Westphal, SPD:

Die Zukunft hängt davon ab, was wir heute tun



Bernd Westphal (*1960)
Wahlkreis Hildesheim

Der Jahreswirtschaftsbericht 2020 beschreibt sehr ausführlich die aktuelle Situation, aber auch die enormen Herausforderungen, vor denen Deutschland und Europa stehen.

Wir haben vor allem Dank zu sagen den vielen Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, innovativen Unternehmern, Handwerkern und Dienstleistern in diesem Land, die dazu beigetragen haben, dass wir auf so eine positive Bilanz und auf jahrzehntelanges Wirtschaftswachstum zurückblicken können. Dafür ganz herzlichen Dank! Das schafft politischen Spielraum.

Aber auch die Themen, die wir behandeln, sind von einer enormen Tragweite. Es geht darum, die Weichen zu stellen für eine sichere, soziale, aber auch wirtschaftlich erfolgreiche Zukunft in unserem Land. Dass die Politik der Großen Koalition dabei

erfolgreich ist, zeigt die lange Phase des wirtschaftlichen Wachstums. Aber ich sage auch: Der Bericht zeigt, dass gerade die Binnenkaufkraft, die Binnenkonjunktur dazu beigetragen haben. Das hat damit zu tun, dass wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlastet haben und mit den rich-

tigen Rahmenbedingungen dafür sorgen, auch zukünftig Kaufkraft zu erhalten.

Deshalb sage ich: Die Reduzierung des Solidaritätsbeitrages könnten wir sicherlich schon auf den 1. Juli dieses Jahres vorziehen. Das würde zusätzliche Effekte bedeuten und auch die Tarifbindung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhöhen.

Vor allen Dingen geht es darum, technischen Fortschritt so zu organisieren, dass er mit sozialem Fortschritt einhergeht und der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt wird. Hubertus Heil hat als Arbeitsminister innovative Arbeitsmarktpolitik in konkrete Politik umgesetzt. Auch heute Nacht sind viele Instrumente, mit denen der Transformationsprozess sozial gerecht gestaltet werden kann, vereinbart worden.

Vor einem Jahr hat die Kohlekommission Ergebnisse vorgelegt, wie wir die Organisation des Kohleausstiegs politisch gestalten können. Daran werden wir uns orientieren. Mit dem Strukturstärkungsgesetz und seit gestern auch mit dem Kohleausstiegsgesetz liegen Vereinbarungen auf dem Tisch, über die wir jetzt parlamentarisch beraten werden. Sicherlich geht es im Kern sehr konkret darum, wie

die Energiewende gestaltet werden kann.

Ich sage aber auch: Der Kohleausstieg ist nicht nur im Bereich Strom, sondern auch im Bereich Wärme zu organisieren. Deshalb werden wir in einem konstruktiven Dialog, Herr Altmaier, noch einmal überlegen, ob alles das, was im Kohleausstiegsgesetz festgeschrieben ist, auch machbar ist. Wir brauchen Versorgungssicherheit nicht nur im Bereich Strom, sondern auch im Bereich Wärme, für Industrie- und für Fernwärme. Deshalb ist es

gut, dass wir genau hingucken, ob die Umsetzung so funktioniert.

Die Menschen brauchen vor den Veränderungen keine Angst haben. Ganz im Gegenteil: Sichere Arbeitsplätze kann es in Zukunft

Leif-Erik Holm, AfD:

Die Unternehmen brauchen endlich ein gutes Klima



Leif-Erik Holm (*1970)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Die Wirtschaft kann also aufatmen. Die Rezession fällt aus; zumindest bei den Herstellern von Papierrollen für Kassenzettel. Die Bonpflicht macht es möglich. Zum Wohle der Wirtschaft endlich noch mehr Bürokratie! Was für ein Unfug, meine Damen und Herren! Das steht sinnbildlich für Ihre unausgeglichene Politik. Ob es eben diese Bonpflicht ist oder die Industriestrategie 2030 mit staatlich verordneten nationalen Champions: Die Sachverständigen, Herr Altmaier, haben Ihnen ja diese Idee zu Recht um die Ohren gehauen. Wir brauchen Champions, ja, aber keine künstlichen Champions, sondern freien Wettbewerb und Luft zum Atmen für unsere Unternehmen.

Die Firmen ersticken an Bürokratie und Belastungen. Wir haben eine der höchsten Steuer- und

Abgabenlasten weltweit. Da müssen wir endlich ran. Mein Zeuge ist Carsten Linnemann. Er hat es gesagt. Es war eine schöne Oppositionsrede, wirklich. Aber Sie müssen Ihre Regierung endlich so weit bekommen, dass sie es schafft: Der Soli muss endlich für alle weg; er ist ja auch für alle eingeführt worden. Die Unternehmen brauchen endlich eine deutliche Entlastung, die in anderen Ländern schon vorgenommen wurde; denn wir stehen ja im internationalen Wettbewerb.

Ein Riesenklutz am Bein der Wirtschaft ist Ihre Klima- und Energiepolitik. Gegen jede Vernunft treiben Sie eine ideologische Energiewende voran, die überhaupt nicht funktioniert und unsere Versorgungssicherheit aufs Spiel setzt. Und dann muss der Bürger diesen Irrsinn auch noch mit den höchsten Strompreisen in Europa bezahlen, Herr Bartol. Das ist gaga! Kein anderes Land sägt sich selbst den Ast ab, auf dem es sitzt. Ganz offensichtlich haben wir nicht einen Klimanotstand, sondern einen ausgemachten Bildungsnotstand.

Jetzt fahren Sie auch noch die Automobilindustrie gegen den Baum. Die Verbrauchsvorgaben

das sind Innovations- und Investitionsimpulse, die wir brauchen.

Es gibt keinen Grund, pessimistisch zu sein. Es gibt jedoch allen Grund, mit dieser Politik offen, engagiert und mutig die Verantwortung für die Zukunftsfragen zu übernehmen. Wir sind dazu bereit. Die Zukunft hängt davon ab, was wir heute tun.

Herzliches Glück auf!

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen brauchen vor den Veränderungen keine Angst haben.

Ein Riesenklutz am Bein der Wirtschaft ist Ihre Klima- und Energiepolitik.

der EU, die Sie mit zu verantworten haben, zwingen die Hersteller jetzt, E-Autos auf den Markt zu bringen, obwohl sie wissen, dass die kein Mensch kaufen will. Die Gründe liegen auf der Hand: zu teuer, zu lange Ladezeiten, zu geringe Reichweite, kaum Infrastruktur. Da werden auch 6 000 Euro Kaufprämie nichts dran ändern. Es macht einfach keinen Sinn. E-Autos sind weder umweltfreundlicher als moderne Diesel, noch sind sie ökonomischer.

Wir erleben jetzt, wie unsere Automobilindustrie, das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, zunichtegemacht wird. Tausende Stellen sind bereits verloren gegangen.

Kurzarbeit ist angesagt. Eine Studie der Bundesregierung sieht den Verlust von über 400 000 Arbeitsplätzen bis 2030. Und das alles passiert nur wegen ideologisch völlig überzogener Vorgaben. Diese Regierung hat offensichtlich nicht die Kraft, dem irren Zeitgeist zu widerstehen. Auch ihr Jahreswirtschaftsbericht liest sich mittlerweile, als hätte ihn Greta geschrieben. Wir dagegen können den Autofahrern versichern: Die AfD steht weiter zum Verbrennungsmotor, einfach weil er überlegen ist.

Meine Damen und Herren, wir brauchen keine teuren und sinnlosen Klimapakete oder Green Deals. Wir müssen endlich zurückkommen zu einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung für Bürger und Unternehmen. Stecken wir das Geld also

lieber in die Energieforschung, um wirklich tragfähige Alternativen für die Zukunft zu finden.

Die Bundesregierung jedenfalls wird mit ihrer Wirtschaftspolitik scheitern. Es hat schon seinen Grund, warum sich selbst die Wirtschaftsverbände beklagen.

Wachen Sie also auf! Unsere Unternehmen brauchen endlich ein gutes Klima. Darauf kommt es an.

Da ich erstaunlicherweise noch ein bisschen Zeit habe, möchte ich noch eines sagen. Herr Wirtschaftsminister, Sie haben vorhin gesagt: Diejenigen, die von der Re-

zession reden, schaden unserem Land. Das entspricht nicht meinem Selbstverständnis in diesem Haus. Wir sind nicht die Volkskammer. Wir sind hier aufgerufen, über die Probleme der deutschen Wirtschaft zu reden. Wir haben eine Teilrezession im verarbeiten-

den Gewerbe, in der Industrie. Darüber muss hier in diesem Hause geredet werden. Darauf haben die Bürger ein Recht.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Joachim Pfeiffer, CDU/CSU:

Die deutsche Glücksspirale dreht sich weiter



Joachim Pfeiffer (*1967)
Wahlkreis Waiblingen

Die deutsche Glücksspirale dreht sich weiter, und zwar im elften Jahr. Es ist bereits vom Bundeswirtschaftsminister und auch vom Kollegen Linnemann angesprochen worden: Wir sind im elften Jahr des Wachstums, wenn auch moderat, und das gab es noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben den höchsten Beschäftigungsstand: 45,3 Millionen Menschen, die in Lohn und Brot sind. Wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung. Und wir haben 4,2 Millionen Menschen mit ausländischem Hintergrund, die bei uns beschäftigt sind, davon 2,24 Millionen aus der EU. Das sind die Fachkräfte, die wir zum Teil händeringend suchen und die diesen Wirtschaftsaufschwung auch mittragen. Deshalb ist es gut und richtig, dass wir im letzten Jahr entsprechende Entscheidungen im Fachkräftebereich getroffen haben. Wir brauchen diese Fachkräfte weiterhin.

Der Aufschwung kommt mehr denn je bei den Bürgern an. 2020 werden zum ersten Mal seit unvorstellbaren Zeiten die Nettolöhne sogar stärker steigen als die Bruttolöhne, und zwar um 2,9 Prozent. Die Lohnquote steigt – das wurde von den Linken immer eingefordert; davon habe ich vom Kollegen Ernst heute nichts gehört, dabei hätte er das einmal loben können, sonst spricht er es immer an – zum ersten Mal seit den 90er-Jahren wieder deutlich an auf 70,9 Prozent. Die Beiträge

in der Sozialversicherung bleiben unter 40 Prozent. Den Vorschlag des Wirtschaftsministers, diese zu deckeln oder zu begrenzen, können wir nur nachdrücklich unterstützen; denn das war der Grund – das war ja das große Thema in den 90er-Jahren –, weshalb die Glücksspirale damals durchbrochen wurde und wir in einer Teufelsspirale waren von immer mehr Arbeitslosen. Weil die Sozialversicherungsbeiträge zu hoch waren, waren wir nicht wettbewerbsfähig. Deshalb müssen sie dauerhaft unter 40 Prozent gehalten werden.

Auch über die Neuverschuldung und die Schuldentilgung spricht kein Mensch mehr. Wir haben im letzten Jahr das Maastricht-Kriterium eingehalten und sind bei einer Staatsverschuldung von unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts geblieben. Das ist für uns aber nicht genug. Das Maastricht-Kriterium ist eine Obergrenze. Wir werden dieses Jahr Richtung 55 Prozent gehen. Das heißt, wir haben solide gewirtschaftet, wir haben solide Haushalte, und trotzdem können wir uns die größten Infrastrukturinvestitionen der öffentlichen Hand leisten, die wir seit der Wiedervereinigung hatten. Insofern gibt es wirklich sehr viel Gutes zu berichten.

Auch geben wir mehr Geld für Forschung und Innovation aus. Da will ich bei dieser Gelegenheit klarstellen: Es gab die eine oder andere Meldung und auch besorgte Schreiben, dass wir weniger für die Energieforschung ausgeben. Das ist natürlich nicht der Fall. Die Ausgaben für die Energieforschung lagen 2011 bei rund 650 Millionen Euro und 2018 bei knapp 1,1 Milliarden Euro, also doppelt so hoch. Auf diesem hohen Niveau wird sie nicht nur verstetigt, sondern sie wächst weiter an. Wir geben beispielsweise für die Reallabore, ein neues, gutes, innovatives Instrument des Technologietransfers im Energiebereich, zwischen 2019 und 2022 zusätzlich 100 Millionen Euro pro Jahr aus. Insofern könnten wir sagen: Alles gut, wunderbar, weiter so! – Das mache ich aber nicht.

In der Tat gibt es auch Sorgenkinder. Wir haben als Träger des Wachstums den privaten Konsum aufgrund der Glücksspirale, die ich gerade beschrieben habe. Wir haben den staatlichen Konsum mit 0,5 Prozent; der private liegt bei 0,7 Prozent. Wir haben auch Bauinvestitionen. Wir stehen gerade, von der Öffentlichkeit fast unbemerkt, vor einem kleinen Bauwunder: 700 000 Genehmigungen im Baubereich, die noch nicht umgesetzt sind, die also dafür sorgen, dass noch gebaut wird. Im letzten Jahr gab es 350 000 neue Baugenehmigungen, so viele wie schon lange nicht mehr. Das Baukindergeld schlägt voll ein und trägt maßgeblich dazu bei, dass breite Teile unserer Bevölkerung in der Lage sind, zukünftig Wohneigentum zu erwir-

Wir müssen alles tun, um die multilateralen Institutionen wieder lebensfähig zu machen.

schaft, der schadet der europäischen Wirtschaft.

Wir müssen alles tun, um die multilateralen Institutionen wieder lebensfähig zu machen. Wir müssen alles tun, auch im Rah-

men einer Koalition der Willigen. Es gibt genug Länder auf dieser Welt, mit denen wir freien Handel treiben können, von Japan über Neuseeland, Australien, Kanada bis hin zu den Mercosur-Ländern. Europa muss hier an der Spitze sein und die Koalition der Willigen für Freihandel und Globalisierung anführen. Dass die Wertschöpfungsketten zurückgehen, ist ein Grund dafür, warum der Außenbeitrag im letzten Jahr einen negativen Beitrag geleistet hat. Die Wertschöpfungsketten, also Vorprodukte, die geliefert werden, und deren Austausch – seit 200 Jahren wissen wir, dass Handel Effizienzgewinne für alle bringt – sind im letzten Jahr kürzer geworden. Das ist ein erstes Fanal. Dagegen müssen wir kräftig arbeiten.

Das zweite Sorgenkind sind – Peter Altmaier hat das angesprochen – die Ausrüstungsinvestitionen. Wir brauchen einen wettbewerbsfähigen Industriestandard. Unternehmensteuerreform ist das andere Stichwort. Aber wir brauchen in Europa auch eine europäische Industriestrategie, die Antworten darauf gibt, wie Europa bei den Herausforderungen und Zielen, die wir uns beispielsweise

Fortsetzung auf nächster Seite



Eine Einfamilienhaussiedlung am Rande der brandenburgischen Stadt Cottbus. Das Baukindergeld der Regierung soll die Finanzierungsbelastung senken und somit mehr Familien Wohneigentum ermöglichen. © picture-alliance/dpa

im Rahmen des Green Deals gesetzt haben, handeln soll. Wir benötigen einen europäischen Industriestrompreis, der im Vergleich zu anderen Regionen der Welt wettbewerbsfähig ist, sodass die Wertschöpfungsketten der

Grundstoffindustrie – egal ob Chemie, Kupfer, Aluminium – hier in Europa bleiben und es kein sogenanntes Carbon Leakage, keine Abwanderung der Industrie gibt. Ein Industriestrompreis ist hier allemal die bessere Lösung als

die angedachte Border Adjustment Tax.

Auch andere Instrumente wie die Important Projects of Common European Interest im Batteriebereich und in der Mikroelektronik müssen ausgebaut werden.

Ich bin der Meinung, dass wir sie sowohl bei 5G als auch bei 6G brauchen, damit Europa hier die Kompetenzen zurückgewinnt. Wenn wir diese klugen Strukturformen jetzt angehen, dann wird der Aufschwung weitergehen und

die deutsche Glücksspirale sich weiterdrehen.

In diesem Sinne lassen Sie uns in diesem Jahr dafür gemeinsam arbeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Reinhard Houben, FDP:

Handelsabkommen CETA mit Kanada abschließen



Reinhard Houben (*1960)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Carsten Linnemann, Ihren Reden höre ich immer unheimlich gerne zu; das ist super. Nur, warum setzen Sie denn diese Politik in der Bundesregierung nicht um? Machen Sie weiter, Herr Linnemann! Sie sind offensichtlich in Ihrer Fraktion in

der Minderheit; der Eindruck entsteht zumindest bei mir. Sie können immer auf die Unterstützung der FDP im Bundestag bei Ihren Themen setzen. Vielen Dank!

Herr Bundesminister, Sie sprechen von Pessimisten und Schlechtrednern. Ich habe schon einmal versucht, das zu erklären. Sie glauben doch nicht im Ernst, dass es dann, wenn ein Oppositionspolitiker vom Rednerpult aus die Wirtschaft – in Anführungszeichen – „schlechtredet“, der Wirtschaft auch wirklich schlecht geht. Das ist doch nun wirklich irrsinnig. Wenn der Kollege Linnemann sagt – wenn ich ihn zitieren darf -: „Die Industrie

steckt in einer Rezession“, ist dann Ihr Kollege Linnemann ein Schlechtredner? Machen Sie das einmal unter sich aus, meine Damen und Herren.

Fakt ist zumindest: Das prognostizierte Wachstum von 1,1 Prozent wird hauptsächlich durch den Kalender getragen. Im Jahr 2020 gewinnen wir allein dreieinhalb Arbeitstage. Damit kann man schon einen größeren Teil des Anstiegs des Wirtschaftswachstums von 0,6 auf 1,1 Prozent darstellen. Damit sollten wir uns aber nicht zufriedengeben.

Gerade ist eine aktuelle Meldung hereingekommen – das finde ich traurig in un-

Das prognostizierte Wachstum wird hauptsächlich durch den Kalender getragen.

serem Land, Herr Wirtschaftsminister -: Wir reden über Wirtschafts- und Ordnungspolitik eigentlich nur dann, wenn die Arbeitslosenzahlen steigen. Wenn wir im Moment über die Ticker mitbekommen, dass die Arbeitslosigkeit wieder auf 5 Prozent gestiegen ist, dass 200 000 Menschen in unserem Land mehr arbeitslos sind, dann kann uns das nicht freuen. Deswegen sollten wir mehr Anstrengungen zeigen und dürfen uns nicht auf dem ausruhen, was wir hier so allgemein gehört haben.

Dass zumindest die Gewerkschaften in unserem Land begriffen haben, in welcher Situation wir stecken, zeigt sich doch dadurch, dass die starke IG Metall in Tarifverhandlungen eintritt und nicht etwa über Gehalts- und Tarifierhöhungen diskutieren möchte, sondern darüber, wie Arbeitsplätze und Standorte in Deutschland gesichert werden können. Die IG Metall möchte einen Tarif-

Das ist ein großes Problem in dieser Bundesregierung. Ändern Sie das!

vertrag abschließen, der zur Standortunsicherheit dient. Da sollten beim Wirtschaftsminister eigentlich die Alarmglocken schrillen.

Lieber Herr Pfeiffer, eine Bemerkung kann ich mir nicht verkneifen. Sie hatten von einer Glücksspirale gesprochen. Ich finde, dass das eine etwas

merkwürdige Wortwahl ist. Sie haben den Freihandel angesprochen. Warum, lieber Herr Pfeiffer – täglich grüßt das Murmeltier -, ist diese Bundesregierung nicht in der Lage, den Handelsvertrag mit Kanada, CETA, abzuschließen? Warum haben wir das immer noch nicht gemacht? Mit wem, meine Damen und Herren, sollen wir denn dann noch Verträge abschließen, wenn wir es noch nicht einmal mit Kanada machen können? Das ist ein großes Problem in dieser Bundesregierung. Ändern Sie das!

(Beifall bei der FDP)

Dieter Janecek, Bündnis 90/Die Grünen:

Willkommen in der Voodoo-Ökonomie



Dieter Janecek (*1976)
Landesliste Bayern

Sehr geehrter Herr Minister, vor wenigen Tagen hat Ihr Koalitionspartner – namentlich der Parlamentarische Geschäftsführer Carsten Schneider – Sie als Problembären für die deutsche Wirtschaft und für die deutsche Energiewende bezeichnet. Ich möchte ihm nicht widersprechen.

In Ihre Amtszeit fällt der histori-

sche Tiefstand beim Ausbau der Windenergie seit Einführung des EEG vor 20 Jahren. Gleichzeitig kündigten Sie – so viel Humor muss man erst einmal haben – gestern an, dass wir global eine Vorreiterrolle beim CO2-freien Wasserstoff anstreben. Sie scheinen über Zauberkünste zu verfügen: Mit immer weniger erneuerbaren Energien wollen Sie immer mehr grünen Wasserstoff herstellen. Willkommen in der Voodoo-Ökonomie des Peter Altmaier!

Wenn wir ernsthaft – dieses Ziel verfolge ich wie Sie – Technologieführerschaft bei Wasserstoff, bei Power-to-Gas, bei der Modernisierung der Grundstoffindustrien anstreben wollen – allerdings wäre es auch nicht der richtige Weg, gemäß dem Buch „Das Supermolekül“, das Sie, Herr Theurer, erwähnt haben, eine Technologie sozusagen über alle anderen zu erheben, was Sie uns ja immer vor-

werfen – und wenn wir diese Technologien nach vorne stellen wollen, dann brauchen wir eine Verdreifachung des Ausbautempos bei den erneuerbaren Energien. Was Sie liefern, sind Abstandsregelungen, die eine komplette Branche abwürgen. So kann es in Deutschland nicht weitergehen.

Wir laufen sehenden Auges in eine Ökostrom- und Versorgungslücke hinein. Damit gefährden Sie auch die Zukunftsfähigkeit unserer Industrie; denn wenn Sie mit der chemischen Industrie, mit den Grundstoffindustrien, mit der Stahlindustrie, der Zementindustrie, der Gipsindustrie, mit deren Vertretern ich heute sprechen werde, reden, dann werden sie Ihnen alle sagen: Wenn wir den Wandel

Wir brauchen ein Konzept, wie wir gemeinsam mit der Industrie vorangehen können.

hinkriegen wollen, dann brauchen wir erneuerbare Energien. – Wir kommen da momentan nicht vom Fleck, und dafür sind Sie als Wirtschaftsminister verantwortlich.

Jetzt habe ich auch der Rede von Herrn Pfeiffer zugehört. Sie haben sich zum Thema „Border Adjustment Tax“ geäußert. Die Europäische Kommission geht voran und möchte für den Wandel der Grundstoffindustrie – Bernd Westphal nickt, weil er das Thema auch betreibt – einen Rahmen schaffen. Wir brauchen einen Rahmen, weil die betroffenen Industriebereiche das nicht allein hinbekommen. Sie brauchen Unterstützung, sie brauchen ein Level Playing Field. Jetzt ist die Äußerung aus der CDU/CSU-

Fraktion: Wir wollen lieber einen niedrigen Industriestrompreis, als überhaupt darüber zu reden, wie wir als Europäische Union stark sein wollen. – Das ist doch genau der falsche Weg. Wir brauchen ein Konzept, wie wir gemeinsam mit der Industrie vorangehen können.

Wenn wir von Planungssicherheit reden, müssen wir feststellen, dass genau dieser Rahmen momentan nicht da ist. Wie sollen denn die Investitionsentscheidungen – es geht um Hunderte von Milliarden Euro, die in diesen Industrien in den 2020er-Jahren investiert werden müssen, um zu modernisieren – getroffen werden, wenn wir nicht entschlossen einen Rahmen setzen?

Das ist die Aufgabe, die ein Wirtschaftsminister anzugehen hat. Sie sind Ankündigungsweltmeister; beim Umsetzen mangelt es eben bei Ihnen. Mit uns als Grüne bekommen Sie den Leitfaden für die ökologische Transformation, die die Wirtschaft braucht. Nur so sichern wir die Arbeitsplätze der Zukunft. Darum geht es.

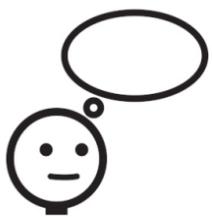
(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es sprachen zudem die Abgeordneten: Sabine Poschmann (SPD), Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU) sowie Johann Saathoff (SPD).

leicht
erklärt!

Befreiung des KZ Auschwitz

Deutschland und Israel erinnern gemeinsam



In den letzten beiden Wochen gab es verschiedene Gedenk-Veranstaltungen.

Der Anlass dafür war: Vor 75 Jahren wurde das KZ Auschwitz befreit.

Im folgenden Text steht mehr dazu.

Was ist das KZ Auschwitz?

In den Jahren von 1933 bis 1945 herrschte in Deutschland eine Gruppe mit dem Namen National-Sozialisten.

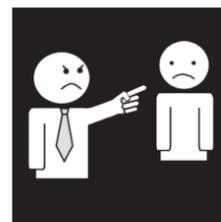
Abgekürzt nennt man sie auch: Nazis.

Der Anführer der Nazis war Adolf Hitler.

Die Nazis hatten ganz bestimmte Meinungen.

Sie dachten zum Beispiel:

- Die Deutschen sind besser als alle anderen Menschen auf der Welt. Andere Menschen sind weniger wert.
- Deutschland hat das Recht, gegen andere Länder zu kämpfen und sie zu erobern. Denn andere Länder sind weniger wert.



- In Deutschland soll es einen Mann geben, der das ganze Land anführt. Er soll alles bestimmen. Jeder muss auf ihn hören. Keiner darf ihm widersprechen.

Die National-Sozialisten haben Deutschland zu einer Diktatur gemacht.

In einer Diktatur herrschen wenige Menschen über ein ganzes Land.

Die meisten Menschen können im Land nicht mitbestimmen.

Sie können nicht die Politiker wählen, die sie wählen wollen.

Die Politiker in einer Diktatur bestimmen auch sehr stark über das Leben von den Bürgern.

Und die Leute dürfen ihre Meinung nicht sagen.





Die national-sozialistische Zeit war eine furchtbare Zeit für Deutschland und für ganz Europa.

Die National-Sozialisten und ihre Helfer haben viele schreckliche Dinge getan.

Sie haben zum Beispiel den Zweiten Welt-Krieg begonnen.

Und sie haben viele Menschen verfolgt.

Denn sie glaubten: Diese Menschen gehören nicht zu Deutschland.

Zum Beispiel:

- Juden
- Menschen mit Behinderung
- Homo-Sexuelle
- Menschen, die eine andere Meinung hatten als die National-Sozialisten

Konzentrations-Lager

Die Nazis sperrten die Menschen, die sie nicht haben wollten, ein.

Dafür bauten sie spezielle Lager.

Diese Lager nannte man: Konzentrations-Lager.

Die Abkürzung davon ist: KZ.

Das waren so etwas wie Gefängnisse.

Sie bestanden aus verschiedenen Gebäuden.

Die waren umgeben von Zäunen und Wach-Türmen.

In den Konzentrations-Lagern herrschte Gewalt.

Die Gefangenen mussten hart arbeiten.

Sie wurden misshandelt.

Sehr viele Menschen starben durch die Zustände in den Konzentrations-Lagern.



KZ Auschwitz

Einige Konzentrations-Lager nennt man auch: Vernichtungs-Lager.

Diese besonderen Konzentrations-Lager hatten eine Haupt-Aufgabe.

Sie waren extra dazu da, um darin Menschen umzubringen.

Vor allem Juden.

Das bekannteste Vernichtungs-Lager hatte den Namen KZ Auschwitz.

„Auschwitz“ ist der deutsche Name einer Stadt im heutigen Polen.

Dort lag dieses Lager.

Man weiß nicht genau, wie viele Menschen im KZ Auschwitz umgebracht wurden.

Man schätzt: 1,1 Millionen bis 1,5 Millionen Menschen. Und ungefähr 1 Million davon waren Juden.



Befreiung des KZ Auschwitz

Im Zweiten Welt-Krieg kämpften verschiedene Länder gegen Deutschland und die Nazis.

Eines dieser Länder hieß: Sowjet-Union.

Dieses Land gibt es heute nicht mehr.

Es ist in verschiedene Länder zerfallen. Das größte davon ist Russland.

Die Soldaten der Sowjet-Union befreiten das KZ Auschwitz am 27. Januar 1945.

Deswegen wurde der 27. Januar zum Gedenk-Tag für die Opfer des National-Sozialismus.

Jedes Jahr gibt es rund um diesen Tag viele verschiedene Veranstaltungen.

Das war auch in diesem Jahr so.



Gemeinsames Gedenken



Viel Aufmerksamkeit bekam in diesem Jahr vor allem Folgendes:

Der deutsche Bundes-Präsident Frank-Walter Steinmeier war bei verschiedenen Gedenk-Veranstaltungen.

Der Bundes-Präsident ist das Staats-Oberhaupt der Bundes-Republik Deutschland.

Das bedeutet:
Er hat das höchste Amt im Land.



Bundes-Präsident Steinmeier hat die Veranstaltung zusammen mit Reuven Rivlin besucht.

Reuven Rivlin ist der Staats-Präsident von Israel.

Er hat also in Israel das Amt, das Steinmeier in Deutschland hat.

Es ist etwas Besonderes, dass die beiden zusammen die Gedenk-Veranstaltungen besucht haben.

Denn: Die meisten Menschen in Israel sind Juden.

Israel sieht sich selbst als Heimat aller Juden.

Die Nazis haben in ganz Europa ungefähr 6 Millionen Juden umgebracht.

Diese Vergangenheit hat eine große Auswirkung auf das Verhältnis zwischen den beiden Ländern.



Und wenn beide Länder zusammen an diese Zeit erinnern, zeigt das: Zwischen den Deutschen und den Juden gibt es eine Versöhnung.

Im Folgenden einige Veranstaltungen, die Steinmeier und Rivlin zusammen besucht haben.

Gedenk-Veranstaltung in Israel



Am 23. Januar war Bundes-Präsident Steinmeier in Israel.

Staats-Präsident Rivlin hatte ihn dazu eingeladen.



Und zwar an einen Ort mit dem Namen Yad Vashem.
Das spricht man so aus: Jad Waschem.

Das ist eine Gedenk-Stätte in der Stadt Jerusalem.

Es ist auf der ganzen Welt die größte Gedenk-Stätte, die sich mit der Vernichtung der Juden durch die Nazis beschäftigt.

Steinmeier hat dort eine Rede gehalten.

Vor ihm war das noch keinem deutschen Bundes-Präsidenten erlaubt worden.

Deswegen hatte diese Rede eine große Bedeutung.

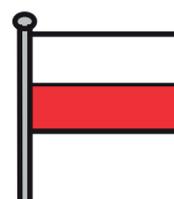
In seiner Rede hat Steinmeier die Ermordung der Juden als das größte Verbrechen aller Zeiten bezeichnet.

Und er hat gesagt: Die Schuld an diesem Verbrechen hatten Deutsche.

Er hat gesagt: Deutschland muss dafür sorgen, dass Hass gegenüber Juden nie wieder eine Chance hat.

Er hat aber auch zugegeben: In Deutschland gibt es im Moment wieder mehr Probleme mit Juden-Hass. Dagegen muss man etwas tun.

Gedenk-Veranstaltung in Polen



Am 27. Januar waren Steinmeier und Rivlin dann in Polen.

Und zwar an der Gedenk-Stätte Auschwitz. Also dort, wo früher das KZ Auschwitz war.

Dort war die Haupt-Gedenk-Veranstaltung zur Befreiung des KZ Auschwitz.

Gedenk-Stunde im Bundestag



Am 29. Januar fand dann eine Gedenk-Stunde im Bundestag statt.

Der Bundestag veranstaltet am Gedenk-Tag für die Opfer vom National-Sozialismus jedes Jahr so eine Gedenk-Stunde.



Bundes-Präsident Steinmeier hat Staats-Präsident Rivlin zu der Veranstaltung eingeladen.

Steinmeier hat eine Rede gehalten.

Er bedankte sich in seiner Rede bei Rivlin.

Steinmeier dankte Rivlin dafür, dass der in den letzten Tagen das Gedenken mit ihm verbracht hatte.

Denn dadurch hat er gezeigt: Deutschland und Israel sind miteinander verbunden.

Steinmeier sagte auch, dass Deutschland sich viele Gedanken über die Vergangenheit gemacht hat.

Und dass die Gefahr von Hass gegen Juden auch in Deutschland noch immer nicht vorbei ist.

Deswegen darf man nicht vergessen, was geschehen ist.

Und man darf das Vertrauen, das Deutschland von Israel und der Welt bekommen hat, nicht enttäuschen.



Danach hielt Rivlin eine Rede.

Auch er sagte: Deutschland und Israel gehen ihren Weg heute gemeinsam.

Und beide Länder dürfen nie vergessen, was passiert ist.

Denn nur dann kann man verhindern, dass es noch mal passiert.

Er sagte: Deutschland und Israel halten im Kampf gegen Juden-Hass und Fremden-Hass zusammen.

Und er mahnte: Deutschland ist ein wichtiges Land in der Welt. Deswegen muss sich Deutschland gegen den Hass stellen.

Deutschland und Israel – Gemeinsames Gedenken

In diesem Jahr haben Deutschland und Israel das Gedenken also sehr eng zusammen begangen.

Erst war Bundes-Präsident Steinmeier in Israel.

Dann waren er und der israelische Staats-Präsident Rivlin gemeinsam in Polen.

Dann waren Rivlin und Steinmeier gemeinsam zu Gast im Deutschen Bundestag.

Die wichtigste Botschaft war: Was die Nazis getan haben, darf nicht vergessen werden.

Deutschland hat eine besondere Verpflichtung, sich gegen Juden-Hass und Rassismus zu stellen.

Gerade, wenn beides wieder häufiger passiert.



Und Israel und Deutschland sind bei diesem Kampf Partner.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / AA, Fotograf: Abdulhamid Hosbas. Portraits Steinmeier und Rivlin: © picture alliance / Photoshot. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxton-crafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 6-7/2020
Die nächste Ausgabe erscheint am 17. Februar 2020.